

ARCHIV MITTEILUNGEN

ZEITSCHRIFT FÜR THEORIE UND PRAXIS DES ARCHIVWESENS

HERAUSGEGEBEN
VON DER STAATLICHEN ARCHIVVERWALTUNG
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

Aus dem Inhalt:

Zum 75. Jahrestag des Ausbruchs
des ersten Weltkrieges 1914 und
zum 50. Jahrestag der Entfesselung
des zweiten Weltkrieges 1939.

Beiträge und Quellen aus Archiven
der DDR

5|89

AM · Berlin · 39(1989)5 · S. 161–192
ISSN 0004–038X · DDR - Preis 1,- M

STAATSVERLAG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

INHALT

CANIS, K.: Zum Ausbruch des ersten Weltkrieges vor 75 Jahren	161–163
PÄTZOLD, K.: Außenpolitik in der Vorkriegskrise 1939. Zu einer historisch-politischen Kontroverse	163–167
CHRISTOPH, A.; HARTIG, H.; KÄSTNER, A.: Quellen im Militärarchiv der DDR zur Vorbereitung, Entfesselung und zum Verlauf des ersten und zweiten Weltkrieges	167–169
NESTLER, L.: Europa unterm Hakenkreuz. Anmerkungen zu einer achtbändigen Dokumentenpublikation über die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus	169–170
METSCHIES, K.: Amtliche Druckschriften deutscher militärischer Okkupationsorgane während des ersten und zweiten Weltkrieges	170–173
WARNING, E.: Quellen in Beständen des Zentralen Parteiarchivs der SED zum Kampf der deutschen Arbeiterbewegung und ihrer revolutionären Partei um Frieden und Abrüstung	173–174
BECK, F.: Habent sua fata – acta et diploma	175–178
LEUKERT, M.; MALEK, R.: Zu den Kriegsverlusten des Staatsarchivs Dresden	178–179
Berichte	
Übernahme von Archivgut aus der UdSSR (W. SCHMIDT)	179–180
Expertenberatung der Archivverwaltungen der sozialistischen Länder über Erfahrungen bei der Optimierung der Staatlichen Archivfonds (D. HEBIG)	180
IX. Konferenz der Leiter der Zentralen Parteiarchive sozialistischer Länder (L. HORNBOGEN)	180–181
VIII. Historikerkongreß der DDR (Autorenkollektiv) – T. 2 Der erste Weltkrieg und die Novemberrevolution – ihre Wirkung auf die Klassengesellschaft in Deutschland bis zur Befreiung vom Faschismus. Kolloquium am 3. und 4. Nov. 1988 in Leipzig (K. METSCHIES)	184–185
„... und lehrt sie Gedächtnis!“ – Ausstellung im Ephraim-Palais in Berlin (H. SCHREYER)	185
Vom Geschichtsbewußtsein zur Geschichtsverantwortung: „Topographie des Terrors“ – eine Ausstellung in Berlin, Buchenwald, Brandenburg, Sachsenhausen (J. KOMOROWSKI; L. DEMPS)	185–186
Neubau des Verwaltungsarchivs des Rates des Bezirkes Potsdam (L. PERSON)	186
100 Jahre Namengebung Goethe- und Schiller-Archiv (V. WAHL)	186–187
Literaturbesprechungen	
Archive im innerdeutschen Dialog [und] Walter, Margot: Urkunden erzählen Bremer Geschichte (W. BLOSS)	187
Madajczyk, Czeslaw: Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939–1945 (H. MÜLLER)	187–188
Prokop, Siegfried: Übergang zum Sozialismus in der DDR (B. BRACHMANN)	188
Die ersten Dekrete der Sowjetmacht (R. KLUGE)	188–189
Schröder, Frank; Ehlers, Ingrid: Zwischen Emanzipation und Vernichtung (K. H. JAHNKE)	189
Bibliographie	
Archive der DDR und ihre Bestandsnachweise. – T. 2. Spezialinventare (H. L. PETRAK)	190
Softwareinformationen	
REVEKAS Version 2.0. – Archivische Softwareentwicklung und -nutzung. – T. 1. (B. FRÖHLICH)	191
Personalia	
Zum Gedenken an Franz Höppner (P.-J. RAKOW)	191–192
Berufung – Auszeichnungen – Dienstjubiläen – Geburtstage	192
Informationen	187, 192

Zwei Weltkriege sind in diesem Jahrhundert von deutschem Boden ausgegangen. Sie brachten den Völkern Leid und Elend in bis dahin nicht gekanntem Ausmaß, und sie veränderten die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in den hauptsächlich betroffenen Regionen. Die Archive sind in zweifacher Hinsicht mit den Kriegen konfrontiert: Sie enthalten die schriftlichen Quellen, die über Ursachen, Vorbereitung, Ausbruch, Verlauf, Auswirkungen und Folgen beider Weltkriege Aufschluß geben, die Schuldigen und ihre Helfer entlarven und den Kampf fortschrittlicher und humanistischer Menschen um die Erhaltung des Friedens und seine Wiederherstellung dokumentieren. Archive sind aber auch selbst von den Kriegen betroffen. Gerade der zweite Weltkrieg hat nicht zuletzt den deutschen Archiven schweren Schaden zugefügt. Unschätzbare Kulturgüter wurde vernichtet, einmalige Quellen sind der Menschheit für immer verloren. Archivgut verbrannte in Archiven und wurde an Auslagerungsorten vernichtet oder schwer beschädigt. Noch in den letzten Tagen des Krieges und unmittelbar nach der Befreiung wurden Dokumente geraubt. Als Beweismaterial für die Kriegsverbrecherprozesse stellten die Besatzungsmächte umfangreiche Bestände sicher oder beschlagnahmten sie als Kriegsbeute. Das vorliegende Heft der „Archivmitteilungen“ ist dem 75. bzw. 50. Jahrestag des Ausbruchs der Weltkriege gewidmet und versteht sich als Beitrag der Archive der DDR zur weiteren dauerhaften Erhaltung des Friedens.

HERAUSGEBER:

Staatliche Archivverwaltung des Ministeriums des Innern der Deutschen Demokratischen Republik, Berliner Straße 98–101, Potsdam, 1561.

REDAKTION:

Dieter Hebig (Chefredakteur)
Horst L. Petrak, Roland Foltzik (Redakteure)
Ursula Richter (Redaktionssekretärin)

REDAKTIONSKOLLEGIUM:

Friedrich Beck, Botho Brachmann, Gertraude Gebauer,
Erhard Hartstock, Dieter Hebig, Peter Langhof,
Helmut Ramm, Isoide Scharf, Eberhard Schetelich

Anschrift der Redaktion:

Berliner Straße 98–101
Potsdam, 1561
Tel. 31 43 51

Die Zeitschrift erscheint zweimonatlich.

Bestellungen sind in der DDR bei sämtlichen Postämtern und beim örtlichen Buchhandel, in den anderen sozialistischen Ländern nur beim Postzeitungsvertrieb des jeweiligen Landes möglich. Interessenten im übrigen Ausland wenden sich an den internationalen Buch- und Zeitschriftenhandel des jeweiligen Landes, an den Buchexport, volkseigener Außenhandelsbetrieb der DDR, Leninstraße 16, Leipzig, 7010 oder an den Staatsverlag der DDR, Otto-Grotewohl-Straße 17, Berlin, 1080. – Artikel-Nr. (EDV) 224.

Preis: DDR 1.– M. Auslandspreise sind den Zeitschriftenkatalogen des Außenhandelsbetriebes Buchexport zu entnehmen.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet. Alle weiteren Rechte vorbehalten.

Verlag: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Otto-Grotewohl-Straße 17, Berlin, 1080.

Anzeigenannahme: VEB Verlag Technik, Oranienburger Straße 13/14, PSF 293, Berlin, 1020.

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik.

Lizenz: Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 1534 des Presseamtes beim Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik (Rollensetdruck).

ARCHIVMITTEILUNGEN

ZEITSCHRIFT FÜR THEORIE UND PRAXIS DES ARCHIVWESENS

HERAUSGEGEBEN VON DER STAATLICHEN ARCHIVVERWALTUNG
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

39. JAHRGANG

ISSN 0004-038X

HEFT 5/1989

Zum Ausbruch des ersten Weltkrieges vor 75 Jahren

Konrad Canis

Als am 1. August 1914 Deutschland Rußland den Krieg erklärte, verflogen auch die letzten Illusionen, der wenige Tage zuvor erklärte Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Serbien werde sich, wie Kriege im Gefolge internationaler Krisen im verflossenen Jahrzehnt, auch diesmal lokalisieren lassen. Den Vereinbarungen der bestehenden Bündnisse und Militärbündnisse entsprechend erfolgten die Kriegseintritte der weiteren europäischen Großmächte und vieler kleinerer Staaten, und sie erfolgten deshalb reibungslos, weil die jeweiligen Kriegseintritte den imperialistischen Zielen der herrschenden Klassen dieser Länder entsprachen. Die britische Regierung erhielt den gewünschten Anlaß für den Kriegseintritt von Berlin unfreiwillig selbst geliefert, als am 4. August deutsche Truppen in dem neutralen Belgien einfielen. Zerstoben waren die letzten Hoffnungen mancher Politiker in der deutschen Führung auf englische Neutralität.

Der völkerrechtswidrige Bruch der belgischen Neutralität ergab sich gleichsam zwangsläufig aus dem deutschen Kriegsplan. Er setzte auf die rasche Kriegsentscheidung im Westen gegen Frankreich, um die absehbaren Komplikationen eines Zweifrontenkrieges über ein Nacheinander der Kriegsschwerpunkte zu umgehen und für den konzentrierten Feldzug im Osten im Westen den Rücken bereits frei zu haben. Doch bereits wenige Wochen nach Kriegsbeginn hatte sich herausgestellt, wie unrealistisch dieser Kriegsplan war. Die sogenannte Schlacht an der Marne ließ keinen Zweifel, daß der Zeitplan nicht einzuhalten und an eine rasche Kriegsentscheidung im Westen schon gar nicht zu denken war. Deutschland mußte bei dem gegebenen Kräfteverhältnis unvermeidlich der Niederlage entgegengehen. Ihr Zeitpunkt blieb, neben dem Kräfteinsatz der Gegner, davon abhängig, wie lange die ökonomisch-militärischen und innergesellschaftlichen Ressourcen reichten.

Bis zum Kriegsende 1918 waren es 38 Staaten mit einer Gesamtbevölkerung von ca. 1,5 Mrd. Menschen, die sich am Krieg beteiligt hatten. 65 Millionen Soldaten waren auf beiden Seiten in die Kämpfe verwickelt. Über 10 Millionen von ihnen starben, mehr als 20 Millionen wurden verwundet (1). Doch verheerende Kriegswirkungen gab es nicht allein an den Fronten. Millionen kamen an Hunger und Seuchen um. Not und Elend herrschten besonders in den letzten Kriegsjahren in den meisten der kriegsbeteiligten Länder, in besonders großen Ausmaßen in Deutschland, Österreich-Ungarn und Rußland. Hauptsächlich betroffen waren Arbeiter und Angehörige der Mittelschichten. Eine Volksbewegung für den Frieden entstand, die in Ausdehnung und sozialer Breite eine historisch neue Erscheinung darstellte. Linke Gruppen und Funktionäre der Arbeiterparteien standen gewöhnlich an ihrer Spitze.

Von Anfang an bestand eine enge Verknüpfung des Friedenskampfes mit dem Kampf um soziale Veränderungen. Sie resultierte nicht einfach nur aus der sozialen Notlage breiter Schichten. In wachsendem Maße stellte der Friedenskampf gleichwohl insofern einen besonderen ideologischen Impuls für den Kampf um gesellschaftliche Veränderungen dar, als die Herrschenden von den Volksmassen zunehmend verantwortlich gemacht wurden für Krieg, Kriegsausbruch und Kriegsfolgen. Die innenpolitische Funktion des Krieges kehrte sich gleichsam um: war er zum Zeitpunkt seines Ausbruchs – von den Herrschenden erfolgreich als Verteidigungskrieg drapiert – innenpolitischer Integrations- und Stabilisierungsfaktor zur Verwischung der Klassengegensätze, wurden durch ihn in seinen letzten Phasen diese Widersprüche rapide verschärft, und er wirkte destabilisierend auf das imperialistische Gesellschaftssystem. Die politischen und sozialen Krisen weiteten sich in einigen Staaten zu revolutionären Krisen aus. Der Weg in die Revolutionen in Rußland und Deutschland sowie in den Zusammenbruch der habsburgischen Vielvölkermonarchie erfuhr durch den Krieg erhebliche Beschleunigung. Das bolschewistische „Dekret über den Frieden“ demonstriert augenfällig den Zusammenhang zwischen sozialistischer Revolution und Friedenskampf.

So verlieh der Weltkrieg dem gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß in beinahe allen betroffenen Staaten einen beträchtlichen Schub, wobei freilich von den jeweiligen innergesellschaftlichen Bedingungen abhing, wie weit und in welche Richtung die Veränderungen gingen. Mit Sowjetrußland entstand der erste sozialistische Staat; Deutschland wurde eine bürgerlich-parlamentarische Republik; Polen, die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Ungarn erhielten die Selbständigkeit bürgerlicher Nationalstaaten. Einen Aufschwung nahm die nationale Befreiungsbewegung in kolonialen und abhängigen Ländern. Kommunistische Parteien gründeten sich in vielen Staaten.

Die Geschichte des ersten Weltkrieges stellt seit langem einen der Schwerpunkte der Geschichtsforschung in der DDR dar. Gewichtige Ergebnisse liegen vor. An erster Stelle ist das 1968 erschienene Werk „Deutschland im ersten Weltkrieg“ (2) zu nennen, dessen nach wie vor hoher Erkenntniswert eine Neuauflage seit langem geboten erscheinen läßt. Auf der Grundlage dieses Werkes veröffentlichten 1974 seine drei Hauptautoren in der Reihe historischer Taschenbücher den Titel „Von Sarajevo nach Versailles“ (3). Ein militärhistorischer Abriss des Krieges war 1964 erschienen, und bereits drei Jahre zuvor hatte Fritz Klein die erste Gesamtdarstellung in seinem Lehrbuchbeitrag zur deutschen Geschichte verfaßt (4). Speziell zum Kriegsausbruch liegen Buchpublikationen von Fritz Klein und Willibald Gutsche vor (5). Zahlreiche Spezialaufsätze ergänzen und vertiefen unsere Kenntnis in wichtigen Detailfragen. Die in jüngster Zeit veröffentlichten Gesamtdarstellungen verdeutlichen das hohe Niveau der Weltkriegsgeschichtsschreibung (6).

Übereinstimmung herrscht in der Beurteilung des imperialistischen Charakters des Krieges und der besonderen Rolle Deutschlands bei seiner Entfesselung. Der Krieg ebenso wie das Hauptinteresse des *deutschen* Imperialismus an einer Neuaufteilung der Welt wurzelte letztlich in den monopolkapitalistischen Produktionsverhältnissen. So heißt es bei Klein: „Der erste Weltkrieg war ein imperialistischer Krieg von seiten aller Beteiligten. Für seine Herbeiführung und Auslösung trug jedoch der besonders aggressive deutsche Imperialismus eine besondere Verantwortung“ (7). Und bei Gutsche: „Der erste Weltkrieg wurde vom imperialistischen Herrschaftssystem hervorgebracht. Die Hauptverantwortung des deutschen Imperialismus für seinen Ausbruch ergab sich aus der Spezifik der Widersprüche im Weltimperialismus insgesamt“ (8).

Aus Publikationen besonders der letzten Jahre wird das Bestreben der Forschung deutlich, umfassender und differenzierter als bisher zu klären, warum gerade in der internationalen Krise 1914, nicht aber in einer der zahlreichen Krisen in den Jahren zuvor der Weltkrieg ausbrach. Warum war gerade 1914 die Bereitschaft zum Kriege größer als der Wille, Expansion unter relativ friedlichen Bedingungen weiterzuführen? Die allgemeinen Grundbedingungen des imperialistischen Systems waren jedenfalls 1911 (zweite Marokkokrise) oder 1912 (Balkankrieg) die gleichen wie 1914. Wie kam es zur Eskalation des Kriegspotentials und zur Minderung der Friedenschancen? Hier liegen, ausgehend auch von wichtigen Erkenntnissen und Hinweisen Lenins zum Kriegsausbruch (9), fundierte Ergebnisse vor, aber zu zahlreichen Fragen fehlen noch überzeugende Antworten. Notwendig erscheinen weitere Untersuchungen zu den *konkreten* Konstellationen in den jeweiligen Krisen. Wie durchschlagskräftig waren jeweils die Antriebskräfte aus den ökonomischen, außenpolitischen, ideologischen und militärischen Bereichen sowie aus dem Klassenkampf im Innern, die die kriegerische oder die friedliche Richtung stärkten? Inwieweit haben die Krisen selbst Elemente der Entspannung oder der Spannungsverschärfung freigelegt bzw. gefördert?

Was die ökonomischen Triebkräfte betrifft, hat Gutsche unlängst nachgewiesen, daß sich in der Hauptexpansionsrichtung des deutschen Imperialismus nach dem Vorderen Orient für die bislang bevorzugte „friedliche Durchdringung“ nach 1911 und besonders während der 1913 einsetzenden Wirtschaftskrise die finanziellen Voraussetzungen rapide verschlechterten. Die Ententemächte gingen demgegenüber zu einer verstärkten Kapitaloffensive in Kleinasien und auf dem Balkan über. Die Befürchtung in den herrschenden Kreisen Deutschlands wuchs, mit den bisherigen Mitteln der Expansion den Rivalen bald nicht mehr gewachsen zu sein (10). Analysen der Gegebenheiten bei anderen Expansionslinien und -projekten könnten weiteren Aufschluß geben. Die Unzufriedenheit mit den bisherigen Ergebnissen der Expansion, die auf dem Wege der „friedlichen Durchdringung“ erreicht worden waren, nahm jedenfalls im deutschen Imperialismus in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch merklich zu.

Im Lichte der Schwierigkeiten der weiteren Wirtschaftsexpansion im Vorderen Orient erhielt der seit der Bosnischen Annexionskrise kontinuierlich wachsende außenpolitische Gegensatz zwischen Deutschland und Rußland wie auch zwischen Österreich-Ungarn und Rußland zusätzliche Brisanz. Seit 1910/11 gewann Rußland in Südosteuropa politisch an Gewicht. In der deutschen Führung wuchs die Besorgnis vor wachsendem außenpolitischem Einfluß Rußlands ebenso wie die Hoffnung, in einem Zweifrontenkrieg auf englische Neutralität rechnen zu können. Zu fragen ist, inwieweit in der deutschen Führung in dieser Phase die Vorstellung Raum gewann, die im Visier befindliche Hegemonialstellung gleichsam etappenweise zu realisieren: zuerst mit Hilfe eines Zweifrontenkrieges gegen Rußland und Frankreich die kontinentale Hegemonie zu gewinnen, um auf dieser neuen Basis den weltpolitischen Entscheidungskampf mit England ins Auge zu fassen. Zu bedenken ist ferner, daß in Österreich-Ungarn, dem einzigen sicheren Bundesgenossen des Deutschen Reiches, unter den Herrschenden die Zahl der Kriegsbefürworter deshalb wuchs, weil diese in einem Krieg das letzte Mittel sahen, den rapiden inneren und äußeren Machtverfall der Vielvölkermonarchie aufzuhalten. Die in Richtung auf den Krieg beschleunigende Wirkung der Liman-von-Sanders-Krise 1913/14 mußte sich unter solchen Bedingungen vor allem aus der russischen Absicht ergeben, eine antiösterreichische Balkanallianz unter serbischer Führung zu etablieren (11).

Eng verbunden mit den außenpolitischen Beweggründen waren die militärischen. Bereits 1912 befürwortete Generalstabschef von Moltke d. J. einen Krieg zum frühestmöglichen Zeitpunkt. Von der Vorstellung beherrscht, Rußland werde nach Abschluß seiner gegenwärtigen Aufrüstungsphase die Mittelmächte angreifen, plädierte Moltke im Frühsommer 1914 nachdrücklich für den baldigen Präventivkrieg, weil er mit der über die Heeresvorlage 1913 eingeleiteten beträchtlichen eigenen Aufrüstung im Augenblick noch einen deutschen Rüstungsvorsprung für gesichert hielt (12). Der Druck der Militärinstanzen auf die zivile Reichsführung nahm zu. Die 1984 veröffentlichten Tagebücher Theodor Wolffs (13) sind ein neuer Beweis, daß Mitte 1914, vor Ende Juli, der Reichskanzler von Bethmann Hollweg und führende Beamte des Auswärtigen Amtes den Krieg für unvermeidlich hielten (14).

Dagegen ist auf der Basis des gegebenen Forschungsstandes die Frage schwerer zu beantworten, in welchem Ausmaß und mit welchem Wirkungsgrad von der Konstellation des inneren Klassenkampfes aus Kräfte mobilisiert wurden, denen eine Stabilisierung des Herrschaftssystems am ehesten über einen Krieg erreichbar schien. In den größeren Darstellungen über die innere Situation in den Jahren 1910 bis 1914 wird gewöhnlich der Begriff „Heranreifen einer politischen Krise“ verwendet (15). Es müßte allerdings noch genauer analysiert werden, welche Erscheinungen dieser Jahre Krisencharakter besaßen oder annahmen und inwieweit die Lage 1914 von Krisenmerkmalen bestimmt war. Druck von rechts wie von links auf die Regierung gab es zweifellos. Doch hat die Tatsache, daß 1912 jeder dritte Wähler sozialdemokratisch wählte, in den herrschenden Kreisen die Motivation für eine kriegerische Lösung eher gestärkt, oder hat jene dieser eher entgegengewirkt in der Befürchtung, ein Weltkrieg würde vorrangig den Zielen der Sozialdemokratie nützen? Junkerlich-großbourgeoise Rechtskräfte, die sog. Nationale Opposition, die für einen Staatsstreichkurs gegen die Arbeiterbewegung, gegen demokratische und liberale Strömungen plädierte, konsolidierten sich in den Jahren vor Kriegsausbruch. 1914 mehrten sich die Stimmen aus diesen Kreisen, die, wie der konservative Parteiführer von Heydebrand und der Lasa, nun einen Krieg befürworteten in der Erwartung, er werde „zu einer Stärkung der patriarchalischen Ordnung und Gesinnung führen“ (16). Doch wie stark verbreitet waren solche Vorstellungen und welchen Einfluß besaßen sie in der politischen Entscheidungszentrale?

Damit ist zugleich die Frage nach der ideologischen Komponente auf dem Weg in den Krieg aufgeworfen. Auch hier sind Fragen offen. Unbestreitbar haben zwar Verbreitung und Wirkungskraft von Nationalismus und Kriegsideologie in vielfältigen Variationen in den Vorkriegsjahren weiter zugenommen – im bürgerlich-junkerlichen Lager, in der bürgerlichen Intelligenz, in den Mittelschichten überhaupt, auch in Kreisen der Arbeiterklasse. Die Lage unterschied sich jedenfalls von der etwa Anfang der neunziger Jahre beträchtlich, als die mit der Aufrüstung der potentiellen Gegner motivierte Militärvorlage in breiten Kreisen der deutschen Bevölkerung zu Beunruhigung und Kriegsfurcht führte. Und wenn damals Reichskanzler von Caprivi sich besorgt äußerte, „daß jetzt die Nationen mit ihren Interessen und Stimmungen auf die Entscheidung über Krieg und Frieden einen soviel wesentlicheren Einfluß ausüben“ (17), schien 1914 für die Regierung bei einem Kriegskurs Optimismus berechtigt. Doch W. J. Mommsens Hinweis, Kriegsenthusiasmus sei in der deutschen Gesellschaft nicht allgemein verbreitet gewesen (18), deutet an, wie wichtig weitere Untersuchungen sind, die die Durchschlagskraft dieser Ideologie in den einzelnen Klassen und Schichten exakter bestimmen.

Unbestreitbar war die Arbeiterbewegung die mit Abstand wirksamste Antikriegsbewegung (19). Aber ihre Massenproteste verliefen während der Marokkokrise 1911 prinzipieller und effektiver als 1914. Vor allem setzten sie viel zu spät ein, und ihre Schlagkraft wurde abgebremsst durch die Geheimabsprachen rechter Parteiführer mit Vertretern der Regierung. Zu fragen bleibt, inwieweit der in der Partei verbreitete Optimismus, auch diese Krise werde ohne Krieg vorübergehen, sich nicht zuletzt aus Erfahrungen bzw. Illusionen bezüglich vorangegangener Krisen nährte. Es lag nicht allein am Antikriegskampf der Arbeiterbewegung, daß die Herrschenden in früheren Krisen den großen Krieg nicht gewagt hatten, sondern auch an der Disposition der Regierungen, sich für einen solchen Krieg als noch nicht ausrei-

chend vorbereitet zu halten. Daß für sie die Ausgangslage 1914 ganz anders war, hat die Regierung, so der Anschein, durch ihre Regie nach dem Attentat in Sarajevo – nach außen blieb alles ruhig, während die Weichen auf den Krieg gestellt wurden – geschickt verschleiert und damit den Kriegsverhütungsoptimismus in der Arbeiterpartei gleichsam gefördert. Als über einen Monat später die Kriegsperspektive der Öffentlichkeit klar wurde, fielen die Entscheidungen nun so schnell, daß die protestwilligen Kräfte in der Sozialdemokratie, die sich auch durch die Verteidigungskriegslosung nicht beeindrucken ließen, gewissermaßen überrollt werden konnten.

In diesem Zusammenhang sei auch auf den Nachholebedarf verwiesen, der bei uns in der Erforschung der bürgerlichen Friedensbewegung, ihrer Ideologie und Organisation, herrscht. Lange Zeit waren manche Einschätzungen Spiegelbild der zwiespältigen Sicht der damaligen Arbeiterbewegung auf den Pazifismus. Nun kann es selbstverständlich nicht darum gehen, die Grenzen und die begrenzte Wirksamkeit des Pazifismus zu verwischen. Doch finden sich z. B. in der Programmatik seiner Strömungen Positionen, die im Lichte des heutigen Friedenskampfes erstaunlich modern klingen.

Zur Summe der vom deutschen Imperialismus als günstig bewerteten Umstände für einen Kriegsausbruch im Sommer 1914 gehört auch der Anlaß für den Kriegsbeginn. Das Attentat von Sarajevo zu diesem Zwecke auszubedenken bedeutete, nicht nur auf die volle Mitwirkung Österreich-Ungarns bei einer kriegerischen Lösung zählen zu können, sondern die Habsburgermonarchie mußte nach außen sogar als erste Macht auftreten, während Deutschland anfangs von einer „Hinterhandposition“ aus agieren konnte. Die Niederlage verhindern konnte freilich der vorteilhafte Anlaß ebensowenig wie die anderen in den herrschenden Kreisen in Berlin und Wien als günstig beurteilten Voraussetzungen des Kriegsausbruchs.

- (1) Wörterbuch der Geschichte. – Berlin, 1983. – S. 1171.
- (2) Deutschland im ersten Weltkrieg / hrsg. von d. Arbeitsgruppe Erster Weltkrieg unter Leitung von F. Klein. – Bd. 1 – 3. – Berlin, 1968–1969.
- (3) Gutsche, W.; Klein, F.; Petzold, J.: Von Sarajewo nach Versailles. – Berlin, 1974.
- (4) Otto, H.; Schmiedel, K.; Schnitter, H.: Der erste Weltkrieg. – Berlin, 1964. – Klein, Fritz: Deutschland von 1897/98 bis 1917. – Berlin, 1961.
- (5) Klein, Fritz: Es begann in Sarajevo. – Berlin, 1964. – Gutsche, Willibald: Sarajevo 1914. – Berlin, 1984.
- (6) Klein, Fritz: Deutschland von 1897/98 bis 1917. – 5., bearb. Aufl. – Berlin, 1986. – Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands / hrsg. von e. Autorenkoll. – Bd. 1. – Berlin, 1988. – Deutsche Geschichte in zwölf Bänden. – Bd. 6 [im Druck].
- (7) Klein, F.: Deutschland... (s. Anm. 6), S. 225.
- (8) Gutsche, Willibald: Zur Entfesselung des ersten Weltkrieges: aktuelle Probleme d. Forschng. – In: ZfG. – Berlin 33(1985). – S. 793.
- (9) Lenin, W. I.: Der Krieg und die russische Sozialdemokratie. – In: Lenin, Werke, Bd. 21, S. 13f.
- (10) Gutsche, W.: Zur Entfesselung... (s. Anm. 8), S. 787ff.
- (11) Hillgruber, Andreas: Die gescheiterte Großmacht. – Düsseldorf, 1984. – S. 43f.
- (12) Mommsen, W. J.: Der Topos vom unvermeidlichen Krieg. – In: Bereit zum Krieg: Kriegsmentalität im wilhelmin. Dtl. 1890–1914 / hrsg. von Jost Dülffer u. Karl Holl. – Göttingen, 1986. – S. 216f.
- (13) Wolff, Theodor: Tagebücher 1914–1919 / hrsg. von B. Sösemann. – T. 1. – Boppard, 1984. – S. 521.
- (14) Gutsche, W.: Zur Entfesselung... (s. Anm. 8), S. 791.
- (15) Klein, F.: Deutschland... (s. Anm. 6), S. 180ff. – Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (s. Anm. 6), Bd. 1, S. 654ff.
- (16) Zit. nach: Mommsen, W. J.: Der Topos... (s. Anm. 12), S. 198. – Vgl. auch: Fischer, Fritz: Krieg der Illusionen. – Kronberg/Ts., 1978. – S. 406ff. – Dülffer, Jost: Deutschland als Kaiserreich (1871–1918). – In: Deutsche Geschichte / hrsg. von M. Vogt. – Stuttgart, 1988. – S. 548f.
- (17) Die große Politik der europäischen Kabinete 1871–1914 / hrsg. von J. Lepsius... – Bd. 7. – Berlin, 1927. – S. 36.
- (18) Mommsen, W. J.: Der Topos... (s. Anm. 12), S. 201.
- (19) Klein, F.: Deutschland... (s. Anm. 6), Kap. 4–8. – Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (s. Anm. 6), Kap. 7 u. 8.

Nach einer kurzen Skizze der Ausgangsposition und der Ergebnisse des ersten Weltkrieges geht der Verfasser auf den Beitrag der Geschichtswissenschaft der DDR zur Weltkriegsgeschichtsschreibung ein und wendet sich der Frage zu, warum gerade die Krise von 1914 in ihrer Verflechtung von objektiven und subjektiven, ökonomischen und militärischen innen- und außenpolitischen Bedingungen, die weiter zu erforschen sind, zum Kriegsausbruch führte.

Außenpolitik in der Vorkriegskrise 1939

Zu einer historisch-politischen Kontroverse

Kurt Pätzold

Zu den permanenten Quellen, aus denen geschichtswissenschaftliches Nachfragen sich heute speist, gehört das Bewußtsein, daß die Menschheit in ihrer gesamten Geschichte niemals vor einer entscheidungsschwereren Alternative stand als heutzutage. Milliarden von Erdbewohnern wollen diese Alternative gleichsam „loswerden“ und sichern, daß unser Planet bewohnbar und bewohnt bleibt. Aus diesem Bestreben werden viele Fragen an die Geschichte gestellt. Sie konzentrieren sich insbesondere auf Situationen, von denen erwartet wird, ihr Verständnis könne verwertbare Einsichten für die Gegenwart hergeben. Dabei richtet sich der Blick immer wieder auch auf die Vorkriegsgeschichte des zweiten Weltkrieges.

Wäre dies das einzige Motiv, das so beschaffene Hinwendung zur Geschichte hervorbringt, so ließe sich wohl eine größere Einheitlichkeit der Auffassungen über die Weltgeschichte der dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts erreichen. Doch bevor noch wahrgenommen wurde, daß – um Albert Einsteins Worte zu zitieren – die Atombombe das Wesen der Welt veränderte und das Menschengeschlecht sich plötzlich in einer neuen Behausung befand, in der es sein Denken anpassen mußte, hatte sich ein apologetisch-klassenbedingtes Interesse geltend gemacht, das Ursachen und Urheber des zweiten Weltkrieges im Dunkeln lassen und in die Irre führende Antworten unter die Leute bringen wollte. Dieses Interesse wirkt bis heute. Es äußert sich prägnant in der durch kein Argument aus der Welt zu bringenden These, daß der Krieg von 1939 bis 1945 „Hitlers Krieg“ oder der „nationalsozialistische Krieg“ gewesen sei. In solch verzerrender Verkürzung zeigt sich seit Jahrzehnten zugleich theoretische und methodologische Hilflosigkeit gegenüber einem weltgeschichtlichen Ereignis, an dem 61 Staaten beteiligt waren, in denen fast vier Fünftel der Erdbevölkerung lebten. Allein 110 Millionen Menschen gehörten den Armeen der kriegführenden Parteien an (1).

Doch existieren jenseits aller apologie-geleiteten Absicht viele schwer entscheidbare Fragen: Welche Prozesse der dreißiger Jahre waren gesetzmäßig, welche von mehr oder weniger zufälliger Natur? Bis zu welchem Punkt waren Entwicklungen noch umkehrbar? Was war der Anteil der Großstaaten, und welche Möglichkeiten besaßen – trotz deren Dominanz – kleinere Mächte? Welche Rolle spielten Parteien, Politiker und insbesondere die exponierten Staatsmänner – Hitler und Mussolini, Chamberlain und Daladier, Roosevelt und Stalin?

Die Vorkriegskrise, die in den zweiten Weltkrieg einmündete, datiert vom 15. März 1939. An diesem Tag marschierten deutsche Truppen in die sogenannte Rest-Tschechoslowakei ein und liquidierten den Staat, dessen Bestand zu respektieren die faschistischen Machthaber sich nur wenige Monate vorher im Münchener Abkommen (2) verpflichtet hatten. Bis dahin hatte es demagogisch geheißt, das Ziel bestünde in der staatlichen Zusammenfassung aller in Mitteleuropa geschlossen „siedelnden“ Deutschen. Nun wehten die Hakenkreuzfahnen in Prag. Das Ereignis setzte ein unübersehbares Zeichen für die Entschlossenheit der Hitler-Clique, ihre Außenpolitik nicht an Konzessionen der Westmächte zu binden, sondern sie auf eigene Faust zu treiben. Gerade das hatte die Regierung Neville Chamberlain, die seit 1937 in London amtierte, hartnäckig zu verhindern gesucht. Sie strebte eine Generalverständigung über die rivalisierenden Interessen auf dem Verhandlungsweg an und gab sich der Hoffnung hin, sie könne – wie 1938 in München geschehen – den Machtzuwachs des Konkurrenten gleichsam rationieren(3).

Nach dem 15. März überschlugen sich die Ereignisse. Am 21. März besetzten deutsche Truppen das Memelland, einen bis dahin litauischen Landstreifen, in dem Nazis praktisch bereits das Regiment übernommen hatten. Am 28. März kapitulierte Madrid, in den folgenden Tagen gingen die letzten Bastionen der spanischen Republikaner verloren. Am 7. April, durch die unbestraften Aggressionen seines Hauptverbündeten ermutigt, liquidierte Italien den albanischen Staat. Am 28. April kündigte Hitler in öffentlicher Rede die deutsch-polnische Nichtangriffserklärung von 1934 und das deutsch-britische Flottenabkommen von 1935 auf. Die Frage, die man sich in London und Paris,

Washington und Moskau, aber auch in Warschau und Bukarest neu zu beantworten hatte, lautete: Bis zu welchem Punkte soll der Vormarsch des Faschismus in Europa noch hingenommen werden?

Wie die Antworten ausfallen würden, hing nicht allein von den Kabinetten ab, sondern auch davon, wie die Volksmassen in den nichtfaschistischen Staaten ihre Interessen geltend machen würden; denn in Deutschland, mehr noch als in Italien, befanden sich Millionen von Menschen fest im ideologischen und organisatorischen Griff der Machthaber. Mit dem Ausbau des Repressivapparats des Faschismus hatten sich die Bedingungen für die Regimegegner extrem verschlechtert. Ihre Mahnungen und Appelle erreichten die Mehrheit des Volkes nicht, die zwar sowenig wie die in den anderen europäischen Staaten einen Krieg wollte, sich aber an den Gedanken klammerte, die Außenpolitik Hitlers werde wie 1938 auch 1939 ohne Krieg abgehen.

Jenseits des Machtbereiches des Faschismus fehlte es nicht an Stimmen, in denen sich das Bewußtsein der Vorkriegskrise ausdrückte. Das erfuhr auch Josef Goebbels, der nach einer Reise, die ihn nach Ungarn, Griechenland, Ägypten, auf Rhodos und schließlich in die Türkei geführt hatte, am 14. April 1939 notierte: „Überall wartet man auf Krieg“ und tags darauf hinzufügte: „In Berlin denkt kein Mensch an Krieg“ (4). Das war aus der Feder des Reichspropagandaministers eine glatte Lüge. In der Hauptstadt des faschistischen Reiches arbeiteten die Stäbe der Wehrmacht an den Plänen für den Überfall auf Polen, als dessen spätester Termin der 1. September 1939 galt. Währenddessen war gerade Goebbels führend dabei, die Deutschen gegen die Polen aufzuputschen und sie so in Kriegsstimmung zu versetzen.

In Europa wuchsen Besorgnis und Furcht vor einem neuen Krieg. Während der deutschen Bevölkerung eingegeben wurde, es sei „Alljuda“, das den Krieg wolle, war im Ausland kein Zweifel, daß Deutschland und Italien die krisenhafte Situation schufen. Die Ansichten darüber, wie sie sich entfalten werde, gingen weit auseinander. Verbreitet war die Auffassung, daß Hauptentscheidungen in London und Paris fallen mußten, wobei von der französischen Regierung erwartet wurde, daß sie der Kiellinie der britischen Politik folgen werde. Die einen wünschten, daß die Regierungen den Kurs des Appeasement aufgaben. Andere hofften auf einen Regierungswechsel in London oder auf die Erweiterung des Kabinetts durch Konservative, die gegenüber den Aggressorstaaten strikten Gegenkurs steuern wollten. Dabei wurde insbesondere an Winston Churchill und Anthony Eden gedacht. Viele fragten sich, was die Garantie-Erklärung Großbritanniens (der sich Frankreich anschloß) zugunsten des vor allem bedrohten Polen (5) wert sein würde, wenn eine britisch-französisch-sowjetische Verständigung ausbliebe.

Jedenfalls geriet das politische Europa im Frühjahr 1939 in Bewegung. Deren Hauptakteure blieben indessen die faschistischen Staaten, die am 23. Mai 1939 den sogenannten „Stahlpakt“ schlossen (6). Doch wurde auch erkennbar, daß in London und Paris nach Antworten auf die sich zuspitzende Situation gesucht wurde. Für das Kabinett Chamberlain blieb die Vermeidung eines Krieges mit Deutschland oberstes Ziel der Europa-Diplomatie. Der Premier glaubte sich zu einem Krisenmanagement fähig, das die weltweiten Interessen des britischen Imperialismus wahrte und drei Probleme löste: die Kontrolle des deutschen Rivalen, dessen Machtzuwachs verlangsamt und begrenzt werden sollte, die Zurückhaltung des italienischen Faschismus von kriegerischen Aktionen im Mittelmeer und die Sicherung der britischen Positionen im Fernen Osten, wo Japan seit 1937 China bekriegte. Schließlich wurden die Kräfte des britischen Weltreichs zunehmend durch die Spannungen in seinen Kolonialgebieten, namentlich in Indien beansprucht.

Dieses Interessenbündel führte im Londoner Kabinett dahin, daß auch nach dem 15. März 1939 der Gedanke nicht aufgegeben wurde, die Expansionskraft des deutschen Imperialismus kontrolliert und limitiert nach Südosteuropa und an die Grenzen der UdSSR zu richten (7). Das war eine abenteuerliche Politik, die zudem in sich nicht widerspruchsfrei gestaltet werden konnte. Denn: wollte man dem faschistischen Regime Aufmarschraum gegen die UdSSR verschaffen, so mußte man ihm nicht nur die drei baltischen Staaten ausliefern, sondern auch Polen entweder zum Verbündeten dieses faschistischen Deutschland machen – was eine unlösbare Aufgabe war – oder es op-

fern, wie man zuvor die Tschechoslowakei im Stich gelassen hatte. Und: wo waren Garantien, daß dieser Hitler im Osten nicht nehmen würde, was ihm zugebilligt wurde, um sich dann gewissermaßen „umzudrehen“ und mit neugewonnener Kraft zuerst gegen die Westmächte loszuschlagen?

Auf diese Möglichkeit wies auch die amerikanische Journalistin Dorothy Thompson. Sie meinte, Deutschland werde sich auf diese oder jene Weise die Ressourcen Polens und des Balkans sichern, die Sowjetunion zu neutralisieren versuchen und dann Frankreich und Großbritannien bekriegen, um eine Pax Germanica zunächst im Westen zu erreichen (8). Thompson sah richtig, daß die Pläne der drei Antikomintern-Staaten, Deutschland, Italien und Japan, modifikationsfähig waren und daß deren Verwirklichung nicht unbedingt mit einem gemeinsamen Überfall auf die UdSSR beginnen mußte. Chamberlain hingegen wollte das nicht sehen.

Den ersten Schritt, der die diplomatische Szenerie nach dem 15. März ernsthaft in Bewegung brachte, ging die UdSSR. Fünf Tage vor der Liquidierung der ČSR – die dramatische Wendung ließ sich noch nicht absehen – sprach Stalin vor dem XVIII. Parteitag der KPdSU auch über die Ursachen der verschärften europäischen Situation. Seine Analyse bewegte sich – anders als ein halbes Jahr später – auf dem Boden der fundierten Urteile des VII. Weltkongresses der Komintern von 1935. Die faschistischen Mächte wurden Aggressorstaaten genannt und ebensowenig die Namen derjenigen verschwiegen, die sie begünstigten. Die UdSSR, sagte Stalin, werde niemandem die Kastanien aus dem Feuer holen (9).

Auf dieses Sprachbild nahmen schon Zeitgenossen immer wieder Bezug. Später – auch in der Historiographie – wurde von der „Kastanien-Rede“ geschrieben und die Redewendung als Beweis dafür herangezogen, daß die UdSSR die Abwehrfront mit den Westmächten nicht wirklich gewollt und nach Berlin geschickt hätte. Zu diesem Zeitpunkt und noch in den folgenden Wochen gab es indessen kein Anzeichen, daß die Berliner Regierung einen politischen Draht nach Moskau herzustellen suchte. Zwar war das deutsch-sowjetische Abkommen über den Handels- und Zahlungsverkehr vom 19. 12. 1938 rascher zustande gekommen als voraufgegangene, worin sich rüstungswirtschaftliche Bedürfnisse Deutschlands ausdrückten. Weitere Wirtschafts- und Kreditverhandlungen gerieten aber im Februar 1939 ins Stocken, weil die deutschen Bedingungen sowjetischerseits unannehmbar waren. Die UdSSR konnte Mitte März im Scherbenhaufen der Münchener Politik einzig die vage Chance sehen, ihre Politik der kollektiven Sicherheit neu zu beleben. Tatsächlich schlug sie bereits am 18. März den Kabinetten der Westmächte vor, auf einer gemeinsamen Konferenz, die unter Beteiligung Polens, Rumäniens und der Türkei in Bukarest stattfinden sollte, unverzüglich über die gefährdrohende Situation zu beraten (10). Es lag in diesem Angebot zugleich eine Herausforderung. Das Treffen hätte demonstriert, daß die Befriedigung des Aggressors durch dessen Bändigung ersetzt werden sollte. Einen derartigen Kurswechsel ihrer Europa-Politik wollte weder das britische noch das französische Kabinett vornehmen. Wer sich fragt, warum die Regierenden der beiden Staaten so leichtfertig über ein doch für die sich exponierende UdSSR auch risikobehaftetes Angebot hinweggingen, stößt zunächst auf die Wirkungen von hartleibigem Antikommunismus und dann auf einen folgenschweren Irrtum. Die Westmächte gingen davon aus, die UdSSR-Politik besäße prinzipiell nur zwei Optionsmöglichkeiten, mit den nichtaggressiven kapitalistischen Staaten zusammenzugehen oder sich in die Isolation zurückzuziehen. Chamberlain, Außenminister Halifax und andere glaubten, es stünde ganz in ihrem Belieben, die sowjetische Bereitschaft zur Zusammenarbeit einmal anzurufen und sie dann wieder zurückzuweisen.

Bis in den Mai 1939 hinein zeichnete sich für die UdSSR tatsächlich keine dritte Möglichkeit ab. Erst dann bekundete Berlin, daß es den Faden der Wirtschaftsgespräche wieder aufnehmen wolle (11). Anfangs war fraglich, ob diese Signale nicht nur als Störfunk dienen sollten. Denn inzwischen waren Verhandlungen zwischen der UdSSR und den Westmächten schleppend in Gang gekommen. Im Grunde hätte ihre Partnerschaft im politischen Gerüst schon hergestellt sein können, bevor die deutsche Außenpolitik überhaupt zum Zuge kam. Doch nachdem die UdSSR am 17./18. April den Vorschlag eines Beistandspakts der drei Mächte (12) unterbreitet hatte, den eine Mil-

tärkonvention ergänzen sollte, klügelte das britische Kabinett am 26. April ein Vertragssystem aus, um die Sowjetunion zur Verteidigung Polens, Rumäniens und weiterer Staaten zu verpflichten, denen auch Großbritannien und Frankreich Beistand leisten würden, ohne daß die UdSSR die gleiche Hilfe erfuhr, falls sie von Deutschland angegriffen würde, beispielsweise über die baltischen Staaten und im Verein mit Finnland. Auch als Großbritannien mit diesem Vorschlag nicht durchkam und die Regierung ihn auch unter dem Eindruck einer Debatte im Unterhaus am 19. Mai modifizieren mußte(13), war an der Grundtatsache nichts geändert. Das Kabinett Chamberlain wollte keine Tripleallianz, und die Regierung in Paris, die in der stärker bedrohten Situation Frankreichs sich verhandlungsflexibler zeigte, unternahm nichts, um den Verbündeten vorwärts zu stoßen.

Gewiß: im April und Mai 1939 waren die Terminpläne des deutschen Militarismus streng geheim. Also konnte sich jedermann in dem Zeitraum verrechnen, der für Entscheidungen und Lösungen überhaupt noch blieb. Doch, dies in Ansatz gebracht, bleibt die Tatsache, daß die britische Politik bis zur Fahrlässigkeit langsam operierte. Sie überließ, wie auch die französische, die Verhandlungen ihrem Moskauer Botschafter und entsandte erst Mitte Juni William Strang, den Leiter der zuständigen Abteilung des Außenministeriums, in die UdSSR, die als Verhandlungspartner ihren Außenminister stellte. Die Botschafter hatten es bis zum 2. Mai 1939 also mit M. Litwinow und dann mit W. Molotow zu tun, der zugleich Regierungschef war. Mitunter wurde in Litwinows Entlassung, die ein sensationelles Ereignis war, das Zeichen für eine Wende der sowjetischen Außenpolitik gesehen. Obwohl bislang endgültige Aussagen nicht möglich sind, deutet vieles auf Meinungsverschiedenheiten über die Verhandlungsperspektiven mit den Westmächten hin. Doch blieb die Außenpolitik zunächst auch unter Molotow auf die Maximallösung, eine Abwehrfront mit den Westmächten, gerichtet: Erstens mußte ihr Zustandekommen noch immer als relativ wahrscheinlicher gelten als eine wie immer geartete Verständigung mit Deutschland, und zweitens und vor allem stellte eine feste Dreierallianz die dauerhafte Gewährleistung des sowjetischen Friedensinteresses dar.

Erst seit Ende Mai ergab sich für die sowjetische Diplomatie die Möglichkeit, auch Absichten, Pläne und Entschlüsse der faschistischen Politiker in Gesprächen zu ergründen, die in Berlin und in Moskau geführt wurden(14). Doch lag auch weiterhin Präferenz auf der Einigung mit Großbritannien und Frankreich, ungeachtet aller neuen Ausweichmanöver ihrer Partner. Davon zeugte auch, daß die UdSSR, nachdem sie ihr Paktangebot zunächst vertraulich unterbreitet hatte, die britische Öffentlichkeit mobilisieren half. So sollte das Kabinett Chamberlain unter stärkeren Druck geraten(15). Das führte zu Teilerfolgen, die jedoch wiederum beruhigend auf die öffentliche Meinung zurückwirkten, die nur zu gern erfreuliche Botschaften aufnahm. Zugleich unterrichtete die Sowjetregierung, so Molotow in einer Rede vor dem Obersten Sowjet am 31. Mai(16), und deren Presse sowohl über Wandlungen in der britischen Haltung hin zu mehr Realismus wie über die großen Schwierigkeiten, die nach wie vor vertraglichen Abmachungen entgegenstanden.

Vergegenwärtigt man sich den Gang der politischen Verhandlungen zwischen der UdSSR und den Westmächten im Vierteljahr zwischen Mitte April und Ende Juli, so mag verwundern, daß es überhaupt zum Treffen von Militärdelegationen kam. Der Problemberg, den die Außenpolitiker zu bewältigen hatten, um eine Grundlage für Abmachungen der Militärs zu schaffen, war bei weitem nicht abgetragen, ein Beistandspakt nicht paraphiert. Warum reisten Generale und Admirale Frankreichs und Großbritanniens dennoch nach Moskau? Deutschland verschärfte die „Polenkrise“ unausgesetzt und drohte immer dreister mit Krieg. Auch in britisch-französischen Militärkreisen wurden daher Stimmen laut, die darauf drängten, sich für den Kriegsfall des Beistands der Roten Armee zu versichern. Doch verschaffte sich dieses Interesse nur bedingt Geltung, wie die Zusammensetzung der britischen und französischen Delegationen und der Reiseweg zeigte, der sie am 5. August von London durch die Nord- und Ostsee nach Leningrad und weiter in die sowjetische Hauptstadt führte. Man schrieb den 11. August, als sie dort anlangte. Tags darauf begannen die Verhandlungen.

Die UdSSR hatte ihren Partnern die Namen ihrer Unterhändler am 2. August, also vor deren Abreise, bekanntgegeben. Sie bestand aus

den Ministern (Volkskommissaren) für die Rote Armee und die Seekriegsflotte, dem Oberkommandierenden der Luftflotte, dem Generalstabschef der Roten Armee und seinem Stellvertreter. Offenbar galten die Militärverhandlungen in der UdSSR als letzter Test dafür, ob die kapitalistischen Regierungen noch zu einem Bündnis gelangen wollten. Die Ernsthaftigkeit dieses Versuchs ergab sich sowjetischerseits auch durch die Kämpfe, die auf dem Territorium der Mongolischen Volksrepublik mit japanischen Truppen im Gange waren. An ihnen verdeutlichte sich die Möglichkeit eines Zangenangriffs der Antikomintern-Staaten(17).

Die hohen Schwierigkeiten, die auf dem Wege zu einer Militärkonvention zu lösen waren, verdeutlichen einige militärische und militärgeographische Tatsachen. Aus den deutschen Vorbereitungen auf den Krieg war ablesbar, daß sich der Hauptstoß der Wehrmacht gegen Polen richten sollte(18). Von Deutschland und dessen Satelliten von drei Seiten umschlossen, war es in einer extrem ungünstigen Lage. Militärexperten schätzten daher, daß Polens eigene Kräfte einem Ansturm des übermächtigen Nachbarn nur etwa zwei Monate standhalten könnten. Danach würden die deutschen Armeen mit ihren Hauptkräften auf einer Länge von mehreren hundert Kilometern vor den Grenzen der UdSSR stehen.

Die Fragen lagen zutage, die sich aus diesem vorausdenkbaren Verlauf ergaben. Wie würden – wenn überhaupt – die Truppen Frankreichs und Großbritanniens in den Kriegsverlauf eingreifen? Was würden sie zur Entlastung des polnischen Verbündeten tun können und tun wollen? Die französische Militärdoktrin sah in dogmatischer Auswertung der Weltkriegserfahrungen vor, im Falle eines deutschen Angriffs auf die inzwischen erbaute etwa 350 km lange Maginotlinie zu vertrauen, an der eigenen Landesgrenze die Angreifer aufzuhalten und so deren Kräfte zu schwächen, bis eines Tages mit einer Offensive zurückgeschlagen werden könne(19). Diese Doktrin eröffnete für Polen schlechte Aussichten. Und man fragt sich, was dessen Generäle bewog, auf diesen Bundesgenossen irgendeine Hoffnung zu setzen, zumal sich die französische Luftwaffe nach dem Urteil des britischen Verbündeten in einem eher beklagenswerten Zustand befand. Großbritannien aber hatte erst am 27. April 1939 die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Es gebot über maximal vier Divisionen, die es auf das Festland übersetzen und in die mehr als 100 defensiven französischen einreihen konnte. Ungewiß war auch, was die stärkere britische Luftflotte würde ausrichten können. Die Auffassungen über Bedeutung und Möglichkeiten eines Luftkrieges wichen weit voneinander ab.

In einem imponierenden Zustand befanden sich die Militärkräfte der gedachten Bündnispartner der UdSSR nicht. Es war absehbar, daß die Rote Armee für eine unbestimmte Zeit die Hauptlast des Landkrieges würde tragen müssen. Dazu gebot sie über mehr als 100 Divisionen, deren Offiziere und Mannschaften seit Jahren zwar im Geist des Antifaschismus erzogen worden waren, deren alten Kommandeurbestand jedoch die Willkür- und Terrormaßnahmen Stalins dezimiert hatten. Jedoch scheiterten die Militärverhandlungen schließlich nicht als Folge von Mißtrauen, das auf beiden Seiten handfeste Ursachen besaß und offenbar nicht ausgeräumt werden konnte, sondern an der ablehnenden Haltung Polens gegen ein Zusammenwirken mit der Roten Armee oder auch nur der Gewährung des Durchmarschrechts(20). Unter diesen Umständen wäre die Sowjetunion dazu verurteilt gewesen, nach Kriegsbeginn zu warten bis Polen überrannt war und die Naziwehrmacht die sowjetische Grenze erreicht hätte. Das war eine absurde Vorstellung.

Ohne daß der Prozeß der Entschlußbildung in Moskau sich schon exakt rekonstruieren ließe(21), wird man zu dem Schluß gelangen, daß die sowjetischen Unterhändler in eine Lage gerieten, da sie einem Phantom nachjagten. Mochten die einen dieser Erkenntnis früher zugeneigt, andere sich ihr lange widersetzt haben, weil ihnen der Gedanke der Minimallösung, einer Verständigung mit den faschistischen Politikern abscheulich war, – die Idee der Maximallösung, bestehend aus dem (mindestens) dreiseitigen Beistandspakt und einer Militärkonvention war Mitte August bis zum Ende verfolgt. Nur eine abrupte Wendung in der britisch-französischen Haltung hätte ihr noch einmal Leben einhauchen können. So standen die Dinge, als die sowjetische Seite am 17. August eine Unterbrechung dieser Verhandlungen vorschlug, die London und Paris eine letzte kurze Bedenkzeit gab.

Zu diesem Zeitpunkt war die Erkundungsphase der deutsch-sowjetischen Gespräche abgeschlossen, die anfänglich vom Geschäftsträger und dem Leiter der Handelsvertretung der UdSSR in Berlin und deutscherseits vom zuständigen Referatsleiter in der Wirtschaftspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes geführt und dann schrittweise auf höhere diplomatische Ebene gehoben worden waren⁽²²⁾. In ihrem Verlauf war deutlich geworden, daß die deutsche Regierung eine politische Abmachung suchte, die einer Neutralitätserklärung der UdSSR für den kommenden Krieg gleichkam. Mit ihr wollte die faschistische Führung Großbritanniens und Frankreich davon abhalten, die gegenüber Polen eingegangenen Verpflichtungen auch einzuhalten. So sollte die Wehrmacht ihre Kräfte gegen einen unterlegenen Gegner erproben, nach einem Blitzsieg eine Kriegspause einlegen und danach gegen Frankreich und Großbritannien „antreten“ können. Hitler, dem der Gedanke, mit dem „bolschewistischen Judentum“ einen Vertrag zu schließen, lange zuwider war, folgte ihm schließlich, hatte er doch der Generalität am 23. Mai quasi versprochen, daß sie zunächst einen begrenzten Krieg führen könnte. Erst als sich Außenminister Ribbentrop direkt in die Gespräche einschaltete, konnte die Regierung in Moskau sicher sein, daß in Berlin eine Grundsatzentscheidung gefallen war. Die deutsche Aggression sollte zunächst über Polen hinaus nicht weiter ostwärts getrieben werden. Während die britisch-französische Seite mit der UdSSR im Sommer hinhaltend verhandelte, weil sie auf einen Ausgleich mit Deutschland hoffte⁽²³⁾, hatte die sowjetische Seite die faschistische Diplomatie hingehalten, weil sie den Dreierpakt noch für erreichbar hielt. Diese Taktik zwang die deutschen Unterhändler, schrittweise ihre Bereitschaft erkennbar zu machen, für die Neutralität der UdSSR eine Gegenleistung aufzubringen und sowjetische Interessen in Osteuropa zu respektieren. Gleichzeitig begegnete die deutsche Seite der sowjetischen Haltung, das Tempo der Gespräche zu drosseln, seit Anfang August mit einem sich ständig verschärfenden Drängen auf deren Beschleunigung. Es blieb kein Zweifel, daß die Aggressoren den Krieg gegen Polen Ende August/spätestens Anfang September beginnen wollten. So hatte sich den sowjetischen Diplomaten im Verlauf der Verhandlungen sowohl der Gesamtplan wie der Zeitplan der deutschen Führung enthüllt. Umgekehrt machte die sowjetische Führung klar, unter welchen Bedingungen sie allein einem Vertrag zustimmen würde, der – im erwähnten Sinne – eine Minimallösung ihrer Sicherheitsprobleme darstellte. Von Deutschland wurde die öffentliche Erklärung verlangt, daß es die UdSSR nicht angreifen werde. Darüber hinaus – und als unverzichtbarer Bestandteil des Gesamtvertrages – bestand die sowjetische Diplomatie darauf, die zu respektierenden Interessen der Sowjetunion zu fixieren. Dieser Teil war nur als geheimer Text denkbar und wurde zuerst als separates Protokoll, dann als Zusatzprotokoll bezeichnet.

Am 17. August erklärte sich die Sowjetregierung bereit, Ribbentrop in Moskau zur Aushandlung der Texte und ihrer Unterzeichnung zu empfangen. Auf Drängen Hitlers wurde die Vorverlegung des Termins auf den 23. August zugestanden; dem war diese Zusage so wichtig, daß er nach ihrem Eingang Ribbentrops Reise und deren Zweck sofort durch den Rundfunk bekanntmachen ließ. So erfuhr die Weltöffentlichkeit am 22. August, daß die europäische politische Konstellation vor einer dramatischen Wendung stand. In der Nacht vom 23. zum 24. August wurde der Vertrag⁽²⁴⁾ von den Außenministern Deutschlands und der Sowjetunion unterzeichnet.

Was hatte die sowjetische Außenpolitik mit diesem Schritt erreicht, der, seit er bei Freund und Feind bekannt wurde – und noch bis heute – kein Plätzchen für bloße Kontemplation läßt und zur Parteinahme zwingt? So hatte die UdSSR erstens Klarheit über die unmittelbaren Pläne der deutschen Machthaber gewonnen; zweitens die eigene Situation für den Fall des unter den Schlägen der Wehrmacht zu erwartenden Zusammenbruchs Polens verbessert, weil das faschistische Deutschland vereinbarungsgemäß die Gebiete nicht besetzen würde, welche die UdSSR im Frieden von Riga 1921 hatte preisgeben müssen; drittens die japanische Regierung überrascht und die Aggressionslust Japans an der mandchurischen und mongolischen Grenze zusätzlich gedämpft; viertens die Perspektive gewonnen, entweder aus einem Krieg ganz herauszubleiben, der sich zwischen kapitalistischen Großmächten entwickeln konnte, oder den Zeitpunkt selbst zu bestimmen, zu dem sie sich an ihm unter Umständen beteiligen wür-

de. (Denn natürlich war der tatsächliche Aufschub des Krieges bis zum 22. Juni 1941 nicht die Intention der sowjetischen Außenpolitik, sondern das faktische Resultat.) Insgesamt hatte die UdSSR-Regierung auch mit dieser ungewollten, dann sich überraschend eröffnenden und angenehmen Minimallösung bewirkt, was die sowjetische Außenpolitik dieser Jahre leisten mußte; die Verhinderung einer internationalen Konstellation, in welcher der Sowjetstaat einer geschlossenen Front oder gar einem vereinten Angriff aller imperialistischen Großmächte gegenüberstand.

Auf dem Weg, ihre Sicherheitsinteressen in einem extrem unübersichtlichen Moment europäischer Entwicklung zu gewährleisten, begaben sich Stalin und Molotow auf eine abschüssige Bahn. Die im Zusatzprotokoll vorgenommene Abgrenzung von Interessensphären zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR entwickelte die sowjetische Außenpolitik unausweichlich in ein Dilemma. Dort, wo die Grenzen der Interessensphären zugleich Grenzen souveräner Staaten waren, besagte die Abgrenzung zunächst nichts anderes, als daß diese Staaten (Estland und Lettland, durch den Vertrag vom 28. September 1939 kam Litauen hinzu) dem faschistischen Zugriff entzogen waren. Da die politisch-geographische Linie der abgegrenzten Interessen aber auch durch Polen verlief, bedeutete der Vertragsabschluß eine Verletzung des eingegangenen zweiseitigen Vertrages mit Polen und des Völkerrechts, daß die sowjetische Außenpolitik – und namentlich Litwinow – solange zu verteidigen gesucht hatte.

Was der UdSSR in dieser Situation nicht gelingen konnte, war die Vermeidung des Ansehensverlustes, den ihr dieser Schritt in weiten Kreisen der Bevölkerung vor allem in den westeuropäischen Staaten eintrug. Die wenigsten vermochten zu durchschauen, was geschehen und warum es zu solch totalen Wandel der internationalen Szene gekommen war. Woroschilows Erklärung vom 27. August⁽²⁵⁾, die UdSSR habe die sowjetisch-britisch-französischen Verhandlungen nicht abgebrochen, um sich mit Deutschland zu verständigen, sondern den deutsch-sowjetischen Vertrag abgeschlossen, nachdem die Militärverhandlungen auf dem absolut toten Punkt angekommen waren, drang nicht durch. Die Regierungen in London und Paris, die innerhalb eines knappen Jahres ihre Politik in ein zweites Fiasko gesteuert hatten, suchten ihre Situation durch ungehemmte antisowjetische Angriffe zu verbessern. In Frankreich wurde die Presse der FKP verboten. Doch war – dies mag hier vorgreifend hinzugefügt werden – der in diesem Moment unvermeidliche Prestigeverlust der UdSSR gering, gemessen an den momentanen und Langzeitwirkungen, die von willkürlichen, subjektivistischen und wohlbegründete marxistische Analysen der Weltsituation mißachtenden Maßnahmen ausgingen, mit denen Stalin – in einer Biographie wäre zu klären, welche Rückwirkungen der deutsch-sowjetische Vertragsabschluß auch auf sein Selbstverständnis hatte – diesem Abkommen Stabilität verleihen wollte.

Gewiß war der sowjetische außenpolitische Schritt vom 23. August 1939 keine Aktion zur Rettung des allgemeinen Friedens. Dafür in den Tagen des Abschlusses des Nichtangriffsvertrags noch irgend etwas zu tun, lag nicht in der Macht der Sowjetregierung. Doch hält die These, der Nichtangriffsvertrag habe Hitler für den Beginn des zweiten Weltkrieges „grünes Licht“ gegeben, die sich mit der Behauptung verbindet, es habe zwei Kriegsschuldige gegeben – Deutschland und die UdSSR, in persona: Hitler und Stalin –, keiner Kritik stand. Der Entschluß, Polen anzugreifen, war faschistischerseits lange gefaßt. Seine Verwirklichung hätte, da sich innerhalb Deutschlands die kriegsfeindlichen Kräfte nicht geltend machen konnten, nur eine internationale Abwehrfront erschüttern und vereiteln können. So trifft die Mitverantwortung dafür, daß die Vorkriegskrise in den Weltkrieg ausmündete, jene, die – als es noch Zeit war – dem bereits kenntlichen Aggressor nicht entgegengetreten waren, obwohl sie dazu die Möglichkeiten besaßen.

(1) Der Zweite Weltkrieg 1939–1945: kurze Geschichte. – Berlin, 1985. – S. 5.

(2) Handbuch der Verträge 1871–1964: Verträge u. a. Dokumente aus d. Geschichte d. internat. Beziehungen / hrsg. von Helmuth Stoecker unter Mitarb. von Adolf Rüger. – Berlin, 1968. – S. 262. – Im weiteren zit. als: HdV.

(3) Rosenfeld, G.: Vom Münchener Abkommen zum Zweiten Weltkrieg. – In: Dokumentation der Veranstaltung „Das Münchener Abkommen und die Folgen – gemeinsame Friedenssicherung heute“ / hrsg. vom Bundesvorstand d. VVN – Bund der Antifaschisten. – Frankfurt am Main, [1989].

- (4) Die Tagebücher von Josef Goebbels : sämtl. Fragmente / hrsg. von Elke Fröhlich. – Bd. 3. – München, 1987. – S. 593 u. 595.
- (5) Das einseitige Hilfsversprechen gab Neville Chamberlain in seiner Unterhausrede am 31. März 1939 überraschend ab. Vgl.: Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges / hrsg. vom Auswärt. Amt. – Bd. 2. – Berlin, 1939. – S. 268.
- (6) HdV, S. 305.
- (7) Diese Politik und ihre Ziele waren so etwas wie ein offenes Geheimnis, wie sich an zwei sehr unterschiedlichen Stimmen ablesen läßt. Der Außenminister der UdSSR, M. Litwinow, charakterisierte sie in einem an den Botschafter der UdSSR in London, I. Maiski, gerichteten Brief vom 19. 3. 1939 als „die Konzeption der Bewegung Deutschlands nach Osten“ (SSSR v bor'be za mir nakanune vtoroj mirovoj vojny – sentäbr 1938 – avgust 1939 g.: dokumenty i materialy. – Moskva, 1971. – S. 249) und die amerikanische Journalistin Dorothy Thompson schrieb in einem am 5. April 1939 veröffentlichten Artikel: „Es ist äußerst schwer zu glauben, daß Chamberlain, als er nach München fuhr, nicht wußte, daß er Hitler freie Hand im Osten verschaffen würde; und daß er nicht genau wußte, was das Schaffen dieser freien Hand bedeuten würde“. Vgl.: Thompson, Dorothy: *Kassandra spricht : antifaschist. Publizistik 1932–1942.* – Leipzig, 1988. – S. 219.
- (8) Thompson, D.: *Die Krise.* – In: Ebenda, S. 221 ff.
- (9) Stalin, J. W.: *Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag der KPdSU.* – In: Ders.: *Fragen des Leninismus.* – Berlin, 1954. – S. 765 ff.
- (10) SSSR v bor'be za mir ... (s. Anm. 7), S. 246.
- (11) Die Sowjetunion hatte ihrerseits, der Linie entsprechend, die auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU entwickelt worden war, der deutschen Regierung ihre Bereitschaft bekundet, den Frieden zu wahren. Botschafter Merekalow bekräftigte das in einem Gespräch mit Staatssekretär Ernst von Weizsäcker am 17. April 1939 mit den Worten, man könne miteinander „auf normalem Fuß leben“. Vgl.: *Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918 bis 1945. – Serie D (1937–1945).* – Baden-Baden, 1956. – Bd. 6 (Nr. 325).
- (12) SSSR v bor'be za mir ... (s. Anm. 7), S. 336/337.
- (13) Im Unterhaus hatte W. Churchill schon in einer Rede Anfang Mai, die Ungleichheit der Verpflichtungen kritisierend, erklärt: „Natürlich wird Rußland keine Verträge eingehen, wenn es nicht als gleichberechtigt behandelt wird“. Zitiert in: Truchanowski, W. G.: *Winston Churchill.* – 2. Aufl. – Berlin, 1972. – S. 302f. – Weitere Tatsachen zur Außenpolitik Großbritanniens von 1918 bis zur Gegenwart. – Berlin, 1989. – S. 125 ff.
- (14) Nach den Grundsatzgesprächen, die vor dem 28. April 1939 (das genaue Datum ist noch nicht bekannt) in Moskau zwischen Stalin, Litwinow und den Botschaftern der UdSSR aus London, Berlin und Paris stattgefunden hatten, kehrte der sowjetische Botschafter Merekalow nicht wieder auf seinen Posten zurück. Bis-zu Kriegsbeginn blieb die UdSSR in Berlin durch ihren Geschäftsträger Astachow vertreten. Er und – soweit die anfänglichen Gespräche im Anschluß an die Wirtschaftsverhandlungen geführt wurden – der Leiter der Handelsvertretung Barbarin waren in Berlin die Gesprächspartner der faschistischen Diplomaten. In Moskau liefen die Kontakte vom deutschen Botschafter Friedrich Werner Graf von der Schulenburg zu M. Litwinow und später zu W. Molotow.
- (15) Über die Aktivitäten des Botschafters der UdSSR in London vgl.: Maiski, I.: *Memoiren eines Botschafters.* – Berlin, 1968. – S. 439 ff. – Maiski muß auch als der (bisherige) Hauptzeuge für die erwähnte (s. Anm. 14) Besprechung bei Stalin gelten.
- (16) SSSR v bor'be za mir ... (s. Anm. 7), S. 423 ff.
- (17) Das (noch zu erörternde) deutsch-sowjetische Abkommen vom 23. August 1939 stellte nächst der Niederlage an der Front den stärksten Dämpfer für die aggressive antisowjetische Politik der führenden politischen und militärischen Kreise Japans dar, die im Nichtangriffsvertrag einen Bruch des Antikominternpakts (HdV, S. 282f.) erblickten. Erst am 16. September 1939 wurde amtlich bekanntgegeben, daß der sowjetisch-mongolisch-japanische Konflikt beigelegt sei und jegliche Kampfhandlungen eingestellt wären.
- (18) Vgl. die unterschiedlichen Ansätze, die Hitler in seinen Reden vor den höchstgestellten Militärs am 23. Mai und am 22. Aug. 1939 gab. Während noch im Mai die – unbestimmte – Idee entwickelt wurde, im Falle eines Eingreifens der Westmächte die Hauptkräfte der Wehrmacht nach Westen zu richten, war im August die Fixierung auf einen Blitzkrieg gegen Polen erfolgt; vor den Westgrenzen sollten lediglich schwächere Verteidigungskräfte verbleiben.
- (19) Gerhard L. Weinberg urteilte über die französische Doktrin: „Das militärische Denken war völlig defensiv und man hoffte, einen Angriff an der Grenze abwehren zu können, was aber jeden kontinentalen Alliierten Frankreichs in eine schwierige Lage bringen mußte“. Weinberg meint in den späten 30er Jahren auch eine „sonderbare Überschätzung der deutschen Stärke“ feststellen zu können. Vgl.: *Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945 : e. Bilanz / Karl Dietrich Bracher ; Manfred Funke ; Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.).* – Düsseldorf, 1983. – S. 416. – (Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte ; 21).
- (20) In seiner Rede vor dem Obersten Sowjet der UdSSR bezeichnete Molotow diesen Umstand gegenüber anderen, den Fortgang der Verhandlungen und ihren positiven Abschluß ebenfalls behindernden Faktoren als den entscheidenden. Vgl.: *Archiv der Gegenwart.* – Wien 9(1939). – S. 4196f.

- (21) Die sowjetische Historiographie hat sich in jüngster Zeit auch der Untersuchung der Frage zugewandt, welche Motive, Überlegungen und Erwartungen Stalin, Molotow und andere Führer des Sowjetstaates im einzelnen bei ihren Entscheidungen im Frühjahr und Sommer 1939 leiteten. Indessen wurden (bis zum Abschluß dieses Aufsatzes) Dokumente, die den schwierigen Fragenkomplex entschlüsseln helfen und die innere Diskussion erkennbar machen würden, noch nicht publiziert.
- (22) Letzte Sicherheit über die Ernsthaftigkeit der Anträge und Vorschläge, welche die deutsche Außenpolitik unterbreitete, wurde in Moskau genaugenommen wohl erst gewonnen, als sich Außenminister Ribbentrop am 2. Aug. auch selbst in die Gespräche einschaltete. Bis dahin war deutscherseits v. Weizsäcker der höchstgestellte Verhandlungspartner.
- (23) Vgl.: *Deutschland im zweiten Weltkrieg / von e. Autorenkollekt. unter d. Ltg. von Wolfgang Schumann u. Gerhard Hass.* – Berlin, 1974. – S. 155.
- (24) *Der Nichtangriffsvertrag in: HdV, S. 306f.; das geheime Zusatzprotokoll in: Kühnl, Reinhard: Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten.* – Köln, 1975. – S. 299. – (Kleine Bibliothek : Politik, Wissenschaft, Zukunft ; 62).
- (25) SSSR v bor'be za mir ... (s. Anm. 7), S. 643f.

Der Aufsatz analysiert die Beziehungen zwischen den europäischen Großmächten in der Vorkriegskrise, die am 15. März 1939 mit dem Einmarsch der deutschen Truppen in die Rest-Tschechoslowakei begann und sich mit weiteren Aggressionen und Aggressionsdrohungen der „Achsenmächte“ verschärfte. Die Darstellung mündet in einer Diskussion der dramatischen Wende der internationalen Situation durch den Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages (mit dem Geheimen Zusatzprotokoll) am 23. August 1939. Die Maximallösung, die Schaffung einer Abwehrfront der nichtaggressiven Staaten, hatte sich als ein Phantom erwiesen, so daß die Außenpolitik der UdSSR auf eine Minimallösung auswich, um ihr Friedensinteresse zu sichern. Zwischen den beiden ihr verbliebenen Möglichkeiten (Vertragsabschluß mit Deutschland oder Rückzug in die Isolierung) entschied sich die sowjetische Führung für eine Verständigung mit der führenden Macht des Antikomintern-Blocks.

Quellen im Militärarchiv der DDR zur Vorbereitung, Entfesselung und zum Verlauf des ersten und zweiten Weltkrieges

Alfred Christoph, Harry Hartig und Albrecht Kästner

Im Jahre 1989 jährt sich die Entfesselung der beiden Weltkriege zum 75. beziehungsweise zum 50. Male.

Als am 1. August 1914 die deutsche Regierung Rußland den Krieg erklärte, ahnten nur wenige, daß er zum Weltkrieg würde, der später sogar noch die Ordnungszahl „erster“ bekam, weil 25 Jahre danach ein zweiter, weit furchtbarer, die Menschheit in ihrer Existenz bedrohender Weltkrieg begann. Friedrich Engels hatte bereits 1887, nachdem er die Rüstungen der europäischen Mächte analysierte, festgestellt: „Und endlich ist kein anderer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich, als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen... Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Kriegs zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet; ... Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, daß die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt; ...“ (1). Die Ergebnisse des ersten Weltkrieges haben die Voraussagen Friedrich Engels' bestätigt.

Bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges hatten sich in Europa zwei Machtzentren herausgebildet, die sich feindlich und zunehmend aggressiv gegenüberstanden.

Unter deutscher Führung stand die Kräftegruppierung, die Mittel-mächte genannt wurde. Zu ihr gehörten Österreich-Ungarn, Italien (bis 1915), die Türkei und Bulgarien. Auf der anderen Seite formierte sich in einem längeren Prozeß die Entente, zu der Großbritannien, Frankreich, Rußland, Japan und (ab 1915) Italien zählten. Die internationale Arbeiterklasse und insbesondere die II. Internationale hatte die Kriegsgefahr erkannt und auf ihren Kongressen in Stuttgart (1907), Kopenhagen (1910) und Basel (1912) durchaus richtige Beschlüsse gefaßt beziehungsweise die „Umwandlung des gegenwärtigen imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg“ als „die einzig richtige proletarische Lösung“ (2) bezeichnet. Tatsächlich stellten sich bei Kriegsausbruch „fast alle sozialdemokratischen Parteien und die Gewerk-

schaften auf die Seite ‚Ihrer‘ Bourgeoisie und glitten auf Positionen des Sozialchauvinismus herab, so daß die II. Internationale faktisch zusammenbrach“ (3). In einem Telegramm vom 1. August 1914, das vom Sächsischen Kriegsminister an das XII. Armeekorps und in Abdrucken an die sächsischen Garnisonskommandos versandt wurde, heißt es: „Nach sicherer Mitteilung hat die sozialdemokratische Partei die feste Absicht, sich so zu verhalten, wie es sich für jeden Deutschen unter den gegenwärtigen Verhältnissen geziemt. Ich halte es für meine Pflicht, dieses zur Kenntnis zu bringen, damit die Militärbefehlshaber bei ihren Maßnahmen darauf rücksichtigen“ [sic!](4).

Auch der zweite Weltkrieg entwickelte sich im Schoß imperialistischer Politik.

Doch für diese Politik waren fortan nicht mehr die imperialistischen Widersprüche allein, sondern auch der Grundwiderspruch der mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution eingeleiteten neuen Epoche maßgebend, der Grundwiderspruch zwischen Imperialismus und Sozialismus. Es war der deutsche Imperialismus, der nach dem ersten Weltkrieg nach Revanche für die erlittene Niederlage strebte. Seine aktivsten und reaktionärsten Kräfte, vor allem die ökonomischen und politischen Machthaber des faschistischen Deutschland, bereiteten den zweiten Weltkrieg von langer Hand vor und entfesselten ihn mit dem Ziel, Europa unter ihrer Führung neu zu ordnen. Die Vernichtung der Sowjetunion sowie die Liquidierung von Millionen sogenannter rassistisch Minderwertiger bildeten das Kernstück dieser verbrecherischen Absicht. Das Bestreben der tonangebenden militärischen Kreise Deutschlands war vor den beiden Weltkriegen darauf gerichtet, ihre militärische Macht zu einem wirksamen Instrument zur Durchsetzung ihrer weitgesteckten expansiven Ziele zu machen. „Wie der Schlieffenplan und das Streben nach Offensive um jeden Preis vor dem ersten Weltkrieg so zeugten die Theorie vom totalen Krieg und die Blitzkriegskonzeption vor dem zweiten Weltkrieg davon, daß das militärtheoretische Denken nicht von Realismus und Verantwortungsbewußtsein gegenüber den Interessen des Volkes, sondern von Illusionen sowie von den Interessen und Zielen der aggressiven Kreise bestimmt war. Mit ihren Kriegsbildvorstellungen und strategischen Konzeptionen stärkten die Militärs die Illusion machtbesessener Politiker, daß mit militärischer Gewalt alle Ziele erreichbar wären, vorausgesetzt, man betreibe mit festem Willen eine Politik der Stärke, ... schaffe sich überlegene Machtmittel und orientiere sich auf deren überraschenden Ersteinsatz zum günstigsten Zeitpunkt“ (5).

Materialien zum ersten Weltkrieg befinden sich vor allem in der Bestandshauptgruppe Sächsische Armee, die verhältnismäßig geschlossen im Militärarchiv der DDR vorliegt. Dabei besitzen die Bestände des Sächsischen Kriegsministeriums und des Sächsischen Militärbevollmächtigten in Berlin einen besonders hohen Dokumentationswert. Diese Bestände enthalten auch zahlreiche Schriftstücke, die die Anstrengungen der deutschen militanten Kräfte zur Vorbereitung des ersten Weltkrieges dokumentieren. Der Verlauf des ersten Weltkrieges hat in den Aktenbeständen der Sächsischen Armee breitesten Niederschlag gefunden. Das trifft zu für die Bestände aller sächsischen Kommandobehörden und Heeresformationen bis einschließlich Regiment. Aus der Vielzahl der Dokumente zum ersten Weltkrieg sind vor allem die folgenden hervorzuheben:

- Denkschriften zur militärischen und politischen Lage in den Nachbarländern Deutschlands (1905–1914),
- Studien zur Kriegsvorbereitung und über die Kriegsziele (1906 bis 1914),
- Berichte über die Tätigkeit der deutschen Militärverwaltungen in Polen, Frankreich, Belgien, Rumänien und den baltischen Ländern (1914–1918),
- Kriegstagebücher der Armeekorpskommandos, Armeekorps und Divisionen (1914–1918),
- Armee- und Divisionsbefehle (1914–1918),
- Berichte über die Feindlage (1914–1918)
- Schriftwechsel des Großen Hauptquartiers (1915–1918),
- Überwachung der fortschrittlichen Kräfte der Arbeiterbewegung und des Bürgertums durch militärische Einrichtungen (1914 bis 1918),
- Verlustlisten (1914–1918).

Die Bestandshauptgruppe Reichswehr beinhaltet zahlreiche Dokumente, in denen die Kriegsplanung sowie die Aufrüstung des deut-

schen Militarismus und Imperialismus nachgewiesen werden kann. Aufschlußreich sind Schriftstücke, die der Verschleierung und Tarnung der Wiederaufrüstung dienen.

Die umfangreiche Bestandshauptgruppe Wehrmacht umfaßt aussagekräftiges Quellenmaterial über den Ausbau des Heeres, der Luftwaffe und der Kriegsmarine zu kriegsbereiten Aggressionsinstrumenten. Es sind zahlreiche relevante Dokumente überliefert, die die Vorbereitung und Entfesselung des zweiten Weltkrieges durch das faschistische Deutschland belegen. So unter anderem:

- Pläne und Denkschriften für den Überfall auf europäische Nachbarstaaten (1937–1940), z. B. der sogenannte kleine Schmundt-Bericht über eine Besprechung bei Hitler am 23. 05. 1939, in der der Entschluß zum Überfall auf Polen gefaßt wurde(6), der Operationsbefehl Nr. 1 für das Linienschiff „Schleswig-Holstein“ vom 21. 08. 1939(7), eine Denkschrift über Aussichten und Wirkungen eines Angriffes auf Frankreich und England unter Verletzung der Neutralität Hollands, Belgiens und Luxemburgs vom Oktober 1939(8) sowie Dokumente für die geplante Durchführung des Unternehmens „Felix“ – Einnahme von Gibraltar(9);
- Aufmarschanweisungen für die Wehrmacht (1936–1941), z. B. für den Fall „Weiß“ vom 20. 05. 1939(10);
- Weisungen zur Regelung politischer, ökonomischer und militärischer Fragen in den besetzten Ländern (1938–1944);
- Befehle der militärischen Führungsorgane zur Führung der Kampfhandlungen (1939–1945);
- Kriegstagebücher aller militärischen Führungsebenen (1939 bis 1945);
- Lageberichte und -meldungen (1939–1945);
- Lagekarten zum Verlauf der Fronten bzw. geplante Angriffsrichtungen (1939–1944);
- Dienstvorschriften und amtliche militärische Druckschriften (1935 bis 1944);
- Dokumente über den Einsatz der Waffen-SS, vor allem in der UdSSR (1939–1945).

Einzelne Quellen erbringen eindeutig den Nachweis, daß im Juni 1941 keinesfalls ein drohender Überfall der Sowjetunion zu erwarten war, wie es Hitler in seinem Angriffsbefehl seinen Soldaten demagogisch weismachte(11).

Die im Militärarchiv erschlossenen Bestände gestatten gesicherte Aussagen über die Vorbereitung und Entfesselung des zweiten Weltkrieges durch den deutschen Imperialismus sowie dessen Verlauf. Zahlreiche Quellen harren noch der tiefgründigen Auswertung. Vorhandene Findexmittel, insbesondere eine Schlagwortkartei sowie eine geographische Kartei, erleichtern dem Forscher den Zugang zu den Quellen. Ein großer Teil der Akten ist durch Enthält-Vermerke erschlossen.

Angesichts zweier furchtbarer Weltkriege und im Wissen um die vorausehbaren Folgen eines dritten ist die Vermittlung von Kenntnissen über die Ursachen beider Weltkriege, deren Verlauf und Entfesselung mehr denn je zu einer Lebensfrage für die Menschheit geworden. Die nachstehende Gegenüberstellung der Ausmaße des ersten und zweiten Weltkrieges möge das verdeutlichen(12):

	erster Weltkrieg	zweiter Weltkrieg
Staaten im Kriegszustand	38	72
Ausdehnung der Kampfgebiete (in Mill. km ²)	4	22
Zu den Streitkräften Einberufene (in Mill.)	70	110
Gefallene (in Mill.)	10	32
Kriegsversehrtete (in Mill.)	20	35
Direkte Kriegsausgaben (in Mrd. Dollar)	208	1 117

Wenn die Menschen aus der Vergangenheit Erkenntnisse für die Bewahrung des Friedens ziehen wollen, muß sich jede Beschäftigung mit den vergangenen beiden Weltkriegen vor allem der Aufdeckung der Ursachen, den Umständen ihrer Entfesselung sowie ihren Auswirkungen widmen. Es darf keinerlei Vergessen zugelassen werden.

Die Mitarbeiter des Militärarchivs der DDR betrachten es als ihre Aufgabe und Pflicht, durch die Erschließung und Bereitstellung der einschlägigen Quellen über den ersten und zweiten Weltkrieg die erforderlichen Forschungen zu gewährleisten und somit zur Erhaltung des Friedens beizutragen.

- (1) Engels, Friedrich: Einleitung (zu Sigismund Borkheims Broschüre „Zur Erinnerung für die deutschen Mordpatrioten. 1806–1807“). – In: MEW 21, S. 350.
- (2) Lenin, W. I.: Der Krieg und die russische Sozialdemokratie. – In: Lenin, Werke, Bd. 21, S. 20.
- (3) Vgl.: Revolution und Heer: Auswirkungen d. Großen Soz. Oktoberrevolution auf d. Heer d. imperialist. dt. Kaiserreichs 1917/18; Dokumente/[Hrsg. von Albrecht Kästner unter Mitarb. von Werner Salomon. Einl.: Claus Remer]. – Berlin, 1987. – S. 8.
- (4) Militärarchiv der DDR (im folg.: MA), Sa 57519, Bl. 72.
- (5) Brühl, R.: Die Entfesselung des ersten und zweiten Weltkrieges durch den Imperialismus. – In: Militärgeschichte. – Berlin 28(1989)3. – S. 198.
- (6) MA, WF-01/1597, Bl. 1147–1156.
- (7) MA, WF-04/7728, Bl. 175, 178.
- (8) MA, WF-01/5263, Bl. 539, 542.
- (9) MA, WF-01/2793, Bl. 346, 351, 380.
- (10) MA, WF-16670, Bl. 519, 525, 570.
- (11) Das Kriegstagebuch des Oberkommandos der faschistischen 16. Armee vom 22. 06. 1941 sagt aus, daß die der 16. Armee unterstellten Kampfverbände am Tage des Überfalls „aufrecht durch grenznahe Befestigungen“ gehen konnten und „ein fast friedensmäßiger Eindruck“ herrschte.
- (12) Vgl.: Wörterbuch zur Deutschen Militärgeschichte. – Berlin, 1985. – S. 1087.

Der Beitrag informiert über die Überlieferungslage und über die im Militärarchiv der DDR vorliegenden Quellen zur Vorbereitung, Entfesselung und zum Verlauf des ersten und insbesondere des zweiten Weltkrieges. Es wird beschrieben, welche Ereignisse (Operationen und Feldzüge) mit welchen Dokumentenarten (Denkschriften, Operationspläne, Kriegstagebücher u. a. m.) quellenmäßig abgedeckt sind. Die Autoren stellen fest, daß die Vermittlung von Kenntnissen über Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf der Weltkriege dazu beitragen muß, einen dritten zu verhindern. Abschließend wird darauf verwiesen, daß zahlreiche Quellen noch der tiefgründigeren Auswertung harren, wozu der Beitrag anregen soll.

Europa unterm Hakenkreuz

Anmerkungen zu einer achtbändigen Dokumentenpublikation über die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1)

Ludwig Nestler

Nachdem Ende 1988 Band 1 und im August dieses Jahres Band 2 der Dokumentenpublikation herausgekommen sind, erscheint der Zeitpunkt günstig, einiges zum Zustandekommen dieses wissenschaftlichen Projektes, zum Anliegen der Herausgeber sowie zu konzeptionellen Fragen und editorischen Prinzipien zu sagen. Dies um so mehr, als, wenngleich nicht ohne weiteres auf den ersten Blick erkennbar, das Archivwesen der DDR – über die unmittelbare Mitarbeit von Historikern und Archivaren dieses Bereichs im Herausgeberkollegium und in den verschiedenen Bandkollektiven hinaus – auf vielfältige Weise ganz entscheidende Voraussetzungen für das Gelingen dieses Werkes geschaffen hat.

Das Herausgeberkollegium konstituierte sich im Verlaufe des Jahres 1982; parallel dazu erfolgte – nach gelegentlich durchaus kontroversen, immer aber sachlich-konstruktiven Diskussionen – die Einigung über das Gesamtkonzept: wesentliche Anliegen, inhaltliche Schwerpunkte, editorisches Herangehen, Verantwortlichkeiten. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die meisten Verbrechen des deutschen Faschismus an den Völkern Europas während der Okkupation ihrer Länder erfolgten, besteht das vorrangige Anliegen der Herausgeber – in der gebotenen Kürze und deshalb etwas vergrößert – darin, mit einer Vielzahl aussagekräftiger, nach Möglichkeit bisher unveröffentlichter Dokumente aus der Provenienz der verschiedensten NS-Dienststellen und -Institutionen zu belegen, daß *erstens*, es sich bei den deutschen Besatzungsregimes in allen zeitweilig besetzten Gebieten um solche einer faschistisch-imperialisti-

schen Macht handelte, was sich vor allem in der rücksichtslosen Handhabung terroristischer Methoden, insbesondere zur Zerschlagung der revolutionären Arbeiterbewegung, in erster Linie der kommunistischen Parteien, und in der Durchsetzung rassistischer Doktrinen bis hin zum Völkermord an den im deutschen Machtbereich lebenden Juden, äußerte;

zweitens, die mit der Okkupation gegebene Macht auf vielfältige Weise zur Verwirklichung von programmatischen Kriegszielen mißbraucht wurde, so für die Liquidierung der nationalen Souveränität und Integrität der unterworfenen Völker zum Zwecke ihrer Einfügung in das vom deutschen Imperialismus beherrschte, „neugeordnete“ Europa oder für den Raubzug der deutschen Industriekonzerne und Großbanken mit dem Ziel, sich die Verfügungsgewalt über die wichtigsten Rohstoffressourcen, Kapitalanlagen und Industriekapazitäten des Kontinents zu sichern;

drittens, die Volkswirtschaften der zeitweilig besetzten Staaten auf jede nur erdenkliche Weise in den Dienst der deutschen Kriegführung gestellt, d. h. in wachsendem Maße hemmungslos und ohne jede Rücksicht auf die Lebensbedingungen der unterjochten Völker ausgeplündert wurden.

Zu den für alle Bände verbindlichen Anliegen der Herausgeber gehört, um nur einige konzeptionelle Aspekte noch zu nennen, darüber hinaus die Absicht, sowohl in allen okkupierten Territorien wirksam gewordene gemeinsame Grundzüge faschistischer Okkupation als auch Besonderheiten in der Praxis der verschiedenen Besatzungsregimes dokumentarisch zu belegen. Unberücksichtigt bleiben durfte auch nicht, daß der sich wandelnde Kriegsverlauf, insbesondere die von der Roten Armee erzwungene grundlegende Wende, die okkupationspolitischen Prozesse in wachsendem Maße beeinflusste. Auch die drastische Veränderung der innenpolitischen Situation in den meisten besetzten Gebieten, vor allem der unter Führung der Kommunisten zunehmend erstarkende Widerstand gegen die Besatzer, blieb nicht ohne nachhaltige Wirkungen auf deren Agieren.

Von Anfang an war unumstritten, daß die Realisierung eines solch anspruchsvollen Vorhabens der Gemeinschaftsarbeit bedarf. Zum Herausgeberkollegium bzw. zu den Bandkollektiven gehören deshalb Mitarbeiter des Zentralinstituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften, des Militärgeschichtlichen Instituts, der Humboldt-Universität zu Berlin, der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald und des Dokumentationszentrums der Staatlichen Archivverwaltung (StAV). Die Einbeziehung der Direktoren des Zentralen Staatsarchivs und des Militärarchivs Potsdam erfolgte aus sowohl prinzipiellen als auch durchaus pragmatischen Gründen: für eine Quellenedition ist fundierter archiwissenschaftlicher Rat schlechterdings unverzichtbar.

Als durchaus nicht unproblematisch erwies sich die Umsetzung der verschiedenartigen wissenschaftlichen Anliegen in editorische Prinzipien bei der thematischen Fixierung bzw. der Gestaltung der Bände. Die Begrenzung auf sieben „Länderbände“ beispielsweise – Band 8 wird ein reiner Textband mit vergleichenden Analysen und problemorientierten Darstellungen werden – bedurfte, da zeitweilig Territorien von 15 europäischen Staaten okkupiert waren, des sorgfältigen Abwägens militärhistorischer, politischer und geographischer Faktoren. Den einführenden Studien in jedem Band kommt ein eigenständiger Wert zu: sie können zwar selbstredend keine Monographie ersetzen, sollen aber, in Auswertung des Quellenfundus und unter Berücksichtigung der von der internationalen Geschichtswissenschaft zum Thema geleisteten Forschungen, tiefere Einblicke in die wichtigsten Abläufe, Schwerpunkte, Zäsuren und Besonderheiten der faschistischen Okkupation in jedem der davon betroffenen Länder gestatten. Dokumentenauswahl und einführende Studien als Kernstück jedes Bandes werden ergänzt durch Strukturschemata von Besatzungsverwaltungen, kartographische Skizzen, Faksimiles sowie Graphiken, die meistens auf quantitativen Analysen des jeweiligen Bandkollektivs basieren. Nicht alle Bereiche der Besatzungspolitik können gleichwertig dokumentiert werden. Dies weniger weil – obzwar auch das eine Rolle spielt – sich die Überlieferung als zuweilen extrem unterschiedlich erwiesen hat, sondern vor allem deshalb, weil der verfügbare Raum in erster Linie für Quellen mit Aussagen zu jenen okkupationspolitischen Maßnahmen genutzt werden soll, die besonders tief und schmerzlich in das Leben der zeitweilig unterjochten Völker ein-

griffen – Terror, finanzielle und wirtschaftliche Ausplünderung, „Endlösung der Judenfrage“, Annexions- und „Germanisierungs“-Politik, Zwangsarbeiter-Deportationen. Dagegen bleiben faschistische „Kulturpolitik“ und Nazi-Propaganda in den okkupierten Gebieten weitgehend unberücksichtigt.

Als von geradezu unschätzbarem Wert für die Qualität der Bände muß die in den siebziger und achtziger Jahren von der StAV zielstrebig betriebene Bestandsergänzung und damit die von zahlreichen Mitarbeitern der Staatsarchive über viele Jahre hinweg geleistete sorgfältige Intensivverschließungsarbeit bezeichnet werden. Dadurch verfügbar gewordene Quellen, so u. a. aus der Provenienz der Reichskanzlei, des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion, der Militärverwaltung, Rüstungsinspektionen, Bankenkommissare, spielen in jedem der Bände eine gewichtige Rolle. Zusammen mit Belegen aus der Überlieferung der zentralen Reichsressorts, der großen Privatbanken, verschiedener Industriekonzerne, aber auch des Statistischen Reichsamtes, des Rechnungshofes, um nur einige weitere Beispiele zu nennen, boten sie eine sicher nicht lückenlose, aber im Ganzen gesehene hervorragende Basis für das Bemühen der Bandkollektive, die völkerverachtenden Ziele und die verbrecherischen Praktiken der faschistischen Okkupanten mit Dokumenten transparent zu machen.

Nicht alle gefundenen Lösungen auf editorischer Ebene freilich können, nunmehr schon aus einer gewissen zeitlichen Distanz heraus betrachtet, voll befriedigen. Der primär mit Blick auf Einhaltung der vertraglich festgelegten Grenzen für den Umfang jedes Bandes erfolgte Verzicht auf aktenkundliche Vermerke, ebenso die – ähnlichen Überlegungen entsprechende – Orientierung auf „Sparsamkeit“ beim Setzen von Fußnoten mit zusätzlichen Erläuterungen zu den Dokumenten bedingen doch gewisse Informationsdefizite. Von den Zitiervorschriften für Bestandsergänzungsfilme, auf deren Einhaltung die StAV in der Anfangsphase der Arbeiten noch bestand, mußte zumindest in den einführenden Studien abgegangen werden. Fachkollegen wie interessierte Leser müssen einfach die Chance haben, konkret festzustellen, welchem Schreiben, Plan, Aktenvermerk etc. ein Zitat entnommen wurde, was mit dem bloßen Hinweis auf eine Film-Nummer nicht gegeben ist. Doch diese Bemerkungen gehören schon zu dem Lernprozeß, der für jeden beteiligten Kollegen mit dem ersten Band einsetzte und der mit dem letzten Band sicherlich nicht abgeschlossen sein wird.

In den nächsten Wochen erscheinen die beiden Bände zur faschistischen Okkupation in Frankreich bzw. in Belgien, Luxemburg und den Niederlanden, beide erarbeitet von Mitarbeiterkollektiven des Dokumentationszentrums bzw. der Gruppe Dokumentation am Zentralen Staatsarchiv. Die Manuskripte der restlichen drei „Länderbände“ zur Okkupation Dänemarks und Norwegens (Dr. sc. F. Petrick, Universität Greifswald), von Territorien der UdSSR (Dr. N. Müller, Militärgeschichtliches Institut der DDR) und Südosteuropas (Dr. M. Seckendorf, Dokumentationszentrum) – sind im Herausgeberkollegium bereits im Vorjahr erfolgreich verteidigt worden und werden 1991 erscheinen, während der Startschuß für den abschließenden Grundsatzband erst gegeben werden konnte, nachdem die analytischen Arbeiten mit den Quellen und der Literatur zu den verschiedenen Ländern einen gewissen Abschluß erreicht hatten.

Alles in allem kann wohl die Feststellung nicht als übertrieben bezeichnet werden, daß die achtbändige Dokumentenpublikation zur Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Europa als solider, würdiger Beitrag zum Bemühen gelten kann, gerade aus Anlaß des 50. Jahrestages der Entfesselung des zweiten Weltkrieges durch die Führung Hitlerdeutschlands, die Wurzeln imperialistischer Aggressions- und Okkupationspolitik aufzudecken, das Gedenken an den unermeßlichen Blutzoll dieses Krieges wie an den heroischen antifaschistischen Befreiungskampf der Völker wachzuhalten und allen Versuchen reaktionärer Politiker, Publizisten und Historiker entgegenzuwirken, die Verbrechen des deutschen Imperialismus zu bagatellisieren und eine verfälschte Darstellung historischer Geschehnisse zu verleumderischen Angriffen gegen den Sozialismus zu mißbrauchen.

(1) Europa unterm Hakenkreuz : d. Okkupationspolitik d. dt. Faschismus (1938–1945) / hrsg. von e. Koll. unter Ltg. von Wolfgang Schumann u. Ludwig Nestler. – Berlin : Dt. Verlag d. Wiss. –

Bd. 1. Die faschistische Okkupationspolitik in Österreich und der Tschechoslowakei / hrsg. von H. Kaden unter Mitarb. von L. Nestler, S. Kleinschmidt u. K. Frotscher. – 1988.

Bd. 2. Die faschistische Okkupationspolitik in Polen (1939–1945) / hrsg. von W. Röhr unter Mitarb. von B. Gottberg, E. Heckert, J. Wenzel. – 1989.

Bd. 4. Die faschistische Okkupationspolitik in Frankreich (1940–1945) / hrsg. von L. Nestler unter Mitarb. von F. Schulz. – 1990.

Bd. 5. Die faschistische Okkupationspolitik in Belgien, Luxemburg und den Niederlanden (1940–1945) / hrsg. von L. Nestler unter Mitarb. von H. Böhme, E. Heckert, E. Hintze, K. Frotscher, K. Weller, B. Wölk. – 1990.

Nicht eine Rezension, sondern eine Darstellung des Anliegens und der Konzeption des Gesamtwerkes, der Zusammensetzung des Herausgeberkollektivs und der Probleme, die von diesem zu bewältigen waren, wie Quellenlage, Auswahlprinzipien, Editionsfragen, wird von einem der Leiter des Herausgeberkollektivs in diesem Beitrag geboten.

Amtliche Druckschriften deutscher militärischer Okkupationsorgane während des ersten und zweiten Weltkrieges

Kurt Metschies

1. Vorbemerkung

Das Zentrale Staatsarchiv hat in den vergangenen Jahren die in den Zentralen Forschungsplänen der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der DDR verankerten Projekte der Militärgeschichtsschreibung über den ersten und zweiten Weltkrieg aktiv und umfassend unterstützt. Der Rahmen dieser Aktivitäten reichte von Maßnahmen zur Bestandsergänzung archivalischer Quellen in Original- bzw. in Mikrofilmform über deren archivwissenschaftliche Aufbereitung bis hin zu unterschiedlichen detaillierten Informationen in Spezialinventaren(1) oder Veröffentlichungen in verschiedenen Fachzeitschriften(2). International geschätzte Publikationen, wie z. B. die Standardwerke zur Geschichte des ersten(3) und des zweiten Weltkrieges(4) sowie zu einzelnen Spezialproblemen(5) und nicht zuletzt die auf insgesamt acht Bände angelegte Reihe von Dokumentenpublikationen zur Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in den von ihm überfallenen europäischen Staaten(6), weisen die politische und wissenschaftliche Bedeutung der im Zentralen Staatsarchiv (ZSTA) verwahrten Archivalien für diesen Forschungskomplex eindeutig aus. Neue Anforderungen an das ZSTA, die Staatsarchive sowie andere Archive in der DDR werden sich aus der neuen und wissenschaftlich anspruchsvollen Zielstellung der Erarbeitung einer mehrbändigen „Deutschen Militärgeschichte“ ergeben(7).

Neue Forschungsergebnisse werden auch auf diesem Gebiet nur dann vorgelegt werden können, wenn in engem Zusammenwirken zwischen den Archivaren und den jeweiligen Forschungskollektiven auf die in den staatlichen Archiven der DDR, insbesondere die im ZSTA befindlichen Quellen zurückgegriffen wird. Verschiedenste neu erschlossene Bestände stehen der Forschung unseres Landes zur Verfügung.

Die folgenden Ausführungen möchten, anknüpfend an einen in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beitrag(8), auf eine nach Ansicht des Verfassers nicht in erforderlichem Ausmaß für militärhistorische Untersuchungen herangezogene Quellengruppe aufmerksam machen.

2. Zum Quellenwert militärischer amtlicher Druckschriften, speziell der Verordnungs-, Amts- bzw. Verkündungsblätter und der Berichtsdokumentation

A. Kästner hat in seinem Beitrag bereits wesentliche Ausführungen zum Typus der auftretenden militärischen amtlichen Druckschriften gemacht(9). Angesichts der Tatsache, daß für diese Überlieferung in der einschlägigen Literatur aus archivarischer und bibliothekarischer Sicht keine Untersuchungen vorliegen(10), erweist sich die Beschäfti-

gung mit dieser Frage als ein dringendes Erfordernis. Längst ist – wenn auch im Einzelnen nicht unumstritten – aus der Erkenntnis des Quellenwertes amtlicher Druckschriften überhaupt und zumal nach den erheblichen Aktenverlusten im zweiten Weltkrieg(11) die systematische Bestandsergänzung und wissenschaftliche Aufbereitung dieser Quellengruppe ein allgemein anerkanntes Arbeitsprinzip in Kreisen von Archivaren und Bibliothekaren. Denn mit amtlichen Druckschriften wird nicht nur wichtiges gedrucktes Material zur ständigen Ergänzung von Akten bereitgestellt; vielfach kommen amtliche Druckschriften auch als Primärquellen für die historische Forschung in Betracht. Das gilt insbesondere für die militärischen amtlichen Druckschriften, die oftmals angesichts der erheblichen Verluste von Archivgut militärischer Zentralbehörden und höherer Kommandostellen(12) einen wichtigen Teil der Ersatzüberlieferung bilden. Dazu gehören auch die im folgenden zu behandelnden Quellengruppen der Verordnungs-, Amts- bzw. Verkündungsblätter von Okkupationsorganen des ersten und zweiten Weltkriegs sowie der Berichtsdokumentation der gleichen Okkupationsorgane. Stichprobenhafte Analysen des wissenschaftlichen Anmerkungsapparates marxistischer Standardliteratur zum ersten und zweiten Weltkrieg zeigen(13), daß hier die Historiker noch Reserven in der Einbeziehung und Auswertung dieser auswahlweise zu behandelnden Quellengruppe haben. Eine wesentliche Ursache hierfür ist aus der Sicht des Verfassers der Fakt, daß für die militärischen amtlichen Druckschriften kein Überblick in Form bibliographischer Nachweise bzw. Standortkataloge vorhanden ist(14). Unter dem Aspekt des Quellenwertes bieten beide Quellengruppen vielseitige Auswertungsmöglichkeiten. So enthalten die Verordnungs-, Amts- bzw. Verkündungsblätter wichtige Informationen über legislative und exekutive Maßnahmen zur politischen, militärischen, ökonomischen und kulturellen Beherrschung der okkupierten Gebiete. Somit spiegelt der Inhalt dieser Quellengruppe vornehmlich die vielseitigen Aspekte der Ausübung der vollziehenden Gewalt von Besatzungsverwaltungen gegenüber den okkupierten Gebieten und ihrer Bevölkerung, aber auch der Ausübung militärischer Kommandogewalt und Verwaltung der eigenen Besatzungskräfte wider. Wichtige Aufschlüsse zur Organisation, Struktur, zur personellen Stärke, der Standortverteilung sowie zu anderen Fragen des inneren Aufbaus von Okkupationsverwaltungen geben die in den Verordnungs-, Amts- bzw. Verkündungsblättern veröffentlichten Befehle, Erlasse u. a. Aus dem Inhalt dieser Veröffentlichungen lassen sich zugleich wichtige Rückschlüsse auf die Reaktion der Bevölkerung in den jeweils okkupierten Gebieten dem Besatzungsregime gegenüber ableiten. Hinsichtlich des territorialen Umfangs des jeweiligen Okkupationsgebiets, seiner Erweiterung, seiner Verringerung oder administrativen bzw. territorialen Neugliederung liefern die einschlägigen Verordnungs-, Amts- bzw. Verkündungsblätter aussagekräftige Informationen. Zusätzliche Beilagen von topographischen Karten oder anderen Übersichten (z. B. Geschäftsverteilungs- und Strukturpläne, Anschriftenverzeichnisse der einzelnen Okkupationsverwaltungen und ihres Apparats sowie Personal- und andere Stärkeübersichten) erhöhen die Aussagekraft der veröffentlichten Befehle, Erlasse usw. Nicht zuletzt lassen sich aus den Veröffentlichungen dieser Quellengruppe wichtige Aufschlüsse über die Gestaltung des Verhältnisses zwischen Okkupations- und landeseigenen (entweder übernommenen oder neu im Auftrag tätigen und entsprechend den militärischen Befehlen geschaffenen) Verwaltungen ableiten. Sowohl während des ersten als auch des zweiten Weltkrieges gab es hier ein breites Spektrum der Machtausübung von militärischen Okkupationsorganen, das von einer in ihrer Intensität unterschiedlichen Aufsicht bis zur unmittelbar selbst ausgeübten Verwaltung reichte. Ausgehend von der in den beiden Weltkriegen geübten Praxis der Okkupationsverwaltungen, daß in den speziell für die einzelnen okkupierten Gebiete herausgegebenen Amts- bzw. Verkündungsblättern auch die Verordnungen, Verfügungen und Befehle zentraler militärischer Führungsorgane des Deutschen Reiches sowie ihrer nachgeordneten Organe und Einrichtungen einschließlich von zentralen zivilen Behörden und ihres ressortierenden Apparats veröffentlicht wurden, ergeben sich quellenkundlich weitere interessante Auswertungsmöglichkeiten für militärhistorische Forschungen.

Die Berichtsdokumentation von Okkupationsverwaltungen vermittelt, da sie aus verschiedenen Gründen oftmals drucktechnisch vervielfäl-

tigt wurde, um an einen größeren Bezieherkreis militärischer und ziviler Führungsorgane zu gelangen, wichtige Informationen über die konkrete Praxis der Ausübung der Okkupation und ihre Ergebnisse. Im einzelnen sind in der Berichtsdokumentation Aussagen über das Okkupationsgebiet (Gebietsbeschreibungen)(15), zusammenfassende Analysen der Entwicklung einzelner gesellschaftlicher Bereiche in den okkupierten Gebieten (Entwicklung der politischen Verhältnisse, der Industrie und Landwirtschaft, einzelner Bereiche des kulturellen Lebens wie des Schul- und Bildungswesens, Beschlagnahme und Verwertung von Archiv-, Bibliotheks-, Museums- und anderen Kulturguts, ökonomische Ausbeutung von Bodenschätzen und anderen materiellen Ressourcen im Interesse der Kriegswirtschaft u. a. m.) sowie Angaben über die Repressivorgane des Polizei-, Justiz- und Armeeparats, einschließlich Daten über die Propagandatätigkeit der Presse (und während des zweiten Weltkrieges zusätzlich von Rundfunk und Film) enthalten. In unterschiedlicher Ausführlichkeit gehen die Tätigkeits- bzw. Verwaltungsberichte der Okkupationsorgane – oftmals auch in gesonderten Abschnitten – auf die Haltung der Zivilbevölkerung in den okkupierten Gebieten ein. Einzelne Verwaltungszweige, wie z. B. das für eine Okkupation wichtige Verkehrs-, Post- und Nachrichtenwesen sowie die Presse- und Propagandatätigkeit, erhalten in besonderen Anlagen zu den Tätigkeits- und Verwaltungsberichten eine gesonderte Berichterstattung.

Bei Forschungen über den ersten Weltkrieg ist folgender wichtiger Aspekt – vor allem für die Berichtsdokumentation – zu beachten: Im Zusammenhang mit der Auflösung und dem Rückzug der deutschen militärischen Okkupationsorgane im Ergebnis und Verlauf des Krieges ist eine relativ umfangreiche Abwicklungsdokumentation, z. T. bis in die 20er Jahre reichend, entstanden, die sich vor allem in den einschlägigen Beständen ziviler Provenienz im ZSTAP befindet(16); sie ist für die Analyse des Verlaufs des ersten Weltkrieges von Bedeutung.

Eine gleichartige Berichtsdokumentation für den zweiten Weltkrieg ist nicht vorhanden, jedoch bieten hier die im Rahmen einer zielgerichteten Bestandsergänzungspolitik erworbenen Quellen, die in Vorbereitung und Durchführung des Internationalen Kriegsverbrecherprozesses in Nürnberg sowie bei der Vorbereitung und Durchführung der sogenannten Nachfolgeprozesse entstanden sind(17), eine sehr wertvolle Überlieferung, die bisher bedingt oder überhaupt noch keine Berücksichtigung bei militärhistorischen Forschungen gefunden hat.

Die inhaltlich im Rahmen des vorliegenden Beitrages zwangsläufig nur knappen Bemerkungen zum Quellenwert und zu den Auswertungsmöglichkeiten beider ausgewählter Quellengruppen finden ihre Ergänzung mit dem Hinweis der notwendigen erneuten zielgerichteten Nutzung der archivalischen Überlieferung der zivilen Reichsbehörden in Original- bzw. Mikrofilmform. Um alle Möglichkeiten quellenkundlich auszuschöpfen, bedarf es aus der Sicht des Verfassers vor allem auch der Aneignung von Fakten der institutionsgeschichtlichen Entwicklung der Okkupationsverwaltungen und ihres Zusammenwirkens mit den zentralen Reichsbehörden während des ersten und zweiten Weltkrieges sowie des daraus resultierenden Informations- und Datenflusses und der entsprechenden Quellenüberlieferung.

Die Aufmerksamkeit der Militärhistoriker sollte sich nicht zuletzt auch auf die im ZSTA überlieferten Quellen in einschlägigen Beständen von Konzernen, Monopolen und sonstigen Wirtschaftsunternehmen, Banken, Verbänden und Organisationen sowie in Nachlässen richten.

3. Überlieferungslage und Erschließungszustand von militärischen amtlichen Druckschriften in Bibliotheken und Archiven

Militärische amtliche Druckschriften, so auch die der deutschen militärischen Okkupationsorgane des ersten und zweiten Weltkrieges, sind sowohl in Archiven als auch in Bibliotheken und Informationsstellen zu finden. Hier gelten die gleichen Aspekte, die bereits für den Typ amtlicher Druckschriften ziviler Provenienz(18) herausgearbeitet worden sind. Angesichts der Tatsache, daß ein sehr großer Teil militärischer amtlicher Druckschriften (so auch der Verordnungs- und Amtsblätter sowie der Berichtsdokumentation der Okkupationsorgane) sich von Anbeginn in (a) geheime, (b) nur für den Dienstgebrauch und (c) offen, in oder außerhalb des Buchhandels bzw. in anderen offenen For-

men des Vertriebs käufliche oder kostenlose Druckerzeugnisse gliederte, hat erhebliche Auswirkungen auf die heutige Überlieferungslage. In wesentlich geringerem Umfang als die zivilen sind die militärischen amtlichen Druckschriften in die hierfür zuständigen Bibliotheken gelangt. Sie sind nicht oder nur teilweise in die amtlichen Nationalbibliographien aufgenommen worden, daher fehlen Bibliographien und Bestandsnachweise, die es z. B. für die zivilen amtlichen Druckschriften gibt(19), für diese Quellengruppe. Die Preußische Staatsbibliothek (heute: Deutsche Staatsbibliothek Berlin, DDR) hat sich seinerzeit sehr verdient gemacht, als sie die wissenschaftlich interessierte Öffentlichkeit durch einen Katalog auf das umfangreiche Schrifttum zum ersten Weltkrieg (darunter auch Verordnungsblätter und Berichtsdokumentation von deutschen Okkupationsverwaltungen) hinwies(20). Diese Übersicht ist zwar immer noch eine wichtige Orientierungshilfe, infolge der Verluste durch den zweiten Weltkrieg muß jedoch das Vorhandensein der nachgewiesenen Publikationen fallweise an den jetzt gültigen Katalogen der Deutschen Staatsbibliothek verifiziert werden.

Zu den Bibliotheken in der DDR, die über bedeutsame Bestände zu unserem Quellenkomplex verfügen, zählen auch die Deutsche Bücherei in Leipzig, die Berliner Stadtbibliothek (Fachabteilung Ratsbibliothek) u. a.(21). Soweit zu übersehen ist, verfügt auf Grund der an anderer Stelle dargelegten Ursachen keine der genannten Bibliotheken über vollständige Überlieferungen. Hier ergäbe sich z. B. als quellkundliche wissenschaftliche Vorlaufleistung für künftige militärhistorische Forschungen analog der zentralen Erfassung von Nachlässen(22) und Kartensammlungen in Bibliotheken, Archiven und Museen sowie sonstigen Informationseinrichtungen(23) eine gesellschaftlich relevante gemeinsame Aufgabe der genannten Einrichtungen. Neben den Bibliotheken verfügen die Archive – und hier auf Grund seiner Zuständigkeit für die archivalische Überlieferung des zentralen Staatsapparats des ehemaligen Deutschen Reiches aus der Zeit 1871–1945 in erster Linie das Zentrale Staatsarchiv in Potsdam – über sehr wichtige Bestände dieser militärischen amtlichen Druckschriften.

Die Erschließung der militärischen amtlichen Druckschriften in Bibliotheken und Archiven ist entsprechend den jeweils spezifischen bibliotheks- und archivwissenschaftlichen Grundsätzen erfolgt(24) und wirft keine besonderen Probleme auf.

4. Der Bestand amtlicher Druckschriften deutscher militärischer Okkupationsorgane während des ersten und zweiten Weltkrieges im Zentralen Staatsarchiv in Potsdam

Im Zentralen Staatsarchiv sind die entsprechenden Druckschriften, namentlich die Verordnungs-, Amts- und Verkündungsblätter sowie die Berichtsdokumentation o. a. Okkupationsorgane an drei Stellen nachweisbar:

– im Bereich der archivalischen Fachbibliothek als gesondert aufgestellte „Sammlung amtlicher Druckschriften Gruppe A X Okkupierte Gebiete I. und II. Weltkrieg“;

– in der archivalischen Überlieferung von Reichsbehörden (z. B. für die Zeit des ersten Weltkrieges in den Beständen Reichskanzlei, Reichsministerium des Innern, Reichspostministerium; speziellen Abwicklungsbehörden wie dem Reichsdemobilisationsamt, Reichsministerium für Wiederaufbau u. a.; für die Zeit des zweiten Weltkrieges in den Beständen Reichsfinanzministerium, Rechnungshof des Deutschen Reiches, Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, Haupttreuhandstelle Ost, Zentralhandelsgesellschaft für landwirtschaftlichen Bedarf, Reichswirtschaftsministerium, Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Reichsministerium für Rüstungs- und Kriegsproduktion u. a.) sowie in Nachlässen (z. B. für den ersten Weltkrieg im Bestand des ehemaligen Bankkommissars in Belgien v. Lumm)(25) und – allerdings nur für die Zeit des ersten Weltkrieges – in der archivalischen Überlieferung der Kriegswirtschaftsorganisationen(26);

– in archivalischen Sammlungen (so für die Zeit des ersten und zweiten Weltkrieges im Bestand Sachthematische Sammlung und – abschließend für die Zeit des zweiten Weltkrieges – in der Sammlung

Zweiter Weltkrieg(27). Obgleich hier nicht zu behandeln, ist zugleich auf die Überlieferung von topographischen Karten, die von militärischen Führungsorganen erarbeitet worden sind, vor allem für die Zeit des zweiten Weltkrieges, zu verweisen(28).

In einem der folgenden Hefte wird eine Übersicht der im ZSTAP nachweisbaren Verordnungs-, Amts- bzw. Verkündungsblätter und der Berichtsdokumentation gegeben.

(1) Übersicht über Quellen zur Geschichte des zweiten Weltkrieges 1939–1945 in Beständen des ZSTA. – Bd. 1–3. – Potsdam, 1959. – 183, 109, 92 Bl. & Erg. (1963). – Masch.-schr.

(2) Metschies, K.: Quellen zur Militärgeschichte in der Historischen Abteilung I des Zentralen Staatsarchivs. – In: Militärgeschichte. – Berlin 12(1973)4. – S. 466–473 u. 13(1974)3. – S. 338–343. – Brather, H.-St.: Die Nürnberger Prozeßakten als Geschichtsquelle: e. Bibliogr. – In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte. – Berlin (1969)2. – S. 391–416. – Ders.: Die Zwangsarbeit in der faschistischen Kriegswirtschaft: dargestellt an Akten d. Nürnberger Wilhelmstraßen-Prozesses. – In: AM 13(1963)2. – S. 44–46. – Schreyer, H.: Die Kriegswirtschaftsorganisationen im ersten Weltkrieg und ihre Archivbestände als Quellen zur Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus. – In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (1985)3. – S. 181–208.

(3) Deutschland im ersten Weltkrieg. – Bd. 1–3. – Berlin, 1968–1970.

(4) Deutschland im zweiten Weltkrieg. – Bd. 1–6. – Berlin, 1974–1985.

(5) Eichholtz, D.: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945. – Berlin. – Bd. 1. 1939–1941. – 1971. – 408 S.; Bd. 2. 1941–1943. Mit e. Kap. von Joachim Lehmann. – 1985. – 713 S. – (Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte; Bd. 1)

(6) Europa unterm Hakenkreuz (vgl. Beitr. von Nestler im vorliegenden Heft).

(7) Vgl. hierzu: Konferenz zum 50. Jahrestag des Beginns des zweiten Weltkrieges. Militärhistoriker stellen wissenschaftliche Vorhaben vor. – In: Neues Deutschland. – Aug. B. – Berlin 1989-07-12 (S. 2).

(8) Kästner, A.: Militärische amtliche Druckschriften im Militärarchiv der DDR. – In: AM 38(1988)1. – S. 29f.

(9) Ebenda, S. 29 u. 31.

(10) Ansätze dazu im Stichwort „Dienstvorschriften“ in: Wörterbuch zur deutschen Militärgeschichte. – Bd. 1. – Berlin, 1985. – S. 150f. – Vgl. auch: Murawski, E.: Militärische Druckschriften einst und jetzt. – In: Wehrwissenschaftliche Rundschau. – Bonn (1958)8. – S. 229–230.

(11) Enders, G.: Die ehemaligen deutschen Militärarchive und das Schicksal der deutschen Militärakten nach 1945. – In: Militärgeschichte 8(1969)5. – S. 599–608. – Schmid, G.: Die Verluste des ehemaligen Reichsarchivs im zweiten Weltkrieg. – In: Archivar und Historiker. – Berlin, 1956. – S. 176–207. – (Schriftenreihe der Staatlichen Archivverwaltung; 7). – Brather, H.-St.: Aktenvernichtung durch deutsche Dienststellen beim Zusammenbruch des Faschismus. – In: AM 8(1958)2. – S. 115–117. – Boberach, H.: Die schriftliche Überlieferung der Behörden des Deutschen Reiches 1871–1945: Sicherung, Rückführung, Ersatzdokumentation. – In: Aus der Arbeit des Bundesarchivs: Beitr. zum Archivwesen, zur Quellenkunde u. Zeitgeschichte / hrsg. von H. Boberach u. H. Booms. – Boppard am Rhein, 1978. – (Schriften des Bundesarchivs; 25). – Henke, J.: Das Schicksal deutscher zeitgeschichtlicher Quellen in Kriegs- und Nachkriegszeit: Beschlagnahme, Rückführung, Verbleib. – In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. – Stuttgart 30(1982)4. – S. 557–620.

(12) Vgl. hierzu v. a.: Boberach, H. (s. Anm. 11) und die Beiträge in: Aus der Arbeit des Bundesarchivs (s. Anm. 11), bes. S. 299–309, 322–335, 369–378 zu Fragen der Ersatzdokumentation für die durch die Kriegereignisse in Verlust geratenen Quellen militärischer Provenienz.

(13) Vgl. z. B. die in den Anm. 3–5 genannten Publikationen. – Beachtenswerte Ausnahmen für die Einbeziehung amtlicher militärischer Druckschriften sind in bezug auf die Analyse der faschistischen Okkupationspolitik: Madajczyk, Czesław: Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939–1945 (s. Rez. in diesem Heft) und die Dokumentenedition (s. Beitr. Nestler in diesem Heft).

(14) Schumacher, M.: Deutsche Parlamentshandbücher: Bibliographie u. Standortnachweis. – Düsseldorf, 1986. – 180 S. – (Bibliographien zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien; 8). – Deutsche Parlamentaria: Bestandsverz. der bis 1945 ersch. Druckschr. / hrsg. von D. Dt. Staatsbibliothek – Stiftung Preuß. Kulturbesitz. – Berlin [West], 1970. – 140 S. – Gegenwärtig liegen nur für ausgewählte Gruppen militärischer amtlicher Druckschriften derartige Nachweise vor, z. B.: Kirchner, K.: Kriegsflugblätter im Archiv der Bibliothek für Zeitgeschichte. – In: Jahresbibliographie / Bibliothek für Zeitgeschichte, Weltkriegsbücherei Stuttgart. – Koblenz 57(1985). – S. 433–452. – Zu dienstinternen Zwecken machte H.-St. Brather den Versuch einer bibliographischen Erfassung amtlicher Druckschriften, darunter auch militärischer; vgl.: Die obersten Reichsbehörden 1867–1945: e. Bibliogr. ihrer period. u. serienmäß. Amtdrucksachen / bearb. von H.-St. Brather. – [Potsdam: ZSTA, o. J.] – 5 Bde. – Typoskript.

(15) Wichtige Quellen, v. a. zu Gebietsbeschreibungen okkupierter Gebiete während des zweiten Weltkrieges, bieten die Arbeiten der Volkswirtschaftlichen

Abteilung des ehem. IG-Farben-Konzerns, der in Vorbereitung und Realisierung der faschistischen Okkupationspolitik und der ökonomischen Ausbeutung der okkupierten Länder in Zusammenarbeit mit militärischen Führungsstäben umfangreiche Analysen erarbeitete; vgl. hierzu detaillierte Nachweise in: Berichte der Volkswirtschaftlichen Abteilung des IG-Farbenkonzerns: Bibliogr. u. Bestandsnachweis / bearb. von K. Metschies, W. Zimmermann u. M. Gill. – T. 1–5. – Wolfen, 1973–1976. – (Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der chemischen Industrie; 5–9).

(16) Zum Beisp. in den Beständen: Reichsministerium für wirtschaftliche Demobilisierung, Reichsschatzministerium, Restverwaltung für Reichsaufgaben, Reichstreuhandgesellschaft AG, Reichsministerium für Wiederaufbau u. a.

(17) Vgl.: Czollek, R.; Eichholtz, D.: Die Nürnberger Nachfolgeprozesse als Quelle der Geschichtswissenschaft: Informationen über d. in d. DDR vorh. Prozeßmaterialien u. method. Hinweise für ihre Benutzung. – In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte. – Berlin (1966)3. – S. 219–235. – Die in o. g. Beitrag enthaltenen Informationen über den quantitativen Umfang der in der DDR vorhandenen Materialien sind überholt, da geschlossene Reihen aller Prozesse, einschließlich Begleitdokumentation, im ZSTA vorliegen; vgl. dazu: Informationen zur Wirtschaftsgeschichte in der DDR / hrsg. vom Inst. für Wirtschaftsgeschichte d. Akad. d. Wiss. d. DDR. – Berlin 12(1978)2. – S. 144.

(18) Merker, W.; Metschies, K.: Die Erfassung amtlicher Druckschriften im Zentralen Staatsarchiv Potsdam: Erfahrungen u. Probleme. – In: AM 33(1983)2. – S. 64–67. – Metschies, K.: Amtliche Druckschriften in Archiven: Informationen, Erfahrungen u. Probleme, dargest. am Beisp. d. Zentralen Staatsarchivs Potsdam. – In: Zentralblatt für Bibliothekswesen. – Leipzig 96(1982)12. – S. 545–553.

(19) Monatliches Verzeichnis der reichsdeutschen amtlichen Druckschriften / bearb. von d. Dt. Bücherei. Hrsg. vom Reichsmin. d. Innern [ab Jg. 10 mit Genehmigung d. Reichsmin. für Volksaufklärung u. Propaganda hrsg. u. bearb. von d. Dt. Bücherei]. – Berlin 1(1928)–17(1944) & Reg. – Vgl. dazu: Günther, F.: Der Sonderkatalog der amtlichen Druckschriften 1913–1945 in der Deutschen Bücherei: Inhalt, Gliederung, tatsächl. zeitl. Begrenzung u. d. Gegenüberstellung zum „Monatl. Verzeichnis d. reichsdt. amtl. Druckschriften“. – Leipzig, 1988. – 35 Bl., 4 Anl. – Typoskript. – (Leipzig, Fachsch. für wiss. Bibliothekswesen, Abschlußarb.)

(20) Preußische Staatsbibliothek: Schlagwort-Repertorium zum Katalog d. Weltkriegs-Sammlung. – Berlin, 1929. – III, V, 57 S. – Der Katalog wies im einzelnen nach: ca. 50 000 Bd. Publikationen, Tausende von Plakaten, Bildern und Flugblättern sowie über 20 000 Kriegskarten und eine große Zeitungsausschnittsammlung. – Einen gewissen Ersatz für die noch ausstehende Bibliographie militärischer amtlicher Druckschriften bieten die veröffentlichten Kataloge von Behördenbibliotheken zentraler ziviler und militärischer Organe.

(21) Vgl. hierzu die Einzelnachweise in: Sondersammlungen in Bibliotheken der DDR: a. Verzeichnis / Bearb.: Helmut Roob; Werner Schmidt. – 2., überarb. Aufl. – Berlin: Method. Zentrum für wiss. Bibliotheken u. Informations- u. Dokumentationseinrichtungen d. MHF, 1982. – 127 S. (bes. S. 44–47).

(22) Du ererbt...: Sammlungen u. Nachlässe, Schenkungen u. Ankäufe in d. Dt. Staatsbibliothek; Ausstellung aus Anlaß d. 325jähr. Bibliotheksjubiläums, 29. Sept. bis 23. Nov. 1986. [Katalog]. – Berlin, 1986. – S. 2.

(23) Verzeichnis der Kartensammlungen der Deutschen Demokratischen Republik / im Auftr. d. Dt. Staatsbibliothek mit Unterstützung d. Bibliotheksverbandes d. DDR, d. Staatl. Archivverwaltung sowie d. Arbeitsgemeinschaft Geschichte der Kartographie d. Geograph. Gesellschaft d. DDR ausgew. u. bearb. von Egon Klomp u. Sabine Schilfert. – Berlin: Bibliotheksverband d. DDR, 1987. – (6), 124 S.

(24) Vgl. hierzu für die Archive: Ordnungs- und Verzeichnungsgrundsätze für die staatlichen Archive der Deutschen Demokratischen Republik. – Erg. 1: Druckschriften; Erg. 2: Karten u. Pläne / hrsg. von d. Staatl. Archivverwaltung... – Potsdam, 1970. – Brather, H.-St.: Begründungen und Erläuterungen zu Ergänzungen der Ordnungs- und Verzeichnungsgrundsätze: Erg. 1: Druckschriften. – In: AM 21(1971)1. – S. 5–9.

(25) Schreyer, H.: Nachlässe aus der Epoche des Kapitalismus im Zentralen Staatsarchiv Potsdam. – In: AM 35(1985)3. – S. 88–92 (bes. S. 90).

(26) Vgl. Schreyer, H.: Die Kriegswirtschaftsorganisationen... (s. Anm. 2).

(27) Information zur Wirtschaftsgeschichte in der DDR 22(1988)1. – S. 86f.

(28) Verzeichnis der Kartensammlungen (s. Anm. 23), bes. S. 91f.

Der Verfasser äußert sich zum Quellenwert ausgewählter Gruppen amtlicher Druckschriften deutscher militärischer Okkupationsorgane des ersten und zweiten Weltkrieges (Verordnungs-, Amts- und Verkündungsblätter sowie Berichtsdocumentation) und weist auf verschiedene Auswertungsaspekte hin. Zugleich befaßt er sich mit Überlieferungslage und Erschließungszustand dieser Quellengruppe in ausgewählten Bibliotheken und Archiven der DDR.

Quellen in Beständen des Zentralen Parteiarchivs der SED zum Kampf der deutschen Arbeiterbewegung und ihrer revolutionären Partei um Frieden und Abrüstung

Elke Warning

Auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus war und ist das Ringen um Frieden und Abrüstung ein wichtiger Bestandteil des Kampfes der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung und ihrer Partei. Daher durchzieht diese Problematik wie ein roter Faden die gesamte Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Sie widerspiegelt sich in zahlreichen Beständen des Zentralen Parteiarchivs im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, dessen archivische Zuständigkeit sich auf alle organisationseigenen archivalischen Quellen, die vor 1945 in der deutschen Arbeiterbewegung, vor allem in der revolutionären Partei der Arbeiterklasse entstanden sind, erstreckt – aber auch auf das archivwürdige Schriftgut des Zentralkomitees der KPD und des Zentralausschusses der SPD aus der Zeit von Juni 1945 bis zur Gründung der SED im April 1946 sowie auf das der Aktions- und Arbeitsgemeinschaft KPD/SPD des gleichen Zeitraumes, auf das historisch wertvolle Schriftgut des Parteivorstandes bzw. des Zentralkomitees der SED, der zentralen Verlage und Bildungseinrichtungen der SED, auf die schriftlichen Nachlässe der führenden Persönlichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung. Besonders gilt das für die schriftlichen Nachlässe der Mitglieder und Kandidaten des Politbüros des ZK der SED. Das Zentrale Parteiarchiv ist in der DDR die einzige Aufbewahrungsstätte der persönlichen Dokumente aus der Tätigkeit von Karl Marx, Friedrich Engels und ihrer Familienangehörigen. Es ist an dieser Stelle nicht möglich, die Quellenlage zum Kampf um Abrüstung und Frieden erschöpfend zu behandeln. Grundsätzlich kann festgestellt werden, daß sich das Friedensstreben der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung – der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Klassen, Schichten und Kräfte – unter Führung ihrer revolutionären Partei sowohl im organisationseigenen Schriftgut der Partei als auch in Nachlässen und Erinnerungen führender Persönlichkeiten, in Sammlungsbeständen und im Schriftgut staatlicher Provenienz aus der Überwachung der Arbeiterbewegung durch die Organe des imperialistischen und faschistischen Staates in seiner Vielfalt widerspiegelt.

Beginnend im 19. Jahrhundert kann diese Traditionslinie und die Kontinuität des Kampfes gegen Kriegsgefahr und imperialistischen Krieg, für Frieden und Völkerfreundschaft anhand der im Zentralen Parteiarchiv der SED vorhandenen Quellen nachgewiesen werden.

Der Kampf um Frieden und Abrüstung ist unter den gegenwärtigen Bedingungen von brennender Aktualität. Es muß alles getan werden, um zu verhindern, daß die Völker einem nuklearen Inferno ausgeliefert werden, einem atomaren Krieg, in dem es weder Sieger noch Besiegte gäbe, der aber die menschliche Zivilisation auf unserem Erdball vernichten würde. Daher gibt es vielerlei Bestrebungen, dafür auch die historischen Erfahrungen und Quellen der Vergangenheit zu nutzen. Dies zeigt sich auch in der Benutzung des Zentralen Parteiarchivs.

Einen beachtlichen Fundus stellen die in zahlreichen Beständen, vor allem jedoch in Nachlässen, enthaltenen Reden und Aufsätze führender Funktionäre der revolutionären deutschen Sozialdemokratie wie August Bebel, Wilhelm Liebknecht, der führenden Vertreter der deutschen Linken wie Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, aber auch Hermann Duncker, Franz Mehring, Wilhelm Pieck, Clara Zetkin und der KPD und SED dar.

Vor allem August Bebel, aber auch Wilhelm Liebknecht traten in den 80er und 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts und nach der Jahrhundertwende im Deutschen Reichstag wiederholt gegen die dort eingebrachten Militärvorlagen zur Forcierung der Aufrüstung und die damit wachsende Kriegsgefahr auf. Wilhelm Liebknecht vertrat engagiert den Standpunkt der Arbeiterklasse gegenüber dem Militarismus auf dem Internationalen Arbeiterkongreß in Brüssel 1891. Er unterstützte die Herausgabe der Broschüre von Friedrich Engels mit dem Titel „Kann Europa abrüsten“. Auch die umfangreiche Korrespondenz von August Bebel und Wilhelm Liebknecht zeigt ihren Stand-

punkt zu diesen Fragen. Mit großer Konsequenz traten in den folgenden Jahren die führenden Vertreter der deutschen Linken bei vielfältigen Anlässen auf, um den drohenden Ausbruch des 1. Weltkrieges zu verhindern, an ihrer Spitze Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Verwiesen sei hier nur auf die von ihm und anderen Führern der Linken bzw. der Spartakusgruppe erarbeiteten Flugblätter und Aufrufe wie „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ und die Spartakusbriefe, von denen einige in Beständen des Zentralen Parteiarchivs überliefert sind. Vielfältig zu dokumentieren ist auch das Engagement Karl Liebknechts bei der Vorbereitung der Demonstration am 1. Mai 1916 auf dem Potsdamer Platz als Antikriegsdemonstration, seine Rede zu diesem Anlaß und seine Verhaftung und Inhaftierung, sowohl im Nachlaß Karl Liebknechts, als auch in Erinnerungen, in Akten staatlicher Provenienz und in Flugblattsammlungen.

Quellenmäßig ebenfalls gut belegbar sind die Mordhetze der Reaktion und die Fahndung nach den Mördern Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs.

Andererseits zeigen in der Flugblattsammlung enthaltene Aufrufe rechter SPD-Führer zur „Vaterlandsverteidigung“ während des ersten Weltkrieges, daß diese Kräfte die Expansionsziele des deutschen Imperialismus und Militarismus unterstützen. In Dokumenten des Parteivorstandes der SPD widerspiegelt sich ebenfalls dessen Haltung zum imperialistischen Krieg und zum antimilitaristischen Auftreten Karl Liebknechts.

Wichtiges Material über den Kampf der deutschen Linken zur Verhinderung des ersten Weltkrieges bzw. für seine baldige Beendigung auf revolutionärem Wege ist auch in den Nachlässen von Emil Eichhorn, Hermann und Käthe Duncker, Franz Mehring, Ernst Meyer, Wilhelm Pieck und Clara Zetkin vorhanden.

Aus zum Teil umfangreichen Tagebuchaufzeichnungen von Wilhelm Firl, Walter Schulz und Fritz Heckert über ihre persönlichen Ergebnisse als Soldaten während des ersten Weltkrieges sind Ansätze für ihre daraus resultierende Entwicklung zu bewußten engagierten Kämpfern in den Reihen der KPD gegen Militarismus und Krieg zu entnehmen.

Das im Historischen Archiv der KPD enthaltene organisationseigene Schriftgut ist für die Erforschung und Darstellung des antimilitaristischen Kampfes der Partei der Arbeiterklasse in der Weimarer Republik und unter den Bedingungen der Illegalität während der faschistischen Diktatur in Deutschland von großem Wert. Hier sei vor allem auf die Protokolle der Parteitage, der Partei- und Funktionärskonferenzen sowie auf die Sitzungsprotokolle des Zentralausschusses bzw. des Zentralkomitees der KPD, auf das Schriftgut der Abteilungen Agitation/Propaganda und Parlamente des ZK der KPD und der Bezirksleitungen sowie auf die Flugblattsammlung der KPD verwiesen. Daraus ist die Kontinuität des antimilitaristischen Kampfes ebenso zu entnehmen wie die zielgerichtete Organisation politischer Aktionen, Antikriegskundgebungen, jährlichen Veranstaltungen am 1. August als Kampftage gegen Hunger und Kriegsgefahr, aber auch gegen den Panzerkreuzerbau und gegen den Youngplan, um nur diese zu nennen.

Über das vielfältige und konsequente Wirken der KPD und der breiter werdenden Kreise ihrer Verbündeten im Rahmen der Einheitsfront und Volksfront gibt organisationseigenes Material der Partei der Arbeiterklasse, insbesondere der Brüsseler und der Berner Parteikonferenz und der Parteiführung Auskunft. Auch in zahlreichen Nachlässen und Erinnerungen widerspiegelt sich der Kampf gegen Faschismus, Imperialismus und Krieg. In diesem Zusammenhang sollen die Nachlässe von Hermann Duncker, Gertrud Dürr, Wilhelm Florin, Willy Kerff, Arthur Pieck, Wilhelm Pieck, Elli Schmidt, Albert Schreiner, Paul Schwenk, Ernst Thälmann, Walter Ulbricht, Walter Vesper, Erich Weinert und Erich Wendt genannt werden. Darin sind unterschiedliche Quellen zum Thema enthalten: Manuskripte von Reden und Aufsätzen, Flugblätter, Tarnschriften und nicht zuletzt Gefängnisaufzeichnungen von Ernst Thälmann und Manuskripte für illegale deutschsprachige kommunistische Sendungen aus dem Ausland wie des Deutschen Volkssenders, des Senders 29,8 und anderer. Ergänzend hierzu ist die besonders umfangreiche Überlieferung des Senders „Nationalkomitee Freies Deutschland“ hervorzuheben. In den Nachlässen von Bernard Koenen, Willy Kerff, Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht wird unter anderem auch die zielgerichtete Aufklärungsarbeit

der KPD unter den deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetarmee belegt, um sie für die Mitgestaltung eines neuen, antifaschistisch-demokratischen und friedlichen Deutschlands zu gewinnen. Diese Zielstellung findet besonders in Schulungsmaterial der Antifaschulen ihren Niederschlag.

Nachlässen und archivarischen Sammlungen ist auch das Wirken deutscher Emigranten in verschiedenen Ländern Europas sowie aus den USA und aus Mexiko gegen Faschismus und Krieg in der Bewegung „Freies Deutschland“ zu entnehmen.

Eine große Zahl antifaschistischer und antimilitaristischer Aktionen und Tätigkeiten, wie z. B. der Aufbau illegaler Parteiorganisationen der KPD, die Herstellung und Verbreitung illegaler Schriften, Sabotage, Abhören illegaler Sender, Anbringen antifaschistischer und antimilitaristischer Losungen und anderes mehr, die teils organisiert erfolgten, teils auf der Eigeninitiative einzelner Antifaschisten beruhten, sind sowohl den Prozeßakten der Nazijustiz als auch den Akten der faschistischen Geheimen Staatspolizei, die allerdings die Sicht des Klassengegners enthalten, zu entnehmen. Darin sind teilweise auch originale Dokumente der KPD, der SPD und revolutionärer Massenorganisationen enthalten, die bei Verhaftungen und Haussuchungen aufgespürt worden waren.

Nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus mußte bekanntlich der Kampf um den Frieden fortgesetzt werden. Protokolle der Parteitage, Parteikonferenzen, Protokolle von Tagungen des Parteivorstandes bzw. des Zentralkomitees der SED sowie die Akten insbesondere der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED und die Nachlässe der führenden Vertreter der SED Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Walter Ulbricht und anderer belegen diese Politik und zahlreiche Initiativen der Partei der Arbeiterklasse zur Beseitigung der imperialistischen Wurzeln des Militarismus. Dokumentiert wird die Bestrafung und Enteignung von Kriegsverbrechern, die Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden, die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik als des ersten Friedensstaates in der deutschen Geschichte und eine Vielzahl von Initiativen für Frieden und Abrüstung in den folgenden Jahren und Jahrzehnten.

Der Prozeß der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik ist nachvollziehbar vor allem anhand der Protokolle der Tagungen des Parteivorstandes der SED, der Dokumente und Protokolle der Sitzungen des 1., 2. und 3. Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden sowie der Ausschußberatungen, des Materials aus der Tätigkeit des Deutschen Volksrates sowie anhand zahlreicher Reden und Aufsätze von Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Walter Ulbricht und anderen führenden Funktionären der SED. Darin widerspiegeln sich die vielfältigen Bemühungen um die Erhaltung der Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage und um die Sicherung des Friedens in Auseinandersetzungen mit den Spaltungsbestrebungen der imperialistischen Westmächte und der reaktionären deutschen Kräfte in den westlichen Besatzungszonen. Im Zusammenhang mit der unmittelbaren Vorbereitung der Gründung der DDR sind vor allem in den Nachlässen von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl Dokumente über die Tätigkeit der Provisorischen Volkskammer und der Provisorischen Länderkammer zu nennen. Von besonderer Bedeutung sind die Antrittsrede des Präsidenten und die Rededispositionen Otto Grotewohls zur Regierungserklärung unter vielen anderen wichtigen Dokumenten.

In den Nachlässen von Otto Grotewohl und Walter Ulbricht sowie im Teilbestand „Internationale Verbindungen“ sind Akten enthalten, die den Standpunkt der SED zur Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland in den 50er Jahren zeigen. Für die 60er und 70er Jahre sind Einschätzungen zu verschiedenen internationalen Konferenzen und Verhandlungen vorhanden. Die Quellen belegen auch die enge Zusammenarbeit der Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft im Ringen um weitere Fortschritte im Friedenskampf und ihre Solidarität mit Völkern und Staaten, die imperialistischen Aggressionen ausgesetzt waren und sind.

Die Verfasserin stellt die Breite der im Zentralen Parteiarchiv der SED vorhandenen Quellen zu den Problemen Krieg und Frieden, Abrüstung und Friedenssicherung dar – Ausdruck des engen Zusammenhangs von Arbeiterbewegung und Friedensbewegung. Solche Quellen finden sich z. B. in Nachlässen, Flugblättern, im organisationseigenen Schriftgut der Arbeiterbewegung wie auch in solchem staatlicher Provenienz – sowohl vor als auch nach 1945.

Habent sua fata – acta et diploma

Friedrich Beck

Die noch von den Erlebnissen des zweiten Weltkrieges geprägte ältere Archivargeneration unseres Landes sah sich in ihrer Berufswahl letztlich auch von Goethes bekanntem Epigramm motiviert: „Manches Herrliche der Welt ist in Krieg und Streit zerronnen, wer beschützt und erhält, hat das schönste Los gewonnen“. Die Erinnerung an die Verluste von Archiven in der DDR im Gefolge des verheerendsten Krieges in der Menschheitsgeschichte soll mit den folgenden Ausführungen durch einige wenige Beispiele von Schicksalen wertvollen Archiv- und Kulturgutes aus dem Zuständigkeitsbereich des Staatsarchivs Potsdam dazu beitragen, den tiefen Sinngehalt des Goethewortes auch der jüngeren Generation erneut vor Augen zu führen.

Im Ergebnis der Dialogpolitik der DDR kam es bekanntlich auch zum Abschluß des Kulturabkommens vom 6. Mai 1986 zwischen beiden deutschen Staaten(1). In seinem Artikel 7 wurden Festlegungen über den Austausch von Archivgut getroffen, mit denen die als Folge der Archivgutverlagerungen im zweiten Weltkrieg entstandenen Probleme der Rückführung von Beständen in die zuständigen Archive in beachtlichem Maße eine Lösung fanden(2). Vergleichbar den in der Öffentlichkeit weit mehr bekannt gewordenen Auslagerungen von Kunstschatzen wie Gemälden und anderen unersetzlichen Kulturgütern in Bergwerkstollen und geschützten Objekten hatten auch die Archive historisch bedeutsame Bestände verlagert.

Das galt insbesondere für das ehemalige Reichsarchiv in Potsdam, dessen Kernbestände zur Geschichte des Bismarckreiches und der Weimarer Republik dadurch vor der Vernichtung bewahrt wurden(3). Damit kann heute eine Quellenüberlieferung von nationaler und internationaler Bedeutung für die Forschungsvorhaben der Geschichtswissenschaft im Zentralen Staatsarchiv in Potsdam genutzt werden(4). Auch die preußische Archivverwaltung verwirklichte langfristige Pläne zum Archivgutschutz. Vor dem zunehmenden Bombenkrieg, v. a. auf Zielgebiete der damaligen Reichshauptstadt, wurden bereits seit 1942/43 Teile des bedeutendsten preußischen Archivs, des Geheimen Staatsarchivs in Berlin-Dahlem, in Kalischächte bei Staßfurt und Schönebeck verlagert. Hier überstanden sie die Kriegereignisse und -folgen relativ unbeschadet. Die hochrangige Quellenüberlieferung zur preußischen, deutschen und europäischen Geschichte steht heute der Forschung in der Dienststelle Merseburg des Zentralen Staatsarchivs zur Verfügung. Gegen Kriegsende folgten in nun teilweise überstürzten Aktionen Teilbestände des Staatsarchivs für die Provinz Brandenburg wie auch des Staatsarchivs Breslau (Wrocław) nach. Auch das damalige Ständische Archiv der Niederlausitz in Lübben und Stadtarchive aus der Mark Brandenburg verlagerten Bestände in die genannten Objekte bzw. stillgelegte Bergwerke in der Nähe von Lüneburg.

Demgegenüber verblieben die Bestände des dem Oberkommando der Wehrmacht unterstellten Heeresarchivs in Potsdam an dessen Sitz und verbrannten hier bis auf geringe Reste im Feuersturm des Bombenangriffs der Royal Air Force noch am 14. April 1945(5). Ein ähnliches Schicksal erlitten leider auch die im Gebäude des Geheimen Staatsarchivs verbliebenen Bestände des Archivs der Provinz Brandenburg, die hier – wie in der folgenden Dokumentation ausgewiesen – bis auf geringe Reste bei Kriegsende verbrannten(6).

Die ausgelagerten Teile dieses Archivs im Umfang von ca. 4 000 lfm gelangten – nach der Sicherstellung durch die Rote Armee im Sommer 1945 und Übergabe durch die Organe der Sowjetischen Militäradministration ab 1947 – bereits 1949/50 an das 1949 neubegründete Brandenburgische Landeshauptarchiv, das heutige Staatsarchiv Potsdam, dessen historischen Kernbestand sie bilden(7). Demgegenüber sollte die Odyssee der Bestände des Niederlausitzer Ständearchivs und der o.g. Stadtarchive weitergehen. Nachdem auch sie nach 1945 aus den Salzbergwerken bei Lüneburg geborgen waren und erneut „das Licht der Welt“ erblickt hatten, fand ihre Irrfahrt nach Zwischenlagerung in einem Depot in Goslar und im Geheimen Staatsarchiv der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Berlin (West) erst mit dem Archivalienaustausch im Jahre 1987 ihr Ende.

In seinem Ergebnis wurden über 1 000 mittelalterliche Pergamenturkunden und weitere Aktenkonvolute des ehemaligen Ständearchivs, der Städte Calau, Lübben, Prenzlau, Templin in die Zuständigkeit des

Staatsarchivs Potsdam übergeführt. Darunter befand sich auch die Stadtgründungsurkunde von Prenzlau vom 27. Dezember 1234 mit der seltenen Doppelbesiegelung durch zwei *untereinander* an der Siegelschnur angebrachte Siegel des gleichen Ausstellers (älteres und jüngeres Siegel). Mit der Überwindung jahrzehntelang nachwirkender Kriegsfolgen können der von Jahr zu Jahr zunehmenden regional-, heimat- und ortsgeschichtlichen Forschung damit ergänzende Quellen erschlossen und vorgelegt werden.

Die im Vorstehenden zum Ausdruck gekommene Verflechtung des Schicksals von Archivadokumenten mit aus Krieg und Kriegsfolgen resultierenden Ereignissen und Entwicklungen soll durch ein weiteres, gleichfalls mit der Archivgutverlagerung im zweiten Weltkrieg eng verbundenes Beispiel veranschaulicht werden. Zu den historisch bedeutsamen, in die Kalischächte von Staßfurt und Schönebeck verlagerten Bestände des Preußischen Geheimen Staatsarchivs und des Staatsarchivs für die Provinz Brandenburg gehörten die mittelalterlichen Pergamenturkunden. Zu ihnen zählten u. a. die der märkischen Bistümer Brandenburg, Havelberg und Lebus und der bedeutenden Zisterzienserklöster Lehnin und Chorin sowie ältester kirchlicher Institutionen in den Städten Berlin und Cölln a. d. Spree und der Ballei Brandenburg des Johanniterordens.

Am Auslagerungsort in der alten Archivordnung aufgestellt und bis in die letzten Kriegsjahre sogar für Benutzungen zugänglich, drohte ihnen Gefahr nach Beendigung der Kampfhandlungen, die sie verlustlos überstanden hatten. Während der Besetzung des Mittelbegebietes durch die US-Armee und der Übergangszeit bis zur Sicherung durch die Rote Armee kam es zu bedauerlichen Verlusten gerade an diesen Beständen(8). Zweifellos bedingt durch äußere Merkmale – Pergament und beeindruckende Siegel, wie auch die schriftkünstlerische Gestaltung – der Dokumente zogen sie das Begehren von in die Kalischächte eingedrungene(n) Militär- und Zivilpersonen im besonderen Maße auf sich. Bei der späteren Übernahme in archivarisches Verwaltungen mußten daher bedauerliche Verluste im Umfang von 10-15 % festgestellt werden. So fehlten beispielsweise aus den Beständen der Bistümer Brandenburg und Lebus die 5 bzw. über 20 ältesten Urkunden aus den Jahren von 1283 bis 1308 an. Für die Klöster Chorin und Lehnin – die Hausklöster und Grablagen der askanischen Markgrafen von Brandenburg – beliefen sich die Verlustziffern bei Chorin gleichfalls auf die 10 ältesten Urkunden von 1231 bis 1261 und bei Lehnin sogar auf über 40 der ältesten Pergamente aus den Jahren von 1106 bis 1313. Bei den kirchlichen Institutionen von Berlin und Cölln war der Verlust von 9 Originalen aus den Jahren von 1292 bis 1334, beim Johanniterorden von ca. 100 Dokumenten aus der Zeit von 1298 bis 1800 zu beklagen.

Diese für die brandenburgische Territorial-, Regional- und Kirchengeschichtsforschung so schwerwiegenden Verluste konnten in der Zwischenzeit leider nur zu einem geringen Teil behoben werden. Seit den sechziger Jahren gelangten lediglich wenige Einzeldokumente von Bürgern aus der Umgebung der Auslagerungsorte, die diese zeitweilig in Besitz gehabt hatten, in den staatlichen Archivfonds zurück. Dabei handelte es sich um jeweils drei guterhaltene Urkunden des Klosters Chorin und der kirchlichen Institutionen in Berlin und Cölln. Etwa die gleiche Anzahl aus den alten Klosterfonds von Chorin und Lehnin, des Bistums Brandenburg und des Johanniterordens erwarb das Geheime Staatsarchiv der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Berlin (West)(9).

Zu einem im Vergleich mit den bisher genannten Zahlen spektakulär zu nennenden Zugang aus vermißten Beständen kam es im Zusammenhang mit Fahndungsmaßnahmen der zuständigen staatlichen Organe zum Diebstahl des Gemäldes „Friedhof im Schnee“ von Caspar David Friedrich aus der Galerie im Dimitroff-Museum in Leipzig Anfang des Jahres 1988. In ihrem Verlauf wurden am 15. März d. J. von den Zollorganen vier mittelalterliche Originalurkunden beschlagnahmt, die entgegen den geltenden Bestimmungen illegal nach Berlin (West) verbracht werden sollten. Nachfolgende Ermittlungen förderten weitere 26 Pergamenturkunden und 2 Aktenschriftstücke aus ihrem Versteck – man höre und staune – unter einer Hundehütte zutage! Die Täter waren nur kurzzeitig im Besitz des Archivgutes, das aufgrund verwandtschaftlicher Beziehungen zu einem Bürger Schönebecks in ihre Hände gelangt war. Über die Dokumente selbst, ihre Auffindung und ihren historischen Wert, ist nach Abschluß des

Prozesses und erfolgter Übergabe durch die Organe der Zollverwaltung an die Staatliche Archivverwaltung am 20. April d. J. eingehend in Rundfunk, Fernsehen und der zentralen und örtlichen Presse berichtet worden(10).

Im einzelnen handelt es sich um folgende Provenienzen: Das wertvollste und historisch bedeutsamste Dokument war ein Ablaßprivileg von 10 Kurienkardinälen in Rom für die [Marien-] Kirche in Berlin vom 14. Januar 1292. Damit erhielt der Staatliche Archivfonds eine der ältesten Urkunden dieser Art aus dem Territorium der Mark Brandenburg mit hohem Quellenwert für die in der Frühzeit ihrer Geschichte bekanntlich nicht mit einer Vielzahl von Dokumenten gesegnete Hauptstadt Berlin zurück. Das gut erhaltene Pergament gehörte eindeutig zu den Auslagerungen des Geheimen Staatsarchivs und des Staatsarchivs für die Provinz Brandenburg in die Kalischächte an der Elbe. Es trug auf der Rückseite den Eigentumsstempel des ehemaligen königlich-preußischen Geheimen Staatsarchivs und die – abgelöste – Archivsignatur Märkische Ortschaften, Berlin/Cölln Nr. 1. Es wurde nach 1945 in den entspr. Findhilfsmitteln des Staatsarchivs Potsdam als fehlend geführt.

Ein weiteres historisch außerordentlich interessantes Dokument stellt die Bulle Papst Pius' VI. Für König Friedrich Wilhelm von Preußen vom 1. April 1798 dar. Sie beinhaltet die Gründung eines direkt Rom unterstellten Bistums in dem nach der dritten Teilung Polens von Preußen annektierten sog. Neustpreußen. Das in künstlerisch reich verzierter „littera Bollatica“ geschriebene und mit der päpstlichen Bleibulle gesiegelte mehrseitige Pergamentlibell gehörte gleichfalls zu den bereits mehrfach genannten Auslagerungen. Es trug die – durch Rasur teilweise zu entfernen gesuchte – Signatur Rep. 81, Rom, Urkunde A 1. Dieses Dokument war im Zentralen Staatsarchiv, Dienststelle Merseburg, nach 1945 als fehlend registriert.

Unter den beschlagnahmten Dokumenten befanden sich schließlich auch elf Pergamenturkunden und ein Aktenfaszikel des Lehnguts Schönefeld bei Berlin aus den Jahren von 1559 bis 1736, darunter Ausfertigungen des Domstifts Cölln von 1559 und 1592 mit gut erhaltenen Siegeln.

Abschließend sei noch ein streng vertrauliches Einzelschriftstück der Handelskammer Bremen an das Reichsamt des Innern vom 2. Februar 1915 erwähnt, in dem Maßnahmen zur Umgehung der englischen Blockade durch ausländische Handelsschiffe mit dem Ziele der Aufrechterhaltung der Baumwollversorgung aus den USA vorgeschlagen wurden. Das lose Einzelblatt verdient insofern Beachtung, als es eindeutig zu den o. g. Auslagerungen des Reichsarchivs in die Kalischächte gehörte. Sämtliche, ihren angestammten Archivfonds entfremdeten Dokumente sind bzw. werden in nächster Zeit an die zuständigen Archive übergeben und stehen damit nach erfolgter ordnungsmäßiger Registrierung und notwendiger Erschließung nach einem Zeitraum von über vier Jahrzehnten der interessierten Forschung erneut zur Verfügung.

Eine weitere, gleichfalls wohl als einmalig zu bezeichnende, durch Krieg und Kriegsfolgen bedingte Ergänzung erfahren die Bestände des Staatsarchivs Potsdam vor einigen Jahren mit den inhaltsreichen Dokumenten eines Gutsarchivs. In den letzten Monaten des zweiten Weltkrieges im Bereich des durch die schweren Kämpfe östlich von Berlin verwüsteten Oderbruchs vergraben, kamen sie nach über drei Jahrzehnten ans Licht! Ein günstiger Lagerungsort im trockenen märkischen Sand und eine fachgerechte Verpackung in dauerhafte Behältnisse und Ölpapier hatten zu ihrer Erhaltung beigetragen.

Das gilt in erster Linie für die 30 Pergamenturkunden – meist Lehnbriefe, landesherrliche Konsense, Kaufkontrakte und andere Besitznachweise. Die aus dem 16. – 18. Jh. stammenden durablen Pergamente samt den zugehörigen Siegeln hatten nicht nur die drei bis vier Jahrhunderte „über Tage“, sondern auch die drei Jahrzehnte im Schoße der Mutter Erde wohlbehalten überstanden. Lediglich einige Stockflecke im Pergament und Oxydationsspuren an den Siegelkapseln aus Zinkblech bedurften der Restaurierung. Stärkere Schäden wiesen allerdings die gleichfalls mitvergrabenen Aktenkonvolute und Einzelschriftstücke auf, die unter dem langzeitigen Luftabschluß und dem Eindringen von Feuchtigkeit gelitten hatten. Die dicken Aktendeckel der Konvolute hatten deren papierernen Inhalt noch am meisten geschützt, so daß die miteinander verklebten Einzelblätter von

kundiger Hand leicht gelöst werden konnten. Nur vereinzelt war es zum Ausbleichen der Tinte oder aber zur Verfärbung des Papiers gekommen, die das Bleichen der Dokumente nötig machte.

Am stärksten hatten die im Vergleich zu den Aktenbänden ungeschützteren Einzelschriftstücke unter den Lagerungsbedingungen gelitten. Gerade bei ihnen handelte es sich um den wertvollsten Teil des vergrabenen Schatzes – eine Autographensammlung mit Originalbriefen Friedrichs II. und anderer preußischer Monarchen, von Goethe, Schiller, Kleist und weiteren Dichtern und Schriftstellern. Ihr gegenüber dem robusten Kanzleipapier der Aktenkonvolute „zarteres“ Briefpapier war nur noch in löschpapierähnlicher Konsistenz erhalten, stark stockfleckig, in sich verklebt und z. T. zerfallen und durchlöchert. In aufwendiger Arbeit der Restauratoren mußten die Dokumente von kulturgeschichtlich hohem Wert im Einzelfall voneinander gelöst, z. T. aus Bruchstücken zusammengesetzt und durch Einbettung in stützende Materialien konserviert werden. Das gelang ohne Substanzverluste(11).

Damit konnten der brandenburgischen Landesgeschichtsforschung neue Quellen, darüber hinaus aber auch der Germanistik und Literaturgeschichte z. T. noch unbekannte Schriftstücke erschlossen und für ihre Forschungsvorhaben bereitgestellt werden – am Beispiel der Autographen Goethes in praktischer Verwirklichung seiner eingangs zitierten Worte.

Das hier skizzierte Beispiel der Rettung des Bestandes eines Gutsarchivs stellt einen singulären Fall dar. Die Masse der bis 1945 in privater Hand befindlichen Herrschafts- und Gutsarchive, die in den staatlichen Archivgutschutz nicht einbezogen waren, mußte durch Krieg und Kriegsfolgen erhebliche Verluste hinnehmen. Das trifft in hohem Maße auch für die Archive in der Mark Brandenburg zu, die in weiten Teilen am Ende des zweiten Weltkrieges zum direkten Kampfgebiet wurde. Zahlreiche Herrsitzte und die dort verwahrten Archive erlitten im Verlauf der Kämpfe Schäden oder wurden völlig zerstört. Als Folge des verheerenden Hitlerkrieges, der die Umsiedlung von Millionen Menschen aus den früheren deutschen Ostgebieten nach sich zog, mußten die erhalten gebliebenen Schlösser und Gutshäuser als Auffanglager für Umsiedler zur Verfügung gestellt werden. In dieser Zeit, in der es um die nackte Existenz und die Sicherung der einfachsten materiellen Lebensbedürfnisse ging, rangierte verständlicherweise der Archiv- und Kulturgutschutz oft an zweiter Stelle. So ist aus heutiger Sicht manch unersetzlicher Verlust an dieser für die ostelbischen Agrargebiete typischen Quellenüberlieferung zu beklagen. Neben Totalverlusten wie beispielsweise dem Archiv des kurbrandenburgischen Generalfeldmarchalls Derfflinger in Gusow, den Archiven der weitverzweigten Adelsfamilie von Bredow im Havelland und Teilverlusten der auch für die Reichsgeschichte im 19. und 20. Jh. bedeutsamen Archive der Grafen von Eulenburg auf Liebenberg und des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg auf Hohenfinow kam es in erheblichem Maße zur Entfremdung wertvoller Dokumente.

Ein Beispiel möge hier für weitere stehen. Anfang der achtziger Jahre wurden dem Staatsarchiv Potsdam aus Privathand in mehreren Fällen einzelne Pergamenturkunden, Aktenfaszikel und Einzelschriftstücke zum Erwerb angeboten. Nach näherer Prüfung konnten die Dokumente als zum Bestand des ehemaligen Herrschaftsarchivs derer v. Arnim auf Boitzenburg gehörig ermittelt werden. Sie wurden dem Bestand des relativ geschlossen erhaltenen, durch die Bodenreformgesetzgebung in staatliches Eigentum übergeführten und im Staatsarchiv verwahrten Herrschaftsarchivs eingegliedert. Den Bürgern, in deren zeitweiligem Besitz sich die Dokumente befunden hatten, wurde für Aufbewahrung und ordnungsgemäße Übergabe an den Staatlichen Archivfonds mit einer Geld- und Buchprämie gedankt. Zusammen mit den Pergamenten und Aktenbeständen war auch ein äußerlich unscheinbares Faszikel ans Archiv gelangt, das nach eingehender Prüfung das Herz langgedienter Archivare höher schlagen ließ.

Es handelte sich dabei um ein Urkundenregister des Nonnen(Sabine)klosters in Prenzlau aus der zweiten Hälfte des 16. Jh. im Umfang von 22 Blatt mit 55 Urkundenabschriften und 28 Regesten(12). Das Beachtliche bei dieser Entdeckung war, daß von diesem – im Vergleich mit anderen märkischen Klöstern – recht ansehnlichen Urkundenfonds von insgesamt 83 Dokumenten und Regesten lediglich 15 Urkunden im Original erhalten blieben(13), somit 64 Urkunden (46

in Form von Abschriften und 18 als Regesten) bislang völlig unbekannt waren und auch keine Aufnahme in die großen Urkunden- und Regestenpublikationen zur Geschichte der Mark Brandenburg gefunden hatten (14). Davon gehörten allein 13 Urkundenabschriften und -regesten dem 13. Jh. an, 22 dem 14. Jh., 27 dem 15. Jh. und 2 dem 16. Jh. (15). Damit konnte eine schmerzliche Überlieferungslücke geschlossen und der interessierten Forschung zur Territorial- und Regionalgeschichte Brandenburgs wie auch zur Kirchen-, Heimat- und Stadtgeschichte nach inzwischen erfolgter archivarischer Bearbeitung und Regestierung der Urkunden (16) eine weiterführende Quelle erschlossen werden.

Zum Abschluß des Beitrages sei – unter Berufung auf dessen Überschrift – noch auf eine weitere, wenn auch gegenüber den hier genannten Beispielen begrenzte Möglichkeit der Bestandsergänzung durch von der Vernichtung bedrohte bzw. z. T. bereits zerstörte Einzelschriftstücke verwiesen. Es ist die, sicher auch in anderen Archiven genutzte Fundgrube, die sich bei der Einbandrestaurierung von Amtsbüchern aller Art ergibt. Hier finden sich in deren, anstelle moderner Pappen, aus vielen Einzellagen von Papieren gebildeten Buchdeckeln häufig ansehnliche Reste von Registraturen. Sie verbergen sich unter Pergamentblättern mittelalterlicher, meist liturgischer Handschriften, die nach der Reformation und der Säkularisierung der Klöster ihren Wert verloren hatten und als dauerhafter Schutzumschlag für Amtsbücher und Aktenkonvolute Verwendung fanden. Es wäre eine, wenn auch nicht unbedingt archivarische Aufgabe besonderer Art, aus den dabei anfallenden Einzelblättern Codices zu rekonstruieren. Dabei können unter Umständen sehr alte Texte zutage kommen, wie dies das Fragment einer römischen Unzialschrift in der Außenstelle Altenburg des Staatsarchivs Weimar belegt.

Für den Archivar von weit größerer Bedeutung erweisen sich die bei Restaurierungsarbeiten hin und wieder anfallenden Urkunden und Urkundenfragmente. Auch sie fanden nämlich Verwendung für buchbindeische Zwecke, wenn ihre ursprüngliche Rechtsqualität erloschen war und lediglich ihre materielle Verwendbarkeit von Interesse blieb. Diese konnte sich – nach Rasur des alten Textes – in der Wiederverwendung des Pergaments in Form eines „Palimpsests“, aber auch in Vorhaben bei der Buchbinderei ausdrücken. So finden sich relativ häufig zur Verbindung der einzelnen Lagen von Amtsbüchern und Aktenkonvoluten verwendete schmale Pergamentstreifen im Rücken des einzelnen Bandes. Ihre mit archivarischer Akribie bewerkstelligte Zusammensetzung fördert – verbunden mit etwas Geduld und Glück – hier und da vollständig erhaltene Urkunden zutage. Im Staatsarchiv Potsdam gelang das bei der Einbandrestaurierung des „Manuscriptum Nawense“, den Materialien eines Prozesses des Domkapitels Brandenburg gegen den Kleriker Mathias Honow zu Cölln a. d. Spree aus den Jahren 1363 – 1365 (17).

Nach Abschluß der Arbeiten konnte der im Staatsarchiv vorhandene Bestand des Domkapitels um zwei vollständig erhaltene Urkunden aus den Jahren 1386 und 1393 ergänzt werden. Mit Verlust ihrer rechtlichen Bedeutung waren sie zweifellos für den Empfänger wertlos geworden – für den Archivar bilden sie heute eine wertvolle Bereicherung des Quellenfonds einer der bedeutendsten kirchlichen Institutionen in der Mark Brandenburg. Eine analoge Entdeckung konnte bei der Restaurierung eines mittelalterlichen Schöffenbuches der Stadt Luckau gemacht werden, wodurch sich der Nachweis einer Walkmühle des Tuchmachergewerks in der Stadt um etwa 100 Jahre aus dem 15. ins 14. Jh. vorverlegen ließ.

Mögen auch die hier geschilderten Beispiele und die damit verbundene Erinnerung an die Zerstörungen und Folgen des zweiten Weltkrieges für uns Anlaß sein, alles zu tun, damit dem Moloch Krieg für immer der Rachen verschlossen werde und jahrtausendealtes Kulturgut nicht erneut von ihm verschlungen werden kann.

(1) Vgl.: Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit DDR-BRD vom 6. Mai 1986. – In: ND 1986-05-07 (S. 1).

(2) Vgl.: Archivgutrückführung zwischen der DDR und der BRD. – In: AM 37(1987)5. – S. 175. – Jetzt auch: Oldenhage, Claus: Archivbeziehungen zur DDR. – In: Aus der Arbeit der Archive: Beitr. zum Archivwesen, zur Quellenkunde u. zur Geschichte. Festschr. für Hans Booms. – Boppard, 1989. – S. 130–141. – (Schriften des Bundesarchivs; 36).

(3) Vgl. dazu auch: Schmid, Gerhard: Die Verluste in den Beständen des ehemaligen Reichsarchivs im zweiten Weltkrieg. – In: Archivar und Historiker: Studien zur Archiv- u. Geschichtswiss. Zum 65. Geburtstag von Heinrich Otto Meisner. – Berlin, 1956. – S. 176–207. – (Schriftenreihe der Staatlichen Archivverwaltung; Nr. 7).

(4) Vgl.: Übersicht über die Bestände des Deutschen Zentralarchivs Potsdam. – Berlin, 1957. – (Schriftenreihe des Deutschen Zentralarchivs; 1).

(5) Vgl.: Ruppert, Karl: Heeresarchiv Potsdam 1936–1945. – In: Der Archivar. – Düsseldorf 3(1950)4. – Sp. 177–180.

(6) Bellée, Hans: Der Ausgang des Preußischen Geheimen Staatsarchivs. – In: Der Archivar 7(1954)1. – Sp. 23–30.

(7) Vgl.: Übersicht über die Bestände des Brandenburgischen Landeshauptarchivs Potsdam (Staatsarchiv Potsdam). – Bd. 1–2. – Weimar, 1964–1967. – (Insbes. Einl.) S. 1–14. – (Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs [Staatsarchiv Potsdam]; Bd. 4–5).

(8) Vgl.: Heßler, Wolfgang: Die Neuordnung der Urkunden des Deutschen Zentralarchivs in Merseburg. – In: AM 2(1952)1. – S. 9–11.

(9) Vgl.: Übersicht über die Bestände des Geheimen Staatsarchivs in Berlin-Dahlem. – T. 2. – Köln; Berlin [West], 1967. – S. 219.

(10) So u. a. in: ND 1989-04-21 (S. 1 u. 4); in der „Berliner Zeitung“, der „Tribüne“ und der „Jungen Welt“ vom 21. April, der „Neuen Zeit“, der „National-Zeitung“ und im „Morgen“ unter dem 22. und 23. April. – Die Westberliner „BZ“ und der „Tagesspiegel“ berichteten am 21. April, die „Frankfurter Allgemeine“ am 24. April 1989.

(11) Für die dabei erbrachten vorzüglichen Leistungen und anerkanntenswerten Resultate dankt das Staatsarchiv Potsdam den Mitarbeitern der Zentralstelle für Restaurierung Dresden.

(12) Die Provenienz des Registers wird aus der Tatsache deutlich, daß die Familie v. Arnim nach der Säkularisation des Klosters etwa 100 Jahre im Lehnbesitz seiner Güter gewesen ist und das Register zum Nachweis ihrer Besitzrechte angelegt wurde.

(13) Diese gelangten gleichfalls erst im Verlauf des o. g. Archivgutaustausches zwischen der DDR und der BRD im Jahre 1987 ins Staatsarchiv Potsdam.

(14) Vgl.: Riedel, Adolf Friedrich: Codex diplomaticus Brandenburgensis. – Berlin, 1838–1869. – Regesten der Markgrafen von Brandenburg aus askanischem Hause / bearb. von Hermann Krabbo u. Georg Winter. – Berlin-Dahlem, 1910–1955.

(15) Zum Inhalt der Dokumente vgl.: Enders, Lieselott; Beck, Friedrich: Zur Geschichte des Nonnenklosters in Prenzlau und seiner Überlieferung. – In: Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus. – Berlin 8(1984). – S. 158–190.

(16) Vgl. ebenda, S. 168–190.

(17) Vgl. dazu: Hebig, Dieter: Das „Manuscriptum Nawense“ im Staatsarchiv Potsdam – einer der ältesten Papiercodizes im Gebiet der feudalen deutschen Ostexpansion. – In: Jahrb. für Geschichte d. Feudalismus 9(1985). – S. 129–143.

Das Reichsarchiv in Potsdam, das Geheime Staatsarchiv in Berlin-Dahlem, das Brandenburgische Provinzialarchiv, das Staatsarchiv Breslau, das Ständearchiv der Niederlausitz und Stadtarchive aus der Mark Brandenburg verlagerten vor 1945 Bestände zum Schutz vor Kriegseinwirkungen. Nicht verlagerte Bestände wie die des Heeresarchivs in Potsdam wurden z. T. weitgehend vernichtet oder gingen verloren. Verf. beschreibt die Schicksale einiger solcher ehemals verlagerten Dokumente, die in den letzten Jahren auf verschiedenen Wegen in das zuständige Staatsarchiv Potsdam übergeführt werden konnten, und geht auf weitere Verluste ein. Abschließend zeigt er Möglichkeiten der Bestandsergänzung auf, die sich im Zusammenhang mit Restaurierungsarbeiten an Archivgut ergeben.

Anhang:

Übersicht über die im Zuständigkeitsbereich des Staatsarchivs Potsdam ermittelten Archivgutverluste infolge des zweiten Weltkrieges

Bearbeitet von Ilka Hebig

Die hauptsächlichsten Verluste traten 1945 durch den Magazinbrand im Geheimen Staatsarchiv Berlin-Dahlem ein. Die Verluste in den Auslagerungsorten waren gering und betreffen vor allem Urkunden. Die Übersicht über die Bestände des Geheimen Staatsarchivs zu Berlin-Dahlem, T. 3 (Hauptabt. X und XI) von Reinhardt Lüdicke, Leipzig 1939, enthält keine Angaben über den Umfang der Bestände. In der Übersicht über die Bestände des Geheimen Staatsarchivs in Berlin-Dahlem von 1966 (T. 1. Provinzial- und Lokalbehörden / bearb. von H. Branig, R. Bliß und W. Bliß) wird im Anhang versucht, anhand der erhaltenen Repertorien die Anzahl der verbrannten Bände eines Bestandes oder eine prozentuale Schätzung des Umfangs der teilweise verbrannten Bestände zu geben. Aus den genannten Gründen ist eine genauere Umfangsangabe dieser Kriegsverluste nicht möglich.

Durch den *Magazinbrand* traten folgende Verluste auf:
Pr. Br. Rep.

- 4 A Kammergericht Berlin (ca. 50%)
 - 4 B Neumärkische Regierung/Oberlandesgericht und Appellationsgericht Frankfurt/O. (ca. 50%)
 - 4 C Uckermärkisches Obergericht Prenzlau (68 Bde = 100%)
 - 5 A Kgl. Land- und Stadtgerichte (ca. 75%)
 - 5 B Kgl. Justizämter (ca. 95%)
 - 5 C Patrimonialgerichte (3108 Bde = 100%)
 - 5 D Kreisgerichte (ca. 95%)
 - 5 E Amtsgerichte (1735 Bde = 100%)
 - 5 F Straftaten der Staatsanwälte bei den Landgerichten (100%)
 - 6 A Ältere Kreisbehörden (ca. 95%)
 - 6 B Landratsämter (ca. 5%)
 - 6 C Kreisausschüsse (ca. 95%)
 - 11 Verschiedene Korporationen (1289 Bde = 100%)
 - 12 Hofbaubehörden (416 Bde = 100%)
 - 12 A Landgerichte (vgl. Rep. 5 A, ca. 95%)
 - 14 A – B Berg- und Hüttenämter (215 Bde = 100%)
 - 14 A – 15 D ältere Forstbehörden (1328 Bde)
 - 17 A Landvogtei der Niederlausitz
 - 17 B Oberamtsgericht der Niederlausitz, Teilbestand (610 Bde)
 - 17 C Landeshauptmannschaft der Niederlausitz
 - 17 D Landgericht der Niederlausitz
 - 18 Schweizer Oberdirektorium (2011 Bde = 100%)
 - 21 Sächsische Oberbehörden der Niederlausitz, Teilbestand (320 Bde)
 - 22 Seidenbauinspektion Potsdam (59 Bde = 100%)
 - 26 ältere Akzise- und Zollbehörden
 - 26 D Gewerbeamt/Direktion für Verwaltung der direkten Steuer in Berlin (1109 Bde = 100%)
 - 27 Hochbau- & Wasserstraßenämter, Teilbestände
 - 28 Deichverbände (vgl. Rep. 27)
 - 29 Gefängnis- & Strafanstalten, Teilbestände (456 Bde)
 - 30 Polizeipräsidium Potsdam, Teilbestand (1066 Bde)
Polizeipräsidium Berlin (5%)
 - 31 Bezirksausschüsse, Teilbestände
 - 33 Kurmärkisches & Neumärkisches Amtskirchenrevenueamt, Teilbestand (160 Bde)
 - 34 Provinzialschulkollegium (ca. 10%)
 - 35 Akten nichtmärkischer Provinzialbehörden (284 Bde)
 - 37 Adlige Herrschaften & Güter, Teilbestände (ca. 75%)
 - 39 Katasterämter, kleiner Teilbestand (413 Bde)
 - 40 A Kurmärkisches Konsistorium, Teilbestand (ca. 75%)
 - 40 B Neumärkisches Konsistorium (ca. 5%)
 - 40 C Niederlausitzer Konsistorium, Teilbestand, enth. in Rep. 40 B
 - 40 Konsistorien Forst, Halle, Sonnenwalde, Sorau, Wittenberg (610 Bde)
 - 41 Amtsbezirke, Teilbestände (ca. 95%)
 - 42 Bau- & Finanzdirektion Berlin, Teilbestand
 - 42 A Kgl. Mühlenadministration zu Berlin (830 Bde)
 - 43 Gewerbeaufsichtsämter, Teilbestand
 - 45 Collegium medicum zu Küstrin (531 Bde)
 - 46 Kirchenbuchduplikate & Personenstandsregister (vgl. Rep. 5 D, 1 210 Bde)
 - 47 Notariatsarchive, Teilbestand (vgl. Rep. 5 L)
 - 48 Eisenbahnbehörden
 - 49 Reformierte Prediger- & Schullehrerwitwenkasse
 - 50 Hochschulen, Teilbestände
 - 51 Handwerks- & Gewerbekammern, Teilbestände.
- Alle Angaben beziehen sich auf die 1945 im GSTA verwahrten Bestände und Teilbestände. Bei vielen konnten nach 1945 noch Akten aus den Registraturen ins Staatsarchiv Potsdam übernommen werden.

Verwaltungsarchive und Registraturen bilden einen zweiten Schwerpunkt der Kriegsverluste. Genaue Mengenangaben und Vollständigkeit in der Übersicht sind nicht zu erreichen. Hilfsmittel waren hier: die Übersicht über die Bestände des Brandenburgischen Landeshauptarchivs (Staatsarchiv Potsdam), 2 Teile, Weimar 1964 bzw. 1967, ferner Beständeakten und ein Inventar des GSTA („Die Gutsarchive der Provinz Mark Brandenburg“ nach dem Stande von 1939/1940).

Folgende Verluste ließen sich ermitteln:

Pr. Br. Rep.

- 1 Oberpräsidium (ab 1918, Registraturverluste 1945)
- 3 Regierung Frankfurt (Registraturverluste 1945)
- 7 A Staatliche Domänenfiskalische & Patronatsvertreter (Registraturverluste)
- 8 Städte Calau (Urkunden), Lychen, Müncheberg, Storkow erlitten Teilverluste
- 12 A Landgericht Guben (in Registratur verbrannt)
- 24 Generalkommission/Landeskulturamt (z. T. Registraturverluste)
- 30 Polizeipräsidium Potsdam (ab 1910, in Registratur verloren)
- 32 Kreisschulinspektionen, Kreisschulräte, Ortsschulinspektionen, Seminare & Lehrerbildungsanstalten (Teilverluste in Registraturen)

- 34 Provinzialschulkollegium, Teilregistratur Alte & höhere Schulen bis 1930, Lehrerbildungsinstitute bis 1942 (verloren beim Stadtkommissar/Stadtpäsidenten von Berlin 1945)
- 35 Staatspolizeileitstellen (bis auf Splitter in Registraturen vernichtet)
- 37 Adlige Herrschaften & Güter (vermißt bzw. Teilbestände vernichtet): Baruth (Kr. Zossen) und Greiffenberg (Kr. Angermünde), die Güter Hohenfinow (Kr. Eberswalde) und Meyenburg (Kr. Pritzwalk), die Herrschaften Friedland (Kr. Beeskow), Putlitz (Kr. Pritzwalk), Ruppín (Kr. Ruppín), Sonnenwalde (Kr. Finsterwalde), Wiesenburg (Kr. Belzig) und Zossen (Kr. Zossen).
- 40 D Konsistorium der Provinz Brandenburg (Verlust im Archiv des Ev. Konsistoriums der Mark Brandenburg)
- 43 Gewerbeaufsichtsämter (Verluste in Registraturen)
- 45 Medizinalbehörden (Registraturverluste)
- 48 Reichsbahndirektion Osten in Frankfurt/O. (Registraturverluste)
- 55 Provinzialverband (große Verluste in Registratur)
- 57 B Neubauleitung Berlin (v. a. Planungsunterlagen in Registraturen vernichtet)
- 61 NSDAP und Gliederungen (bis auf Splitter in Registratur vernichtet)
- 70 Industrie- & Handelskammern (zum großen Teil in Registraturen vernichtet)

In den *Auslagerungsorten* konzentrieren sich die Verluste auf Urkundenbestände.

Pr. Br. Rep.

- 10 A Hochstift Brandenburg (2 Urkunden), Hochstift und Domkapitel Lebus (23)
- 10 B Prämonstratenserkloster Brandenburg (1), Zisterzienserkloster Alt-Friedland (5), Chorin (17), Lehnin (38), Seehausen (10) Zehdenick (3) und Karthäuserkloster Frankfurt (4).

Dazu kommen Urkundenverluste in Beständen der Städte, Herrschaften und des Johanniterordens im Umfang von 169 Urkunden.

Im *Heeresarchiv* ist der dorthin vom GSTA abgegebene Teilbestand Direktorium/Innere Verwaltung des Potsdamschen Großen Waisenhauses (Pr. Br. Rep. 32 F) 1945 verbrannt.

Zu den Kriegsverlusten des Staatsarchivs Dresden

Manfred Leukert und Regina Malek

Erstmals werden an dieser Stelle die durch den zweiten Weltkrieg im Staatsarchiv Dresden eingetretenen Archivalienverluste thematisiert, ohne daß damit Vollständigkeit angestrebt wird. Behaftet mit den Schwierigkeiten allen Beginns, soll in einer selektiv-quantitativen Betrachtung der Blick für ein erst noch zu bearbeitendes Feld geöffnet werden.

Die Kriegsverluste des damaligen Sächsischen Hauptstaatsarchivs (HStA) lassen sich auf seine Ausweichstellen lokalisieren. Sicherheitserwägungen führten zwischen 1943 und 1945 zur Auslagerung wertvollsten Archivgutes. In den vom HStA unterhaltenen 36 Ausweichstellen sind durch Kriegseinwirkungen zum Teil erhebliche Verluste eingetreten. Dagegen haben die im HStA verbliebenen Bestände den Krieg und damit auch die verheerenden Luftangriffe auf Dresden am 13. und 14. Februar 1945 unversehrt überstanden. Diese überaus erfreuliche Tatsache gründet sich wesentlich in der bautechnischen Solidität des Magazinebäudes wie in der aufopferungsvollen Einsatzbereitschaft der dem Archiv damals noch verbliebenen Mitarbeiter. Gewiß handelt es sich dabei auch um einen außergewöhnlichen Glücksumstand, denn auch ein allen Sicherheitsanforderungen genügender Archivzweckbau übersteht ein Inferno wie das vom Februar 1945 in Dresden nicht zwangsläufig nahezu schadlos.

Nach dieser Vorbemerkung können wir den Terminus Kriegsverluste folgendermaßen definieren: Mit „Kriegsverlust“ werden solche Archivalien bezeichnet, die zum Bestand des HStA gehört haben, in Ausweichstellen deponiert waren und von dort nicht zurückgekehrt sind.

Bei den im 19. Jh. in einer einheitlichen chronologischen Reihe geordneten Siegelurkunden kam es in 15 verschiedenen Ausweichstellen zu Verlusten unterschiedlichen Umfangs. Gravierende Einbußen sind in den Schlössern Rochlitz (521 Stück der Jahre 1241–1364 und 1402–1421) und Bieberstein, Kreis Freiberg (340 Stück der Jahre 1539–1546) sowie im ehemaligen Herrenhaus Gersdorf, Kreis Dö-

beln (313 Stück der Jahre 1611–1627) eingetreten. Davon sind fast alle Bestände der älteren weltlichen und geistlichen Feudalen im Zuständigkeitsbereich betroffen. Die Verluste an den übrigen Auslagerungsorten sind vergleichsweise geringer. Am schwersten wiegt der Verlust von 191 Urkunden aus der Zeit von 1241 bis 1300, darunter Inedita, von elf Kaiserurkunden Ludwigs des Bayern für Markgraf Friedrich II. von Meißen 1329–1331 sowie der Urkunden Kaiser Karls V. und König Ferdinands I. für sächsische Empfänger aus den Jahren 1521 und 1540–1546. Insgesamt fehlen nach bisherigen Feststellungen über 1 500 Urkunden.

Aus dem Bestand Geheimes Kabinett sind im Schloß Bischheim, Kreis Kamenz, 13 Locate (Vocationes betr.) verbrannt. Erhebliche Kriegsverluste müssen in den Kommerziensachen aus der Registratur des Departements des Innern konstatiert werden: Von den 217 in Gersdorf eingelagerten Aktenfächern konnten nach Kriegsende lediglich 13 Akteneinheiten nach Dresden zurückgeführt werden.

Insgesamt gingen aus dem Bestand Geheimes Kabinett etwa 410 Locate mit rund 2 500 Aktenstücken durch Kriegseinwirkungen verloren. Dem Schloßbrand in Bischheim fielen neben den oben bereits ausgewiesenen noch ca. 800 weitere Akteneinheiten aus dem Bestand Ministerium des Innern zum Opfer. Sie gehörten zu den Sektionen XIII–XVI, die hauptsächlich wirtschaftshistorische Sachverhalte betreffen. Zu den größten Ausweichstellen des Archivs zählte das Schloß Schieritz, Kreis Meißen. Nach Abschluß der sich über fast drei Jahre erstreckenden Rückführung des ausgelagerten Archivgutes waren tiefgreifende Verluste festzustellen. Es fehlten u. a. 208 Bände nahezu aller Gruppen des Oberhofmarschallamtes sowie 17 Landtagsakten (1546–1677). Aus der bei der Ordnung und Verzeichnung des „Geheimen Archivs“ durch Reinhardt gebildeten Sammlung von Urkunden- und Vertragsabschriften (Bestand: Diplomatarien und Abschriften, 159 Bde) gingen 19 Bände völlig verloren. Unter den 73 Kapseln dieses Bestandes gibt es keine, deren Inhalt nicht von Verlusten betroffen ist. Von den 112 Bänden „Archivalische Ausarbeitungen“ (1702–1848) stehen noch 56 an ihrem angestammten Platz.

Nur lückenhaft zurückgekehrt sind die 251 für die Dauer des Krieges in Schieritz gewesenen Aktenfächer des Bestandes Kammerkollegium/Geheimes Finanzkollegium. Eine präzise Auflistung der Kriegsverluste dieses wie der Locat-Bestände überhaupt ist noch immer ein Desiderat und muß künftiger Zeit vorbehalten bleiben.

Als besonders tragisch stellt sich schließlich das Schicksal der Leonhardtschen Villa in Dresden, Tiergartenstraße 40 dar. Am 15. 1. 1945 wurde diese Ausweichstelle gemeinsam vom Stadt- und Hauptstaatsarchiv bezogen. Die ins Erdgeschoß des Hauses verbrachten Archivalien lagen dort keinen Monat, als das Grundstück in der Nacht vom 13. zum 14. Februar durch einen Bombentreffer völlig zerstört wurde. Zu den in der Tiergartenstraße eingetretenen Kriegsverlusten zählen ca. 2 750 Personalakten der Sächsischen Staatstheater (1850–1900), ca. 1 000 Akten der Generaldirektion der Königlichen Sammlungen, 85 Kopiale in Jagd- und Forstsachen (1701–1744), 32 Kopiale in Floßsachen (1701–1744), 36 Repertorien zu dem Spezialinventar „Adelige Geschlechter“, 25 Bände eines Ortsverzeichnisses zu den Originalurkunden sowie diverses Bibliotheks- und Sammlungsgut. Einen unwiederbringlichen Verlust stellen die in der Tiergartenstraße vernichteten 51 Bände der sogenannten Cramarschen Extrakte dar. Hierbei handelte es sich um ein Ortsnamenregister zu den 1329 überlieferten Kopialbüchern.

Über jeden Zweifel erhaben ist der vielfache Nutzen eines Kataloges, der sämtliche Kriegsverluste aufnimmt und sie sachlich bewertet. Ein solches Unternehmen ist nur in langwieriger, subtiler Arbeit zu einem befriedigenden Ende zu führen. Möge der vorliegende Beitrag ein erster Schritt in diese Richtung sein.

Berichte

Übernahme von Archivgut aus der UdSSR

Im Dezember 1988 erhielt das Militärarchiv der DDR aus der UdSSR ca. 40 t deutsches Archivgut militärischer Provenienz. Das Archivgut beinhaltet Marineakten sowie Akten der preußischen Armee. Bei den Materialien handelt es sich um einen umfangreichen Teilbestand des Hauptamtes Kriegsschiffbau beim Oberkommando der Kriegsmarine einschließlich dessen Vorgänger. Die Dokumente wurden wahrscheinlich 1945 durch die Rote Armee in Berlin sichergestellt und zur Auswertung in die UdSSR verbracht.

In den Monaten Januar bis Mai 1989 erfolgte eine einfache Erschließung des Großbestandes Marineakten durch eine Arbeitsgruppe. Ausgehend von der Tektonik des Militärarchivs der DDR wurde das Archivgut auf die Bestands-hauptgruppen wie folgt aufgeteilt:

Reichsmarineamt, Konstruktionsabteilung (1877-1919)	1 528 AE
Reichswehr, Marineleitung, Marine-Konstruktionsamt (1919-1935)	1 500 AE
OKM, Hauptamt Kriegsschiffbau (1935-1945)	21 000 AE
OKM, verschiedene Strukturteile (1935-1945)	100 AE

Für die archivische Sammlung wurden 350 Vorschriften, 15 amtliche militärische Druckschriften und 40 Karten verzeichnet.

Die übernommenen Dokumente besitzen einen erheblichen historischen Wert. Sie spiegeln die Entwicklung des deutschen Kriegsschiffbaues für den Zeitraum von 1877-1945 wider und gestatten tiefgründige Forschungen zu dessen Geschichte. Der Bestand ist komplex. Die übernommenen Akten verkörpern die gesamte Breite des deutschen Kriegsschiffbaues. Schlachtschiffe, Kreuzer, Zerstörer, U-Boote, Minenschiffe u. a. m. – kurz gesagt, nahezu alle Schiffsklassen sowie die einzelnen Schiffe sind dokumentiert.

Am umfangreichsten sind Materialien über U-Boote aller Typen (VII, IX, XXI u. a.) überliefert. Auch Schlachtschiffe und Kreuzer sind reichlich mit Quellen belegt. Von besonderem Wert sind die Bauvorschriften für Großkampfschiffe, Werksverträge, Unterlagen über die Entwicklung neuer Waffen (z. B. Ein-Mann-U-Boote) sowie Fotos über die Baustadien der Kriegsschiffe. Die Masse des Archivgutes besteht aus Bauvorschriften für den Schiffskörper sowie für Maschinen-, Kessel-, Pumpen- und E-Anlagen, Bedienungsanleitungen, Gerätebeschreibungen, Erprobungsberichten, Schiffsbüchern, Skizzenbüchern, Fotos und Konstruktionsplänen. Die im Bestand vorgefundenen 100 Betreffsaktien anderer Strukturteile des Oberkommandos der Kriegsmarine (Seekriegsleitung, Kriegsmarine-Wehr, Kriegsmarine-Rüstung) belegen vor allem administrative Vorgänge bei der Durchführung des Kriegsschiffbaues. Die in die archivische Sammlung aufgenommenen Vorschriften trugen wesentlich zur Komplettierung des Bestandes der M.Dv. im Militärarchiv der DDR bei. Die übernommenen amtlichen militärischen Druckschriften beinhalten vor allem Marineverordnungsblätter (1879-1944), Laufende Befehle für den Bereich OKM (1939-1944) und „Materialien für die Konstruktion von Kriegsschiffen“ (1925-1944).

Das übernommene Archivgut befindet sich in einem guten physischen Zustand. Der praktische Wert der Dokumente dürfte weitgehend erloschen sein. Ab September 1989 stehen die Marineakten im Militärarchiv der DDR für die Benutzung zur Verfügung.

Neben den Marineakten erhielt das Militärarchiv der DDR mit dem gleichen Transport 3441 Akteneinheiten vorwiegend preußischer Provenienz. Die Akten umfassen den Zeitraum von 1716 bis 1921. Einige wenige Dokumente reichen darüber hinaus. Der Bestand stammt ohne Zweifel aus dem ehemaligen Heeresarchiv Potsdam. Die Dokumente überlebten offensichtlich den anglo-amerikanischen Bombenangriff am 14. April 1945 auf Potsdam und wurden nach dem 8. Mai 1945 durch die Rote Armee in die UdSSR gebracht.

Im Militärarchiv der DDR wurden die preußischen Akten im gleichen Zeitraum wie die Marineakten durch eine spezielle Arbeitsgruppe erschlossen. Es handelt sich u. a. um folgende Bestände:

Generalstab und Nachgeordnete	1 018 AE (1716-1919)
Höhere Kommandobehörden (Armeeoberkommandos, Generalkommandos, Intendanturen u. a.)	396 AE (1801-1933)
Divisionen, Brigaden, Regimenter, Einheiten	199 AE (1778-1921)
Kriegsministerium und Nachgeordnete	33 AE (1769-1923)
Militärkabinett	9 AE (1819-1919)
Sonstige Dienststellen	12 AE (1870-1920)

Neben den preußischen Akten enthielten die Materialien 21 AE der Bestands-hauptgruppe Reichswehr, die überwiegend dem Bestand Reichswehrministerium zugeordnet wurden. Die Bestandshauptgruppe Wehrmacht wurde mit 32 Akteneinheiten ergänzt, wovon 10 Akten dem Bestand Heeresarchiv Potsdam und 11 Akten dem Bestand der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres zugeführt wurden. Die Abteilung Nachlässe des Militärarchivs der DDR erhielt einzelne Akten bzw. Nachlaßsplitter des Obersten der preußischen Armee Graf v. Goetzen, des Generals der Artillerie v. Lauter und des Präsidenten der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres, Prof. W. Foerster.

Der Wert der übernommenen Bestände, insbesondere der preußischen, wird als sehr hoch eingeschätzt. An erster Stelle sind 634 Akten zu nennen, die zum Bestand des Kriegsarchivs des Großen Generalstabes gehören und der historischen Forschung bisher nicht ausgewertete Quellen zum Nationalen Unabhängigkeitskrieg 1813-1815 präsentieren. Von bedeutendem Wert sind auch Akten zu den Schlesischen Kriegen sowie zum 7jährigen Krieg. Auch die 33 Akten des preußischen Kriegsministeriums dürften für die Militärgeschichtsschreibung von Bedeutung sein. Besonders hervorzuheben sind 379 Akten des Generalstabes, mit Großem Generalstab, Chef des Generalstabes des Feldheeres, OHL, Eisenbahnabteilung, Operationsabteilung sowie weiteren Strukturteilen. Insbesondere die 76 Akten der Abteilung IIIb im Generalstab, verantwortlich für die Auswertung und Sammlung von Nachrichten, sind sehr aussagekräftig. Der preußische Bestand beinhaltet auch 1573 Personalakten, die für spezielle Recherchen Bedeutung haben können. Außerdem enthielten die Materialien aus der UdSSR Sammlungsgut. Die übernommenen Akten stehen ab sofort für die Benützung zur Verfügung.

Wolfram Schmidt

Expertenberatung der Archivverwaltungen der sozialistischen Länder über Erfahrungen bei der Optimierung der Staatlichen Archivfonds

Am 27./28. Juni 1989 fand in Moskau eine Expertenberatung der Archivverwaltungen der sozialistischen Länder über Erfahrungen bei der Optimierung der Staatlichen Archivfonds statt. An ihr nahmen Vertreter der Archivverwaltungen der VR Bulgarien, der DDR, der VR Polen, der SR Rumänien, der Slowakischen Sozialistischen Republik, der Tschechischen Sozialistischen Republik, der UdSSR, der VR Ungarn und der SR Vietnam teil.

Die Beratung wurde vom Leiter der Archivhauptverwaltung beim Ministerrat der UdSSR, F. M. VAGANOV eröffnet. Er verwies auf die herausragende Bedeutung, die der Problematik der Optimierung der Staatlichen Archivfonds in allen sozialistischen Ländern für die weitere Entwicklung des Archivwesens zukommt. Dies zeigten auch die Ergebnisse einer Umfrage, die in Vorbereitung der Beratung von der gastgebenden Archivhauptverwaltung der UdSSR durchgeführt und ausgewertet worden war.

Die Diskussionsleitung oblag dem Stellvertreter des Leiters der Archivhauptverwaltung der UdSSR, Ü. G. TURIŠEV. In ihren Referaten bzw. Diskussionsbeiträgen berichteten die Vertreter aller Länder über Entwicklung, Stand und aktuelle Probleme der Optimierung ihrer Staatlichen Archivfonds. Dabei stellte sich heraus, daß die Bewertung von Altbeständen als Möglichkeit der Optimierung des Staatlichen Archivfonds zunehmend zurücktritt und nur noch in wenigen Ländern eine nennenswerte Rolle spielt. Das Schwergewicht liegt eindeutig im Bereich der Bestandsergänzung und der damit verbundenen Bewertungsprobleme. Daher standen im Mittelpunkt des Erfahrungsaustausches Fragen der Registraturbildnerbewertung, der Schriftgutbewertung und der Ermittlung des Archivgutes sowie der Schriftgutverwaltung. Weitgehende Übereinstimmung in theoretischen Auffassungen und methodischen Fragen wurden ebenso festgestellt wie Besonderheiten entsprechend den speziellen Bedingungen in den einzelnen Ländern. Als aktuelle Probleme, die gleichermaßen in allen Ländern diskutiert und untersucht werden, kristallisierten sich die Bewertung von Personalakten und anderer personenbezogener Dokumentationen sowie die Erwerbung von Nachlässen heraus, während die Bewertung maschinenlesbarer Datenträger erst in wenigen Ländern als akutes Problem angesehen wird.

Die Bedeutung von Bewertungskommissionen (meist als Expertenkommissionen bezeichnet) zur kollektiven Beratung von Bewertungsproblemen wurde von allen Vertretern hoch eingeschätzt. Auch die Weiterentwicklung des Bewertungsinstrumentariums wird in allen beteiligten Ländern betrieben. Die Anwendung der Mikroelektronik zur Erhöhung der Effektivität von Bewertung und Bestandsergänzung steht in den meisten Ländern noch am Anfang. Hier stießen die vergleichsweise fortgeschrittenen Erfahrungen der DDR auf großes Interesse.

Probleme bereitet in allen Ländern die Schriftgutverwaltung. Trotz teilweise großen Engagements der Archivverwaltungen auf diesem Gebiet ist ein Durchbruch nirgends erkennbar. Das in der Regel niedrige Niveau der Schriftgutverwaltung hat Auswirkungen auf die Erfassung und Sicherung des Archivgutes, auf die Effektivität von Bewertung und Bestandsergänzung und auf die Wirksamkeit des Bewertungssystems.

Die Teilnehmer der Expertenberatung verständigten sich auf drei Hauptwege zur Optimierung ihrer Staatlichen Archivfonds:

- Bestimmung eines optimalen Umfangs der Nomenklaturen der Registraturbildner der Wertkategorie I und des potentiellen Archivgutes auf wissenschaftlicher Grundlage, auch unter Anwendung von Auswahlmethoden aus anderen Wissenschaftsdisziplinen, z. B. der Statistik, Soziologie und Demographie;
- weitere Vervollkommnung der wissenschaftlich-theoretischen Methoden und methodischen Hilfsmittel zur Bewertung und Bestandsergänzung auf der Grundlage eines komplexen Herangehens an die Bewertung der verschiedenen Dokumentenkategorien;
- Lösung der Optimierungsproblematik in engem Zusammenhang mit anderen Aufgabengebieten des Archivwesens sowie mit der Vervollkommnung der Archivorganisation.

Abschließend wurde übereinstimmend die Nützlichkeit des direkten Erfahrungsaustausches hervorgehoben. Deshalb vereinbarten die Teilnehmer der Beratung die Erweiterung und Anreicherung der Formen der Zusammenarbeit einschließlich der Realisierung gemeinsamer Forschungsvorhaben und gemeinsamer Publikationen zu aktuellen Problemen der Bewertung und Bestandsergänzung.

Dieter Hebig

IX. Konferenz der Leiter der Zentralen Parteiarchive sozialistischer Länder

Auf Einladung des Instituts für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED tagte in der Zeit vom 25. bis 27. April 1989 die XI. Konferenz der Leiter und Vertreter der Zentralen Parteiarchive sozialistischer Länder in Berlin. An ihr nahmen Delegationen von acht Bruderparteien aus der VR Bulgarien, der ČSSR, der DDR, der Mongolischen VR, der VR Polen, der Ungarischen VR, der UdSSR und der SR Vietnam teil. Die Konferenzteilnehmer begrüßten als Gäste in ihrer Mitte Dr. T. Fischer, stellvertretender Leiter des Büros des Politbüros beim Zentralkomitee der SED, und Oberarchivrat Roland Leipold, Leiter der Staatlichen Archivverwaltung. Auf der Tagesordnung der Konferenz standen zwei Themen:

1. Die Rolle der Parteiarchive zur Unterstützung der Forschungen zur Parteilgeschichte und zur Geschichte der Arbeiterbewegung;
2. Die Anwendung neuer Technik in den Parteiarchiven zur Erhöhung der Effektivität der Arbeit.

Oberarchivrat Prof. Dr. sc. H. VOSSKE, Leiter des Zentralen Parteiarchivs am IML beim ZK der SED, begrüßte die anwesenden Delegationen und machte den hohen Stellenwert der Erforschung und Darstellung der Geschichte der marxistisch-leninistischen Partei in der sozialistischen Gesellschaft deutlich. Die führende Rolle der Partei muß durch aussagekräftige Archivalien dokumentiert werden, deren Sicherung und Aufbereitung für den Parteiarchivar eine politisch erstrangige Aufgabe darstellt.

OAR Prof. Dr. sc. H. VOSSKE referierte zum ersten Tagesordnungspunkt. Er verwies darauf, daß die Bedeutung der Archive für die Unterstützung der wissenschaftlichen Forschung, Geschichtspromaganda und revolutionären Traditionspflege weiter zugenommen hat. Den größer und komplizierter gewordenen Anforderungen hinsichtlich der bereitzustellenden Dokumente müssen die Parteiarchive der SED gerecht werden, damit die Parteilhistoriker möglichst alle Seiten des Geschichtsprozesses erfassen und sie für die politisch-ideologische Arbeit der Partei wirksamer nutzen können. Immer neue Felder der parteigeschichtlichen Forschung wurden in den letzten Jahren auf breiter Basis erschlossen, u. a. die Entwicklung der Volkswirtschaft, die Sozialpolitik, die Traditionen der Arbeiterbewegung im Friedenskampf, die Entwicklung des Alltags der Werktätigen sowie biographischen Darstellungen. Wesentlich zugenommen hat die Benutzung zum antifaschistischen Widerstandskampf, besonders auf regionaler Ebene. In dem Bestreben, die Anforderungen der heutigen und künftigen Jahre an die Quellenauswertung zu bewältigen, stützen sich die Parteiarchive der SED auf Erfahrungen und Traditionen, die in einem langen Prozeß des Aufbaus und der Entwicklung des Archivwesens der deutschen Arbeiterbewegung entstanden sind. Die Rolle der Parteiarchive zur Unterstützung der Forschungen zur Parteilgeschichte und zur Geschichte der Arbeiterbewegung ist in den Beschlüssen des Politbüros und des Sekretariats des Zentralkomitees der SED eindeutig festgelegt worden. Der Referent ging in diesem Zusammenhang auf inhaltliche Schwerpunkte der neuen Archiv- und Benützungordnung für das Zentrale Parteiarchiv ein. So wird es für die Benutzung der Archivbestände auch künftig kein Grenzjahr geben. Hervorgehoben wurden weiterhin die vielfältigen Formen und Möglichkeiten der Parteiarchive für die Popularisierung der Parteilgeschichte und die Unterstützung ihrer umfassenden Erforschung. Als wesentliche Voraussetzung dafür bezeichnete der Redner die schnelle und qualitätsgerechte Erschließung der Bestände, die effektive Nutzung des wissenschaftlich-technischen Ausrüstungsapparates sowie die politische und fachliche Qualifizierung der Mitarbeiter. Prof. Dr. Voßke sprach sich abschließend für die Intensivierung des Informations- und Erfahrungsaustausches zwischen den Parteiarchiven auf bilateraler und multilateraler Ebene aus, vor allem in Bezug auf die Information über relevante Archivbestände zur Geschichte der Arbeiterbewegung des jeweiligen Landes, den Austausch von Dokumentenkopien sowie in Hinblick auf die Benutzung der Archivbestände.

Das zweite Hauptreferat hielt L. HORNBOGEN, stellvertretender Leiter des Zentralen Parteiarchivs am IML beim Zentralkomitee der SED. Er ging zunächst auf einige Grundsätze für die Anwendung neuer Technik in den Parteiarchiven der SED ein. Als entscheidenden Faktor für den Einsatz der Technik hob er die günstige Gestaltung des Verhältnisses von Aufwand und Ergebnis hervor. Die zum Teil beträchtlichen materiellen und finanziellen Aufwendungen für die Anschaffung der Technik müssen zu einem entscheidenden Rationalisierungseffekt führen. Der Referent vermittelte im weiteren praktische Erfahrungen im Umgang mit den zur Verfügung stehenden technischen Einrichtungen in den verschiedenen Arbeitsbereichen, vor allem innerhalb des Zentralen Parteiarchivs. Die Anwendung der Mikrorechenstechnik im Parteiarchivwesen der SED wurde in den weiteren Ausführungen behandelt. Verdeutlicht wurden vor allem konzeptionelle Vorstellungen für die rechnergestützte Archivarbeit sowie erste

praktische Ergebnisse bei der Erschließungs- und Recherchetätigkeit. Die Erfüllung der Aufgaben des Zentralen Parteiarchivs werden wesentlich durch die technischen Werkstätten des IML unterstützt. Diese Bereiche informieren über technische Neuerungen auf dem jeweils spezifischen Gebiet und die damit verbundenen erweiterten Möglichkeiten für die Lösung archivarischer Aufgaben. Zum Schluß seiner Ausführungen nannte der Referent als wesentliche Gesichtspunkte für die künftige Nutzung moderner Technik u. a. eine wohlgedachte Planung als Gewähr für die kontinuierliche Erneuerung technischer Arbeitsmittel und die Forcierung der Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter für deren Handhabung.

Die Diskussion zu beiden Hauptreferaten verlief in einer sehr aufgeschlossenen und auf die konkrete Situation des jeweiligen Archivs zugeschnittenen Form. Daran beteiligten sich die Vertreter aller Delegationen. Zu den grundlegenden Fragen der Archivarbeit, die auf der Konferenz behandelt wurden, traten einheitliche Auffassungen zutage.

O.A.R. LEIPOLD hob in seiner Ansprache die enge, vertrauensvolle und ergebnisreiche Zusammenarbeit zwischen dem staatlichen Archivwesen der DDR und dem Parteiarchivwesen der SED hervor. Als Hauptgegenstand der gemeinsamen Arbeit bezeichnete er die Weiterentwicklung der marxistisch-leninistischen Archivwissenschaft. In der archivischen Praxis sowie bei der Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung gibt es vielfältige Konsultationen zwischen staatlichen Archiven und Parteiarchiven auf zentraler und regionaler Ebene.

In seinem Schlußwort dankte O.A.R. Prof. Dr. H. VOSSKE den Konferenzteilnehmern für die konstruktive, tiefgründige Behandlung der diskutierten Problemkreise. Darin widerspiegelt sich das hohe Verantwortungsbewußtsein der Parteiarchivare gegenüber aktuell-politischen und historischen Fragen. Das Ziel der Konferenz, den intensiven Erfahrungsaustausch zu führen, konnte somit erreicht werden.

Die Delegation der Bulgarischen Kommunistischen Partei schlug vor, die nächste Konferenz der Leiter der Zentralen Parteiarchive 1991 in ihrem Land durchzuführen. Für die Tagesordnung wurden folgende Empfehlungen unterbreitet:

1. Neue Erfahrungen und Probleme bei der Anwendung der Mikrorechen-technik in den Parteiarchiven;
2. Erfahrungen aus der Zusammenarbeit zwischen dem Parteiarchivwesen und dem staatlichen Archivwesen;
3. Fragen der wissenschaftlich-methodischen Anleitung der Bezirksparteiarchive durch das Zentrale Parteiarchiv.

Lothar Hornbogen

VIII. Historiker-Kongreß der DDR (Forts. aus H. 3/89)

Podiumsdiskussion:

Erbe- und Traditionsverständnis der Geschichtswissenschaft der DDR – Bilanz und Perspektiven einer Diskussion

Leitung: Prof. Dr. T. Bütner

Die lebhafteste Resonanz der Veranstaltung entsprach dem großen Interesse, das dieses Thema seit Jahren in der Öffentlichkeit findet. Kaum ein anderes Thema ist über den Kreis der Historiker hinaus intensiver und engagierter diskutiert worden als Inhalt und Bedeutung von Erbe und Tradition in der sozialistischen Gesellschaft der DDR(1). Diese Diskussion habe unsere Geschichtswissenschaft insgesamt attraktiver gemacht, stellte Prof. Dr. W. SCHMIDT (Berlin) einführend fest. Das Ganzheitliche des historischen Prozesses sei in all seiner Vielfalt stärker ins Bewußtsein gerückt, seine Widersprüchlichkeit offener reflektiert worden.

In der Veranstaltung, für die vorsorglich der Kuppelsaal der Kongreßhalle reserviert worden war, ging es um das Sichtbarmachen des gegenwärtigen Stands und der noch offenen bzw. strittigen Probleme der Erbediskussion, vor allem aber um die theoretisch-methodologische Verständigung über eine praktikable Begrifflichkeit.

Dazu referierten Prof. Dr. W. Schmidt (zum Grundsätzlichen), Prof. Dr. J. Herrmann (Alte Geschichte), Prof. Dr. E. Engel (Mittelalter), Prof. Dr. W. Wimmer (Weimarer Republik) und Prof. Dr. R. Badstübner (Geschichte der DDR) ihre Standpunkte.

Prof. Dr. W. SCHMIDT (Berlin) nannte zwei Fragen, die im Gespräch bleiben sollten. Das ist, erstens, das Begriffspaar Erbe und Tradition. Er hielt eine Unterscheidung zwar für unverzichtbar, wandte sich aber gegen deren Schablonisierung. Zweitens: der Traditionsbegriff, der ihm im Ergebnis der bisherigen Diskussion als „positiv aufgeladen“ erscheine und die negativen Traditionen verblasen ließ. Schmidt wandte sich ebenso gegen die häufige Gleichsetzung von Erbe und Geschichte; Erbe integriere den „Prozeß des Erbens“.

Prof. Dr. J. HERRMANN (Berlin) brachte von seinem anderen Ausgangspunkt die Begriffe des Weiterbes und des historisch-kulturellen Erbes kontrovers in die Diskussion ein. Als Ausdrucksform zurückliegender Entwicklung habe historisch-kulturelles Erbe eigenständigen Charakter. „Wie unterschiedlich die Standpunkte zum Wesen des Erbes auch sind: der aktive Bezug, die kritische Aneignung und Verarbeitung bestimmen das Verhältnis zum Erbe.“ Er wollte

als dritten Begriff zum Begriffspaar Erbe und Tradition den der Rezeption betont wissen. Zur Definition des historisch-kulturellen Erbes und zu den „vier großen Bahnen der aktiven Erbe-Nutzung und Erbe-Aneignung“ sei hier der Kürze halber auf Hermanns Aufsatz in dem Band „Erbe und Tradition in der DDR“ (2) verwiesen.

Prof. Dr. E. ENGEL (Berlin) polemisierte gegen die immer noch nicht abgenutzte Metapher vom „finsternen Mittelalter“ im Umgang mit diesem Abschnitt deutscher Geschichte. Angesichts der bedeutenden Vorleistungen, die gerade auch das Mittelalter eingebracht habe, zeuge das von einem Mangel an Dialektik im Herangehen an das historische Erbe unseres Volkes. Sie sah in der gültigen Sentenz, daß die DDR das Ergebnis der ganzen deutschen Geschichte ist, die Chance und Aufgabe der Mediävisten, die Sicht auf das Erbe beträchtlich zu erweitern. Im übrigen glaubte sie, für das Mittelalter auf die Kategorie der historischen Tradition verzichten zu können. Es genüge ihr die Kategorie des historischen Erbes.

Prof. Dr. W. WIMMER (Berlin) nannte die Zeit der Weimarer Republik eine kurze Periode mit Langzeitwirkung. Er warnte vor Tendenzen der Verengung und des „Nebeneinanderstellens“ der Dinge in der Bestimmung von Erbe und Tradition; stets sei die Ganzheit ihrer Geschichte im Auge zu behalten. Auf die dezidierte Nachfrage, wie man es mit der Weimarer Republik als Ganzes denn nun zu halten habe, formulierte der Referent sie als „ein Stück Geschichte des deutschen Imperialismus und ein Stück Vorgeschichte unserer Revolution“. Beide Seiten müsse man zusammen sehen.

Prof. Dr. R. BADSTÜBNER (Berlin) arbeitete mehrere Probleme bei der Bestimmung und Aufarbeitung von Erbe und Tradition in der Geschichte der DDR heraus. Das sind z. B. die Aufarbeitung der Traditionen der Klassen und Schichten (wie auch der nichtklassenspezifischen Traditionen), wobei sich alte überlieferte mit neuen DDR-eigenen Traditionen mischen. Dazu gehört weiterhin die Rezipierung des DDR-eigenen Erbes und der DDR-eigenen Traditionen. Wie weit werden traditionswürdige Leistungen schon zu Traditionen verdichtet und angenommen? Kompliziert gestalte sich nach wie vor die Umsetzung der Beziehung: Geschichte der DDR – Verwurzelung in der ganzen deutschen Geschichte.

Für das anschließende Gespräch blieb trotz der Dauer der Veranstaltung zu wenig Zeit, um den angebotenen Diskussionsstoff auch nur annähernd auszuschöpfen und die Standpunkte kritisch zu hinterfragen. Die aufgeworfenen Fragen betrafen u. a. das Verhältnis von Fortschritt und Tradition, von Kultur- und Naturerbe sowie der Proportionen der Erbe- und Traditionsvermittlung. Das Thema wurde aus der Sicht der Kunsthistoriker, Literaturwissenschaftler und Militärgeschichtler wie der interdisziplinären Zusammenarbeit überhaupt ventiliert. Anwendbarkeit und Umsetzung des erreichten theoretischen Erkenntnisstandes wurden kritisch angesprochen. Interesse verdient unter diesem Aspekt die Ausführungen von Prof. Dr. Helmut MEIER (Berlin) über die Ergebnisse einer Analyse von Erbekonzeptionen der Bezirke, Kreise und Gemeinden, an deren Erarbeitung ja teilweise auch die Staats- und örtlichen Archive beteiligt waren(3). Insgesamt ergibt sich daraus ein differenziertes und positives Bild praktischer Erberezeption. Besondere Anerkennung fanden die regionalgeschichtlichen Abrisse, die einigen Konzeptionen vorangestellt sind, wie die des Bezirkes Dresden. Rückstände wurden bei der Aufarbeitung der DDR-eigenen Traditionen konstatiert.

Prof. Dr. W. SCHMIDT schloß die Veranstaltung mit der Feststellung, daß sie eine Zwischenbilanz erbracht habe. Die Geschichtswissenschaft der DDR verfüge über eine flexible Begrifflichkeit. Mit manchem Problem des diskutierten Themas bliebe man im Streit.

Peter-Joachim Rakow

(1) Vgl. dazu: Erbe und Tradition in der DDR: d. Diskussion d. Historiker / hrsg. von H. Meier u. W. Schmidt. – Berlin, 1988. – – Zur Diskussion der Archivare vgl.: Lötze, H.: Archive und ihre Geschichte: zur Traditions- und Erbproblematik im staatl. Archivwesen d. DDR. – In: AM 34 (1984) 3. – S. 81 ff. – – Groß, R.; Kluge, R.: Zu einigen Fragen von Erbe und Tradition im staatlichen Archivwesen der DDR: dargestellt am Bsp. d. Staatsarchivs Dresden. – In: AM 34 (1984) 3. – S. 83 ff. – und mehrere Spezialabhandlungen in den „AM“. Im Vergleich zum aktuellen Diskussionsstand sind Defizite bei der weiteren Vertiefung der Erbe- und Traditionsproblematik im Archivwesen der DDR bemerkbar.

(2) Herrmann, J.: Historisch-kulturelles Erbe vorkapitalistischer Gesellschaftsformationen in unserer Zeit: Erforschung, Darstellung, Wirkung. – In: Erbe und Tradition... (vgl. Anm. 1), S. 144–147.

(3) Vgl.: Rakow, P.-J.: Ortschronisten und Heimatgeschichtsforscher im Staatsarchiv Schwerin: Formen u. Methoden d. Unterstützung u. Zsarb. – In: AM 37 (1987) 5. – S. 151 f.

Veranstaltung der Fachkommission Quellenkunde/Historische Hilfswissenschaften der Historiker-Gesellschaft der DDR zum Thema:
Die Quellenlage zur Krieg-Frieden-Problematik in Geschichts- und Spezialarchiven der DDR

Leitung: Oberarchivrat Prof. Dr. F. Beck

Die Fachkommission Quellenkunde/Historische Hilfswissenschaften gehört zu den Fachgremien der Historiker-Gesellschaft, die seit dem VII. Historiker-Kongreß gegründet wurden (AM 4/86, S. 133). Nachdem sie bereits mehrere Tagungen und Kolloquien veranstaltet hatte (vgl. AM 4/87, S. 126–128, 1/88, S. 37, 2/88, S. 74–76, 3/88, S. 106–107, 6/88, S. 212–213), trat sie nun erstmals im Rahmen eines Historiker-Kongresses mit einer eigenen Veranstaltung auf. In seiner Einführung erläuterte Oberarchivrat Prof. Dr. F. BECK (Staatsarchiv Potsdam) das Anliegen der Fachkommission, Quellen aus den Archiven der DDR zur Problematik Krieg-Frieden vorzustellen, zu analysieren und Auswertungsmöglichkeiten zu zeigen. Dem dienten auch mehrere Beiträge, die die Fachkommission den anderen Fachgremien für ihre Veranstaltungen bzw. den Arbeitskreisen zur Verfügung stellte.

Der erste Komplex beinhaltete Beiträge zu Quellen von nationalgeschichtlicher Bedeutung. Die Diskussion wurde von Oberarchivrat Dr. R. Kluge (Staatliche Archivverwaltung, Potsdam) geleitet.

Den ersten Band einer von der Staatlichen Archivverwaltung der DDR herausgegebenen Quellenedition stellte Archivrat Dr. W. MERKER (Zentrales Staatsarchiv, Potsdam) vor. Dieses Vorhaben ist Bestandteil des Zentralen Forschungsplanes der Gesellschaftswissenschaften 1986/90. Die Edition, die die Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen sowie des Magistrats von Berlin aus den Jahren 1945/46 enthält, umfaßt 500 Dokumente, vorwiegend aus den Staatsarchiven Dresden, Potsdam, Magdeburg, Schwerin und Weimar, dem Zentralen Staatsarchiv und dem Stadtarchiv Berlin (vgl. H. 4/89).

Sämtliche Berichte waren bisher unveröffentlicht und zeigen die regionale Differenzierung ebenso wie die allgemeinen Tendenzen im Verlauf der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung. Der Band soll noch vor dem 40. Jahrestag der Gründung der DDR erscheinen.

Dr. I. PARDON (Zentrales Parteiarchiv der SED, Berlin) berichtete über den Abschluß der zentralen Erfassung von Personen und Sachverhalten zum antifaschistischen Widerstandskampf 1933–1945, die seit dem Jahre 1983 auf der Grundlage eines Beschlusses des ZK der SED und des Ministerrates der DDR in allen Archiven erfolgte. Damit ist nunmehr ein Gesamtüberblick über die am antifaschistischen Widerstandskampf beteiligten Personen gegeben, der die Grundlage für weitere Forschungen auf zentraler und regionaler Ebene bildet. Oberarchivrat A. RENK (Akademie der Künste, Berlin) ging in ihrem Diskussionsbeitrag auf die von März 1943 bis April 1945 von Konrad Wolf geführten Tagebücher ein, deren Edition mit Hilfe sowjetischer Wissenschaftler vorbereitet wird. Emotional bewegend, vermögen die im Großen Vaterländischen Krieg entstandenen Aufzeichnungen Konrad Wolfs, der als Angehöriger der Roten Armee gegen die deutschen Faschisten kämpfte, wichtige Aussagen zur Problematik Krieg-Frieden zu treffen.

Ein zweiter Komplex von Diskussionsbeiträgen behandelte die Krieg-Frieden-Problematik auf regionalgeschichtlicher Ebene und ihre Widerspiegelung in den archivalischen Quellen seit dem 16. Jh. Die Diskussionsleitung hatte Archivrat Dr. W. Merker inne.

Dr. L. ENDERS (Potsdam) analysierte Quellen der Mark Brandenburg des 18. Jh. und zeigte die vielfältigen Quellengruppen auf, die bei Forschungen zu dieser Thematik auszuwerten sind. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Überlieferungen, die den bäuerlichen Widerstand gegen die Kriegsbelastungen belegen, da sich die Haltung zu Frieden und Krieg im 18. Jh. in allererster Linie nicht abstrakt ideologisch, sondern konkret praktisch äußerte.

Über die Auswirkungen des Dreißigjährigen Krieges auf die Oberlausitz und deren Widerspiegelung in den Quellen sprach Oberarchivrat Dr. E. HARTSTOCK (Staatsarchiv Dresden). In seinen Ausführungen setzte er sich vor allem mit verallgemeinernden Angaben der älteren Literatur auseinander, die durch die Auswertung archivalischer Quellen zum Teil wesentlich korrigiert werden müssen. Besonders die Berichte über die Agrarschäden, die in den Dokumenten der Landesaufnahme und der Visitationsprotokolle zu finden sind, bedürfen einer quellenkritischen Wertung, da sehr häufig das Ausmaß der Schäden aus pragmatischen Gründen erhöht angegeben wurde.

Dr. E. SCHWARZE (Zentrales Staatsarchiv, Dienststelle Merseburg) gab für den Zeitraum des 16. Jh. einen zusammenfassenden Überblick über die Quellen zur Geschichte der Türkenkriege im Zentralen Staatsarchiv, Dienststelle Merseburg. Als wesentliche Bestandteile der Überlieferung ragen dabei der schriftlich dokumentierte Informationsfluß zwischen den verschiedenen fürstlichen Kanzleien und die Dokumentation über die Stellung Kurbrandenburgs, das materiell und moralisch die Abwehr gegen die Türken unterstützte, hervor.

Der dritte Komplex war den Historischen Hilfswissenschaften gewidmet und wurde von D. Hebig (Staatliche Archivverwaltung, Potsdam) geleitet.

Die Verbindungen zwischen der Numismatik und der politischen Geschichte behandelte Dr. R. ZILCH (Berlin) am Beispiel der Problematik Krieg-Frieden. Kriegsgeschehnisse haben in allen Gesellschaftsordnungen, in denen es eine Geldwirtschaft gibt, unmittelbar negative Auswirkungen auf das wirtschaftliche und besonders finanzielle Leben, die sich stets auf die Masse des Volkes übertragen. Wirtschaftshistorische Darstellungen können daher die Entwicklung der Geld- und Finanzwirtschaft gerade in Kriegszeiten nicht unberücksichtigt lassen, seien es die Münzverschlechterungen in feudaler Zeit oder die Inflation während und nach dem ersten Weltkrieg.

Als wichtigen Beitrag der Staatlichen Archivverwaltung zum Müntzerjubiläum 1989 wertete Oberarchivrat M. KOBUCH (Staatsarchiv Dresden) die im Zentralen Forschungsplan der Gesellschaftswissenschaften 1986/90 verankerte Neubearbeitung des Briefwechsels von Thomas Müntzer, deren Inhalt, Gestaltungsprinzipien und editorische Bearbeitungsgrundsätze er vorstellte.

Im Schlußwort hob der Vorsitzende der Fachkommission, Oberarchivrat Prof. Dr. F. BECK, hervor, daß in den Archiven unserer Republik viele Quellen zur Krieg-Frieden-Problematik existieren, die einer zielgerichteten Auswertung bedürfen. Auf einige dieser Quellen hinzuweisen, sollte der Beitrag dieser Veranstaltung der Fachkommission Quellenkunde/Historische Hilfswissenschaften im Rahmen des Historiker-Kongresses sein.

Aus Zeitgründen konnten zwei Beiträge nicht gehalten werden: Archivrat Dr. M. KOHNKE (Zentrales Staatsarchiv, Dienststelle Merseburg), Quellen zu den Auswirkungen der Französischen Revolution auf Deutschland im Zentralen Staatsarchiv, Dienststelle Merseburg (vgl. Heft 3/89) und D. BLAHA (Staatsarchiv Weimar), Quellen über die Straffaktionen nach der Niederschlagung des Bauernkrieges (1524/25). Die vorgetragenen Diskussionsbeiträge werden in den Archivmitteilungen bzw. in anderen Publikationsorganen veröffentlicht.

Andreas Graul und Dieter Hebig

Veranstaltung der Fachkommission Betriebsgeschichte der Historiker-Gesellschaft der DDR zum Thema:

Krieg und Friedenskampf in der Geschichte der Betriebe

Leitung: Prof. Dr. W. Falk

Mit diesem Thema bereicherte die Fachkommission das Grundanliegen des VIII. Historiker-Kongresses. Ausgehend vom Gegenstand der Betriebsgeschichte, besonders dem produktiven Wirken und der sozialen Entwicklung der Menschen in den Betrieben einschließlich ihrer gesellschaftlichen Beziehungen⁽¹⁾, stellte Prof. Dr. W. FALK (Berlin) die Betriebe in den Zusammenhang von Imperialismus, Rüstung und Krieg einerseits und dem Ringen der Arbeiterklasse um die Bewahrung bzw. Wiederherstellung des Friedens andererseits. Anhand konkreter Forschungsergebnisse über die Daimler-Benz-Werke in Ludwigsfelde, der Wanderer-Werke in Chemnitz bewiesen Dr. G. BIRK (Berlin) u. a. die Auswirkungen der Kriegsvorbereitungen und des Krieges auf die Produktion, den Profit und das Alltagsleben. Am Beispiel des Flugzeugkonstruktors Junkers machte Dr. ENGEL die differenzierte Haltung der Bourgeoisie zur Kriegs- und Rüstungsproduktion deutlich. Auf deren weitaus differenziertere Wirkungen wies die Diskussion nachdrücklich hin.

In der Umstellung von der Kriegs- auf die Friedensproduktion nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus äußerte sich das Friedenswollen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. Weiterführende Diskussionsbeiträge vertieften das Wissen um die besonders von den volkseigenen Betrieben mitgetragene Einheit von Sozialismus und Frieden in der DDR. Der Wiederbelebung imperialistischer Rüstungsproduktion in der BRD und ihrer Einbeziehung in den internationalen militär-industriellen Komplex ging Prof. Dr. A. LOESDAU (Berlin) am Beispiel des Maifai-Konzerns nach. Zugleich hob er das Friedens- und Fortschrittspotential innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft hervor und verwies auf die Bemühungen der Friedenskräfte in der BRD sowie auf die Möglichkeiten der Dialogpolitik mit ihnen.

In Abstimmung mit der Fachkommission Agrare Betriebsgeschichte kamen auch deren Forschungsergebnisse auf dieser Veranstaltung zur Sprache. Zu Recht konnte Prof. Dr. W. FALK auf wirkungsvolle Beiträge zur Geschichte landwirtschaftlicher Betriebe hinweisen. Dabei setzt das Lüssower Beispiel Maßstäbe⁽²⁾. Hervorgehoben sei, daß sich durchweg alle Beiträge auf fundierte Quellenforschungen stützten. Nicht zuletzt verdeutlichte die Veranstaltung, welche beträchtlichen Ansprüche sich bei der weiteren qualitativen und quantitativen Anreicherung der Betriebsgeschichte an die Archive ergeben⁽³⁾.

Eberhard Voß

(1) Handbuch zur Betriebsgeschichte. – Berlin, 1988. – S. 34ff.

(2) Homfeld, H.: Die Lüssower. – Rostock, 1987.

(3) Schlombs, M.: Quellen im Staatsarchiv Schwerin zur industriellen Entwicklung Mecklenburgs von den Anfängen bis zur Zerschlagung des Faschismus. – (Ersch. demnächst in AM). – Informationen zur Wirtschaftsgeschichte in der DDR. – Berlin 22(1988)2. – S. 160–165.

Gesprächsrunde:

Antifaschismus in der DDR. Traditionswurzeln – geschichtliche Leistungen – neue Anforderungen

Leitung: Prof. Dr. R. Richter

Vor den etwa 300 Teilnehmern der Gesprächsrunde skizzierte Prof. Dr. R. RICHTER einleitend die Traditionswurzeln bzw. -linien und die Bedeutung des Antifaschismus in der DDR für die Gegenwart und Zukunft. Dabei wurde der Bogen vom antifaschistischen Kampf der KPD in den 20er Jahren bis hin zur antifaschistischen Friedenspolitik der DDR in der heutigen Zeit gespannt.

In Auseinandersetzung mit dem verleumderischen und demagogischen Gerede in der BRD vom „verordneten“ Antifaschismus in der DDR wurde die massenhafte Aneignung antifaschistischer Positionen im Rahmen der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung nach 1945 im Osten Deutschlands als ein komplizierter Prozeß auch der Verarbeitung individueller differenzierter Schuld und Mitschuld gewertet. Die Entwicklung habe hier in diesem Sinne tatsächlich auch den Verordnungen der Siegermächte, aber auch den Erwartungen der Völker entsprochen. In den Ausführungen über die heutige und künftige Bedeutung des Antifaschismus wurde insbesondere eine immer wieder neu auszuprägende antifaschistische Haltung der Jugend postuliert. Auch als Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung und wesentliches Bindeglied zwischen den Klassen und Schichten gelte es, den Antifaschismus zu bewahren. Unter Beachtung der Vielfalt, in der sich der Zugang der einzelnen Menschen zum antifaschistischen Erbe vollzieht, müsse es in seiner ganzen Breite und in seinem prozessualen Charakter bewahrt und weiter erforscht werden; das Wissen um die Entstehung des Faschismus sei immer wieder zu propagieren.

Aus der Erziehung zum Antifaschismus habe die Bereitschaft zur Auseinandersetzung auch mit solchen Erscheinungen wie dem KPD-Verbot und der Totalitarismuskritik zu resultieren. Der Antifaschismus als eine Aufgabe und Position keineswegs nur der 40er Jahre könne durch die Dialogpolitik aktiviert und bereichert werden.

Über Aufgaben und Probleme der Faschismusforschung in der DDR sprach Prof. Dr. M. WEISSBECKER (Jena), der dabei vor allem auf eine konkrete, differenziertere und komplexere Sicht und Analyse der vielgestaltigen Erscheinungsformen des Faschismus orientierte. Es gelte in dem Zusammenhang u. a., das System der faschistischen Machtausübung mittels Terror, nationaler und sozialer Demagogie und Korruption sowie das damit korrespondierende, auch temporär differenzierte, spezifische Verhalten von Klassen, Schichten, Gruppen und Individuen (einschließlich der Repräsentanten des faschistischen Systems) noch gründlicher zu erforschen.

Erfahrungen im individuellen Zugang zum Antifaschismus, der sich über die Vermittlung konkreter Fakten, Erfahrungen und persönlich ansprechender Dokumente als besonders wirksam erwiesen habe, waren Gegenstand verschiedener Diskussionsbeiträge.

So referierten Dr. H. SIMON (Berlin) über Erfahrungen mit der Ausstellung „... und lehrt sie: Gedächtnis!“ im Ephraim-Palais in Berlin und F. SCHUMANN („Junge Welt“) über Ergebnisse der Befragung von Kindern und Jugendlichen zum Thema Faschismus und Antifaschismus.

Juristische Aspekte des Antifaschismus, d. h. vornehmlich der völkerrechtlichen Verpflichtung beider deutscher Staaten zum Antifaschismus, gemäß den entsprechenden internationalen Dokumenten der Nachkriegszeit, waren andere Beiträge der sehr anregenden und konstruktiven Gesprächsrunde gewidmet.

Siegfried Schlombs

Gesprächsrunde:

Krieg und Frieden im Alltag des Volkes (Regional- und Heimatgeschichte)

Leitung: Dr. H. Moritz

Die Gesprächsrunde fügte sich in das Generalthema des VIII. Historikerkongresses ein. Sie zeigte, daß regionalgeschichtliche Forschungen über die Erschließung und Interpretation neuer Quellen, über die Analysen des Entwicklungsweges von Persönlichkeiten und durch die Einbeziehung von volkskundlichen, künstlerischen und literarischen Aspekten wertvolle Beiträge zur Aufhellung von Erscheinungen und zur Präzisierung von Auffassungen leisten können. Zwei inhaltliche Schwerpunkte standen im Mittelpunkt der Veranstaltung, die ein breites Interesse fand: einmal die Leiden, Opfer und das Überleben im Kriegsalltag, die Friedenssehnsucht sowie das Aufbegehren und die Widerstandsformen des Volkes unter den Bedingungen des Imperialismus, zum anderen der Kampf der Werktätigen in Betrieben, Orten und Städten sowie Territorien seit der Befreiung vom Faschismus bis in die 70er Jahre. Zwei Weltkriege haben – das wurde zunächst in den Beiträgen herausgearbeitet – die Lebensverhältnisse des einfachen Volkes entscheidend beeinflußt. Sie waren mit Hunger, Not, physischem Druck, mit dem Tod von Familienmitgliedern verbunden; sie bedrohten seine Existenzbedingungen und stürzten es in menschenunwürdige Verhältnisse. Die Auswertung von Postkarten, die Soldaten von den Fronten des ersten Weltkrieges schrieben oder die Interpretation von Dorfchroniken zeigte, daß trotz einer Welle des Chauvinismus und des Siegestaumels bereits im Kaiserreich unter den werktätigen Menschen das Hoffen auf einen ständigen Frieden vorhanden war. Weitere Beiträge beschäftigten sich mit dem Kampf gegen den Krieg in Rüstungsbetrieben während des Faschismus.

Im zweiten Teil der Gesprächsrunde wurde an der Geschichte Magdeburger Schwermaschinenbaubetriebe, der Provinz Sachsen und des Landes Sachsen-Anhalt sowie der Stadt Potsdam illustriert, daß der Sozialismus völlig neue Bedingungen für den Kampf um den Frieden geschaffen hat. Während die Arbeiter und die anderen Werktätigen bis dahin lediglich ihre Organisiertheit und ihre Solidarität gegen Militarismus und Krieg einsetzen konnten, vervielfachten sie unter den sozialistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen ihre gesell-

schafliche Kraft, wirkten sie mit den Ergebnissen ihrer täglichen Qualitätsarbeit bei der politischen und ökonomischen Stärkung der DDR für Frieden und Fortschritt. Friedensschichten, Friedensaufgebote, die Entwicklung von Losungen, wie „Unser Betrieb – ein Bollwerk für den Frieden“, zeigten bereits in den frühen 50er Jahren, wie Werktätige und Betriebe die Möglichkeiten nutzten, die der Staat der Arbeiter und Bauern ihnen bot, ihre Friedenssehnsucht unter neuen Voraussetzungen zu befriedigen. Angedeutet wurde, daß der Kampf um den Frieden Fragen der Herausbildung der sozialistischen Demokratie beschleunigte und das Staatsbewußtsein festigte.

Rudolf Engelhardt

Gesprächsrunde:

Die historische Biographie in der Geschichtswissenschaft der DDR

Leitung: Prof. Dr. A. Laschitza

Einleitend erläuterte Prof. Dr. A. LASCHITZA (Institut für Marxismus-Leninismus, Berlin) das Anliegen der Veranstaltung: Gedankenaustausch und Vermittlung von Erfahrungen über Methoden der Erarbeitung und Gestaltung historischer Biographien. Sie würdigte die bisher von Historikern unseres Landes fertiggestellten Biographien (Friedrich II. von Preußen, Luther, Bismarck (I), Brecht) und die in Vorbereitung befindlichen (Müntzer, Bebel, Bismarck (II)), wies aber auch auf Desiderata hin, wie Biographien über Kautsky, Mehring, aber auch Hitler. A. Laschitza betonte, daß diese Gattung historischer Literatur sehr beliebt sei, sich an viele Menschen und verschiedene Generationen richte, durch ihren emotionalen Gehalt geeignet sei, Geschichtsinteressen zu wecken und Geschichtsverständnis zu vertiefen. Die besonderen Schwierigkeiten, wie die Forderung, die darzustellende Persönlichkeit in ihrer Komplexität, mit ihren Stärken und Schwächen zu erfassen, stellen hohe Anforderungen an den Biographen. Am Beispiel der von ihr geplanten Luxemburg-Biographie schilderte sie einige Probleme. Es ginge ihr um die historisch-konkrete Darstellung Rosa Luxemburgs in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Dabei seien Weggefährten wie auch Gegner zu befragen. Persönliche Probleme wie auch Schwierigkeiten müßten ihren Platz in der Darstellung finden. Ein Problem sei die unterschiedliche Dichte der Quellenüberlieferung bei Herrscherpersönlichkeiten und Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung.

Prof. em. Dr. Dr. h.c. E. ENGELBERG (Berlin) sprach über seine Erfahrungen bei der Arbeit an der Bismarck-Biographie. Er ging auf für dieses Genre wesentliche Methoden und Verfahren ein. An erster Stelle stehe die Maßgabe, stets vom Individuellen zum Allgemeinen zu schreiten, keinesfalls umgekehrt, und dabei eine gleitende Konzeption zugrunde zu legen, die im Laufe der Arbeiten ständig zu überprüfen sei. Meist seien entsprechende Vor- und Nebenarbeiten erforderlich, einschließlich solche theoretischer Natur. Besonders zu beachten sei der Doppelaspekt jeder Persönlichkeit, nämlich daß die Individualität stets in Klassenstrukturen eingebunden bzw. mit langwährenden Strukturelementen verknüpft ist, daß andererseits jeder Mensch das Ensemble seiner gesellschaftlichen Beziehungen und nicht nur schlechthin der gesellschaftlichen Beziehungen ist. An der Entwicklung Otto von Bismarcks konnten diese theoretischen Überlegungen bestätigt werden, wollte doch z. B. der junge Bismarck partout nicht Soldat werden und auch nicht in der Bürokratie tätig bleiben, was nur mit seiner individuellen Wesensart und nicht mit den gesellschaftlichen Verhältnissen seiner Zeit zu erklären sei. Weitere Probleme seien das Verhältnis zwischen Politischem und Privatem, die Notwendigkeit der Berücksichtigung menschlicher Besonderheiten, von Konflikten u. dgl., Fragen der Chronologie und der (fehlenden) Methodik der Darstellung.

Prof. Dr. G. BRENDLER (Berlin) betonte anhand seiner Erfahrungen bei der Erarbeitung der Luther-Biographie, wie eminent wichtig der Nachweis ganz individueller Züge der jeweiligen Persönlichkeit neben der Darstellung ihrer Position innerhalb der Gesellschaft sei. Zu untersuchen seien die Fragen, wie sich ein Mensch zur Persönlichkeit entwickle, mit welchen Problemen er in dieser Zeit konfrontiert werde und welche Ursachen diese Probleme hätten. Notwendig sei die Erhellung des sozialen und ideologischen Umfeldes, aber auch eine ausreichende Quellenbasis für eine ausgewogene Darstellung.

In der lebhaft geführten Diskussion traten weitere Ansätze zutage.

So wies Prof. Dr. K. VETTER (Berlin) darauf hin, daß auch „verbrecherische Persönlichkeiten“ gelegentlich menschliche Regungen zeigen und demnach auch menschliche Anteilnahme erwecken können; es komme daher darauf an, die Entwicklung vom „normalen“ Menschen zum Verbrecher darzustellen. Andererseits wurde festgestellt, daß in der bisherigen biographischen Literatur zu oft menschliche Schwächen „positiver Helden“ unterschlagen wurden und es darauf ankomme, Rückstände bei der Erfassung des Menschen als biopsychosoziales Wesen zu überwinden.

Prof. Dr. I. MITTENZWEI (Berlin) hob die Unterschiede zwischen Biographie und politischer Geschichte hervor, wobei für erstere drei Gesichtspunkte besonders zu beachten seien:

1. der konkrete Anteil einer Persönlichkeit an der realisierten Politik;
2. Motivation (ideologische, charakterliche, mentale u. a.);
3. Unterschiede in der Periodisierung bei Biographie und politischer Geschichte.

Die Schilderung der gesellschaftlichen Situation sei unerlässlich, dürfe sich aber nicht verselbständigen.

Kontrovers verlief die Diskussion um Notwendigkeit und Bedeutung einer Theorie der biographischen Geschichtsschreibung. Resümierend wurde festgestellt, daß der subjektive Faktor auf diesem Gebiet der Historiographie eine besonders große Rolle spiele, keine Rezepte gegeben werden könnten und es sicher günstig für die Entwicklung eines jeden Historikers sei, wenn er sich frühzeitig an der biographischen Arbeit versucht. Zugleich wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die positiven Erfahrungen und Anstrengungen von Brendler und Engelberg weiterentwickelt und umgesetzt werden mögen.

Volker Schubert, Gabriele Baumgartner und Margot Krempin

Werkstattgespräch:

Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft – Historiker und Datenverarbeitung

Leitung: Prof. Dr. H. Schultz

Erstmals auf einem Historikerkongreß der DDR wurde der Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung in der geschichtswissenschaftlichen Forschung behandelt. Dies geschah in einem reichlich dreistündigen Werkstattgespräch. Das international schon seit mehr als einem Vierteljahrhundert in Überlegung, Diskussion und Anwendung befindliche Thema ist natürlich auch von der DDR-Geschichtswissenschaft schon seit langem aufgegriffen worden. Wirtschaftshistoriker und Regionalhistoriker, so u. a. Th. Kuczynski(1) und H. Schultz(2), haben in eigenen Untersuchungen quantifizierende Methoden angewandt. Archivare der DDR diskutierten solche Fragen bereits 1982 auf ihrer 6. Zentralen Wissenschaftlichen Arbeitsstagung in Karl-Marx-Stadt gemeinsam mit Historikern unter den Aspekten der Archivierung von Massenschriftgut und dessen Auswertungsmöglichkeit(3). Nunmehr bestand Gelegenheit, diesen Themenkomplex in interdisziplinärer Betrachtung von Wirtschaftshistorikern, Regionalhistorikern, Mathematikern, Statistikern und EDV-Anwendern sowie EDV-Spezialisten zu behandeln.

Das Werkstattgespräch, zu dem sich etwa 100 Kongreßteilnehmer zusammengefunden hatten, war insbesondere von der Abteilung Mathematische Methoden des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der AdW in verdienstvoller Weise vorbereitet worden. Eine kleine Ausstellung von nationaler und internationaler Fachliteratur sowie von Manuskripten zu bisher unveröffentlichten Untersuchungen und eine Zusammenstellung von in Arbeit befindlichen Themen, die immerhin die stattliche Zahl von 26 Projekten nachweist(4), verdeutlichten den erreichten Stand der EDV-Anwendung für historische Forschungen in der DDR. Das Werkstattgespräch konzentrierte sich auf drei Komplexe. Zum einen stand die Frage der Quantifizierung in der Geschichtsschreibung mit der Bereitstellung von Quellen mit Massendaten und den anzuwendenden Methoden der Datenerfassung und Datenverarbeitung bei der Archivgutauswertung durch den Historiker im Mittelpunkt der Betrachtung. Den einführenden Beitrag dazu hielt Dr. sc. J. WILKE (Institut für Wirtschaftsgeschichte der AdW). Zum anderen wurden die Probleme vorgestellt und diskutiert, die mit dem Aufbau von Datenbanken für den Historiker verbunden sind. Dazu wurden vorbereitete Beiträge von Dipl.-Math. G. KAPPELLE, Dipl.-Ök. W. REYMANN und Dipl.-Math. R. SCHWARZ (Zentrum für gesellschaftswissenschaftliche Information der AdW) vorgetragen. Schließlich wurden, drittens, Fragen der mathematischen Modellierung historischer Prozeßstrukturen angesprochen, die durch einen einleitenden Beitrag von Prof. Dr. sc. W. DEICH (Sektion Geschichte der Karl-Marx-Universität Leipzig) vorgestellt wurden. Die außerordentlich lebhaft diskutierte Diskussion zu allen drei Fragenkomplexen verdeutlichte die Fortschritte, die in den letzten Jahren auch in der DDR auf diesem Gebiet erreicht worden sind. Im Verlauf der Aussprache wurden sowohl die Wünsche der Historiker an die Archive konkret angesprochen als auch die Bemühungen der Archivare der DDR zum EDV-Einsatz bei der Informationsaufbereitung und der Informationsrecherche dargestellt. Dazu sprachen Archivrät Dr. G. MÜLLER von der Staatlichen Archivverwaltung und M. ROSSLER vom Staatsarchiv Schwerin. Der Wunsch und das Angebot von Historikern der DDR, mit eigener EDV-Technik in die Archive zu kommen und zur Aufbereitung und Auswertung von Archivgut beizutragen, muß als eine Herausforderung an die Archivare und zugleich als ein Kooperationsangebot betrachtet werden, über das nachzudenken sich lohnt.

Reiner Groß

(1) Kuczynski, Thomas: Wirtschaftsgeschichte und Mathematik: Beitr. zur Anwendung mathemat., insbes. statist. Methoden in d. wirtschafts- u. sozialhistor. Forschung. – Berlin, 1985.

(2) Schultz, Helga: Landhandwerk im Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus. – Berlin, 1984. – Dies.: Berlin 1650–1800: Sozialgeschichte e. Residenz. – Berlin, 1987.

(3) Vgl.: AM 23 (1983) 1.

(4) Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft: Materialien zum VIII. Historikerkongreß d. DDR. – Berlin, 1988.

Der erste Weltkrieg und die Novemberrevolution – ihre Wirkung auf die Klassengesellschaft in Deutschland bis zur Befreiung vom Faschismus

Kolloquium am 3. und 4. November 1988 in Leipzig

Im Rahmen der seit 1987 jährlich durchgeführten größeren wissenschaftlichen Veranstaltungen widmete die Forschungsgruppe „Mittelschichten und revolutionäre Arbeiterbewegung in Deutschland 1917–1945“ der Sektion Geschichte an der Karl-Marx-Universität Leipzig ihr 2. Kolloquium dem 70. Jahrestag der Novemberrevolution in Deutschland.

Zum Teilnehmerkreis zählten neben Wissenschaftlern der gastgebenden Sektion Vertreter von Instituten der Akademie der Wissenschaften der DDR, Universitäten, Hochschulen und sonstiger gesellschaftswissenschaftlich orientierter Forschungs- und Ausbildungsstätten sowie von Museen und Archiven.

Das Referat von Prof. Dr. Werner BRAMKE (Karl-Marx-Universität Leipzig) zum Thema *Die Novemberrevolution 1918/19 und ihre Wirkungen auf die Klassengesellschaft in Deutschland bis zur Befreiung vom Faschismus* warf interessante Fragestellungen hinsichtlich der Einordnung der Novemberrevolution in längere historische Zeiträume durch die marxistisch-leninistische Forschung der DDR, der langfristigen Wirkungen dieser Revolution auf die deutsche Klassengesellschaft, der Zusammenhänge zwischen Krieg und Revolution sowie der widersprüchlichen Folgen der Novemberrevolution auf.

Vier als Diskussionsgrundlage vorgetragene Beiträge ergänzten das Hauptreferat. So legte Prof. Dr. Hanna HAACK (Wilhelm-Pieck-Universität Rostock) in einem problemorientierten Referat *Zur Entwicklung der Arbeiterklasse in der Weimarer Republik eine Reihe theoretisch-methodologischer Fragen und Gedanken*, insbesondere zu den Quellen, dar. Ausgehend vom Forschungsstand leitete sie einen Katalog noch zu lösender Aufgaben ab. Prof. Dr. Josef REINHOLD (Karl-Marx-Universität Leipzig) referierte zum Thema *Ländliche Mittelschichten in der Novemberrevolution und in der Weimarer Republik*. Er befaßte sich schwerpunktmäßig mit Fragen der in die Gesamtsituation der Entwicklung der Weimarer Republik eingebetteten Reaktionen der ländlichen Mittelschichten auf eine Reihe gravierender Ereignisse und machte auf verschiedene Aspekte noch ungelöster Forschungsprobleme aufmerksam. Dr. Ulrich HESS (Karl-Marx-Universität Leipzig) wies in seinem Beitrag *Zur politischen Entwicklung der städtischen Mittelschichten und der Intelligenz in der Weimarer Republik* auf drei Forschungsprobleme hin:

1. Worin bestanden die realen Wirkungen des ersten Weltkrieges auf die städtischen Mittelschichten und die Intelligenz?
2. Wie veränderten sich der Inhalt und die Stoßrichtung der antikapitalistischen Strömungen unter den städtischen Mittelschichten im Gefolge der Novemberrevolution?
3. Welche objektiven und subjektiven Ursachen existieren für die Tatsache, daß die Arbeiterbewegung das antimperialistische Protestpotential von Mittelschichten nicht in nennenswertem Umfang nutzen konnte?

Dr. Jürgen JOHN (Akademie der Wissenschaften der DDR, Zentralinstitut für Geschichte) behandelte eine Reihe theoretischer Probleme und daraus resultierender praktischer Forschungskonsequenzen im Beitrag *Struktur- und Gruppenprobleme der deutschen Bourgeoisie in der Weimarer Republik*.

In einer Reihe vorbereiteter Diskussionsbeiträge, deren thematische und quellenmäßig fundierte Breite beeindruckte, stellten die Referenten zum Teil neue Forschungsergebnisse vor. Insgesamt ein Vorzug der eingebrachten Beiträge war das interdisziplinäre Herangehen an die Themenstellung sowie die kritische und selbstkritische Bewertung bisher erreichter wissenschaftlicher Positionen. Ein tragender Aspekt zeichnete sich in nahezu allen Beiträgen ab, nämlich die stärkere Hinwendung zu konkreten Archivistudien und die zielgerichtete Anwendung von für die Forschung relevanten Massendaten, die für den Zeitraum 1917–1945 zur Verfügung stehen. Den Gedanken aus der Diskussion aufnehmend stellte Prof. Dr. Hanna HAACK in Aussicht, daß das 3. Kolloquium 1989 sich sehr gezielt mit dem inhaltlichen und quantitativen Umfang historischer Quellen 1917–1945 unter besonderer Berücksichtigung quellenkritischer Aspekte von Massendaten befassen wird. Unter anderem hatte hierzu AR K. METSCHIES (Zentrales Staatsarchiv, Potsdam) mit seinem Beitrag *Zur Quellenlage zu den Mittelschichten im Zentralen Staatsarchiv Potsdam* angeregt. In der sehr offenen und problemorientierten Diskussion wurde auf die Notwendigkeit der weiteren Selbstverständigung einerseits und der Fortführung zielgerichteter konkreter Forschungen bei Koordination aller in verschiedenen Forschungsbereichen arbeitenden Kollektive andererseits verwiesen. Daß in einer Vielzahl von Beiträgen in sehr überzeugender und sachlich fundierter Weise aktuelle Bezüge behandelt wurden, entsprach im besten Sinne der Pflege von Erbe und Tradition.

Sämtliche Beiträge sollen in einer Schriftenreihe der Karl-Marx-Universität Leipzig veröffentlicht werden.

Die insgesamt gut vorbereitete Veranstaltung (so waren z. B. die Thesen zum Referat und zu den Diskussionsgrundlagen vorab versandt worden) beschloß eine Exkursion zum Steinarbeiterhaus Hohburg, Bezirk Leipzig. Dieses seit 1985 bestehende Museum zur proletarischen Lebensweise um die Jahrhundertwende vermittelte allen Teilnehmern interessante Eindrücke über die Arbeits- und Lebensverhältnisse in der Steinindustrie von der 2. Hälfte des

19. Jahrhunderts bis 1945. Mit maßgeblicher Unterstützung des Kulturbundes der DDR, Ortsgruppe Hohburg, Arbeitsgemeinschaft Steinarbeiterhaus ist hier v. a. durch das Engagement des Leiters der Einrichtung, Matthias MÜLLER, ein neues Museum entstanden, das u. a. auch über die Grenzen unserer Republik in der fachlichen interessierten Öffentlichkeit Beachtung gefunden hat.

Kurt Metschies

„... und lehrt sie: Gedächtnis!“

Ausstellung im Ephraim-Palais in Berlin

Die an die Jugend gerichtete Schlußzeile des Gedichts „Vermächtnis“ von Erich Mühsam war das beziehungsreiche Motto einer Ausstellung des Ministeriums für Kultur und des Staatssekretariats für Kirchenfragen in Zusammenarbeit mit dem Verband der jüdischen Gemeinden in der DDR zum Gedenken an den faschistischen Novemberpogrom 1938. Die zunächst lediglich für die Dauer eines Monats (Mitte Oktober bis Mitte November 1988) geplante Ausstellung wurde wegen des sehr großen Besucher-Interesses bis zum 15. Dezember 1988 verlängert, allein dies schon ein Zeichen ihrer außerordentlichen Anziehungskraft. Den gut geeigneten äußeren Rahmen bot das „Ephraim-Palais“ im Berliner Nikolai-Viertel, im 18. Jh. für den Hofjuwelier Friedrichs II., Nathan Veitl Heine Ephraim, errichtet, 1936 von den Nazis abgerissen und – nach seinem Wiederaufbau an fast gleicher Stelle – 1967 der Öffentlichkeit übergeben.

Die Ausstellung gehörte in die Reihe zahlreicher Veranstaltungen und Aktivitäten wissenschaftlicher, staatlicher oder gesellschaftlicher Einrichtungen der DDR zum 50. Jahrestag der sog. Reichskristallnacht; verwiesen sei hier nur auf die Errichtung der Stiftung „Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum“, die Anfang November 1988 in der Außenstelle Coswig des Zentralen Staatsarchivs erfolgte Information führender Vertreter der jüdischen Gemeinden in der DDR und der Massenmedien über die Erhaltung und Erschließung von Archivgut jüdischer Gemeinden und Organisationen, die eindrucksvolle und aussagekräftige Ausstellung „9. November 1938 – Daten, Bilder, Dokumente“ im Ausstellungszentrum der Karl-Marx-Universität Leipzig („Kroch-Haus“) unter aktiver Beteiligung des Staatsarchivs Leipzig und des Stadtarchivs.

Ähnlich wie der im Fernsehen gezeigte Film „Sich erinnern heißt leben“ beschränkte sich die Ausstellung nicht auf das in zwei Räumen dokumentierte Thema der Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bürger im faschistischen Deutschland. Sie wollte vielmehr – wie es im Vorwort zu dem sehr instruktiven und mit ergänzenden Sachbeiträgen angereicherten Ausstellungskatalog heißt – den „unverwechselbaren, vielfältigen und wesentlichen Beitrag“ zeigen, den die Juden seit über 1 000 Jahren zur deutschen Geschichte geleistet haben (dementsprechend die historische Abfolge der Exponate im wesentlichen von der Gründung der Berliner Jüdischen Gemeinde 1671 bis zur Darstellung der Pflege jüdischen Gemeindelebens und jüdischer Kultur in der DDR). Diesem Anliegen wurde die Ausstellung in hohem Maße gerecht, wobei der starke und beabsichtigte Berlin-Bezug und die damit gegebene Verbindung zu einem vielen Besuchern vertrauten Lebensraum die Anschaulichkeit und emotionelle Wirksamkeit der Exponate noch erhöhten. Auch gelang es – gleichsam „nebenbei“ –, stets das Spannungsfeld zwischen Emanzipation und Integration der jüdischen Bürger einerseits und offenem oder verdecktem Antisemitismus andererseits zu verdeutlichen.

Für viele, vor allem für die mit der jüdischen Tradition nicht vertrauten Besucher boten die zum Thema „Jahreskreis der jüdischen Feiertage“ gezeigten Exponate aus dem gottesdienstlichen und kultischen Bereich bzw. die entsprechenden Erläuterungen interessante und zum Verständnis mancher Zusammenhänge unerläßliche Informationen. So trug die Ausstellung insgesamt den unterschiedlichen Aspekten der vielschichtigen Probleme jüdischen Lebens in Vergangenheit und Gegenwart Rechnung und hat zweifellos bei allen Besuchern, insbesondere auch bei der Jugend, im besten Sinne bildend gewirkt.

Hermann Schreyer

Vom Geschichtsbewußtsein zur Geschichtsverantwortung: „Topographie des Terrors“ – eine Ausstellung in Berlin, Buchenwald, Brandenburg, Sachsenhausen

Das geistig-kulturelle Leben unserer Hauptstadt ist in den letzten Jahren durch eine Vielzahl von interessanten Ausstellungen bereichert worden. Darunter waren Expositionen, die in internationaler Zusammenarbeit entstanden oder im Rahmen des internationalen Kulturaustausches aus dem Ausland gekommen waren.

Zur letzten Kategorie gehört die vom Zentrum für Kunstausstellungen der DDR und der Berliner Festspiele GmbH Berlin (West) im Monat Februar im Foyer der Berliner Stadtbibliothek veranstaltete Dokumentation „Topographie des Terrors“. Diese in Berlin (West) von einem Kollektiv unter Leitung von Prof. Dr. Reinhard RÜRUP (Technische Hochschule Berlin-West) erarbeitete und dort zwei Jahre mit großem Widerhall gezeigte Ausstellung erwies sich auch in unserer Hauptstadt als ein Besuchermagnet. Sie zog innerhalb von drei Wochen

40 000 Interessierte an. Im Gegenzug wird eine Ausstellung der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte in Berlin (West) zu sehen sein.

„Topographie des Terrors“ ist ein Exkurs in jüngste, unruhliche Vergangenheit, ein Erbe, das beide deutsche Staaten gleichermaßen haben, aber unterschiedlich aufarbeiteten. Sie ist eine Erinnerung an ein nur zwölf Jahre währendes „Tausendjähriges Reich“. Ausgehend von der Geschichte des in Nähe unserer Staatsgrenze auf dem Territorium des heutigen Westberliner Stadtbezirks Kreuzberg gelegenen sog. Prinz-Albrecht-Geländes (ehem. Prinz-Albrecht-Straße, Wilhelm-, Anhalter und ehem. Saarlandstraße) geben die Autoren der Ausstellung einen Überblick über die Entwicklung der sich in den dortigen Gebäuden 1933 etablierenden faschistischen Verfolgungs-, Terror- und Vernichtungszentrale und ihrer Praktiken. Faschistische Macht war hier auf engstem Raum konzentriert: das Geheime Staatspolizeiamt samt seinem „Hausgefängnis“, der Reichsführer SS (RFSS) mit dem SS-Hauptamt und der Adjutantur Himmlers (später: Persönlicher Stab RFSS), ab 1939 das Reichssicherheitshauptamt (RSHA), das „SS-Haus“ und der Sicherheitsdienst (SD) der SS. Alle diese Dienststellen befanden sich in der Prinz-Albrecht-Str. 8 und 9 (vordem Kunstgewerbeschule bzw. Hotel „Prinz Albrecht“) und in der Wilhelmstr. 102 (Prinz-Albrecht-Palais). Das Eckhaus Wilhelmstr. 98, angrenzend an die Reichsführung SS, beherbergte einen Teil des Schutzhaft-Dezernats und 1936 vorübergehend den Inspekteur der Konzentrationslager, Eicke.

In mehreren Haupt- und Unterrubriken (u. a. Adressen und Institutionen, Reichsführer SS und sein Reich, Schicksal der Juden und Zigeuner, NS-Herrschaft in Europa, Politischer Widerstand und „Hausgefängnis“) werden in funktionell klarer, zurückhaltend schwarz-weißer Gestaltung die Täter und Opfer des zwölfjährigen faschistischen Weltherrschaftsanspruchs in strenger Sachlichkeit dokumentiert. Eingeschlossen sind die gesetzlichen Grundlagen und die Chronologie der Entrechtungs- und Verfolgungsmaßnahmen. Mittels Dienststellen- und Strukturübersichten, Organisationsplänen und Karten wird dem Betrachter der sonst dem Laien nicht verständliche, im undurchdringlichen Dickicht der zahlreichen miteinander durch Personalunion und Kompetenzüberlagerung verbundenen Dienststellen verschwindende Funktionsmechanismus des Terrors bloßgelegt und seine Wirkungsweise veranschaulicht. An Beispielen wird die Verflechtung staatlicher und parteiinterner Behörden demonstriert. Zahlreiche Dokumente belegen die Aufgaben des Terrorapparates: Machtsicherung gegen tatsächliche und potentielle Gegner des Regimes nach innen und außen, Konsolidierung des Regimes, Vorbereitung und Teilnahme an der verbrecherischen Okkupation von fünfzehn europäischen Ländern, Planung, Anleitung und Organisierung von millionenfachem Mord an Andersdenkenden und „Fremdrassigen“, an Juden, Roma und Sinti. Runderlasse, Ausführungsverordnungen, Protokolle, Schriftverkehr und Laufbahnübersichten etc. enthüllen die Schreibtischtäter und die Bürokratie der Menschenvernichtung. Auszüge aus den Berichten der Einsatzgruppen und anderer SS-Kommandos vermitteln ein Bild von der Vielartigkeit und dem Ausmaß der Verbrechen: Genozid, Mord, Deportation, Arbeitseinsatz, KZ-Haft, „Germanisierung“, Raub... Den Geschehnissen in Polen und der Sowjetunion sind hierbei eigene Anschauungstafeln gewidmet.

Diese Informationen in großer Fülle sowohl im Grundsatz als auch im Detail er- und bedrücken nicht, denn die Ausstellung setzt auch jenen ein Denkmal, die moralisch stärker waren als ihre Henker. Widerstandskämpfer aus allen Klassen und Schichten, von unterschiedlicher Weltanschauung und politischem Bekenntnis wagten, dem Terror die Stirn zu bieten. Während die einen bereits vor 1933 zu den Gegnern des Faschismus gehörten, wie die Kommunisten, gelangten andere erst nach einem langen, qualvollen Erkenntnisprozeß zu der Konsequenz, daß die Befreiung Deutschlands nur noch um den Preis seiner Niederlage möglich war; unter letzteren auch Angehörige der ehemaligen national-konservativen Elite. Dokumentiert wurden nicht nur unterschiedliche Positionen, die dennoch zum gemeinsamen Kampf oder doch zum Kampf gegen einen gemeinsamen Gegner geführt hatten, sondern auch das Auseinanderdriften in verschiedene politische Lager im Zusammenhang mit der Entwicklung nach dem Kriege. Hier wurde klar, daß wir in der Geschichtsschreibung über den antifaschistischen Widerstandskampf auch solche Personen zu berücksichtigen haben, die nach 1945 zu Gegnern der Entwicklung des Sozialismus in der DDR geworden waren. Die anfangs genannten Gebäude existieren nicht mehr. Ihre Überreste wurden gesprengt und abgetragen, das Gelände eingeebnet. Verschiedene Projekte für eine Nutzung und Neubebauung wurden im Westberliner Senat diskutiert. Eine Stätte des Gedenkens stand nicht zur Debatte. Damit schien auch die belastende Vergangenheit eingeebnet. Eine Ausstellungstafel fast am Ende des Rundgangs spricht von einem „Ort der nicht angenommenen Vergangenheit“. Bestätigung findet diese These in dem folgenden Hinweis, daß nach der Zerschlagung des Faschismus fast keiner der einst in diesem Karree ansässigen verantwortlichen SS-Führer in der BRD zur Rechenschaft gezogen wurde. Als 1967 (!) die ersten 18 Verfahren gegen rund 300 beschuldigte ehemalige Angestellte des RSHA eingeleitet wurden, machte die im Oktober 1968 in der BRD in Kraft getretene Strafrechtsform sie praktisch undurchführbar. Kam es ausnahmsweise dennoch zur Mordanklage, waren die Angeklagten regelmäßig aus gesundheitlichen Gründen „verhandlungsunfähig“. Der stellvertretende RSHA-Chef Best hatte zum Zeitpunkt der Ausstellung sein derzeit ausgesetztes Verfahren bereits 15 Jahre überlebt.

Antifaschistisch-demokratische Bürgerinitiativen und Vereinigungen, darunter „Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten“, „Internationale Liga für Menschenrechte“, „Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin“ und „Initiative zum Umgang mit dem Gestapo-Gebäude“, kämpften jahrelang um die Erhaltung der letzten unter der Erde noch vorhandenen Zeugnisse und für eine Ehrung der Opfer. Sie erreichten, daß das Trümmerfeld des „Prinz-Albrecht-Geländes“ nicht verändert und auf ihm diese Ausstellung errichtet wird. Das Mühen der demokratischen Kräfte richtete sich gegen das Verdrängen der Vergangenheit und gegen die Verharmlosung faschistischer Gewalt. Das ist ihr Beitrag gegen die akute Gefahr ihrer Wiederholbarkeit in dieser Stadt. Es tut wohl zu wissen, daß jenseits unserer Staatsgrenze nicht nur alte und neue Nazis aktiv sind, sondern auch Menschen, die sich den Antifaschismus zur Grundlage ihres Handelns gemacht haben.

Für die DDR war die Ausstellung eine zusätzliche Bereicherung in ihrem Bemühen, den antifaschistischen Gedanken lebendig zu halten und weiterzutragen. Deutlich wurde neben den Gemeinsamkeiten aber auch die Unterschiedlichkeit der gegenwärtigen Situation und das Zweierlei des Pensums (PÄTZOLD) bei der Aufarbeitung der Vergangenheit.

Das Zentrum für Kunstausstellungen der DDR hatte gemeinsam mit der Sektion Geschichte der Humboldt-Universität ein Begleitprogramm angeregt. Es sah in fünf Veranstaltungen das Auftreten von Widerstandskämpfern und Wissenschaftlern aus Berlin-West mit einem gleichartigen Personenkreis aus der DDR vor. Am Beginn stand ein Podiumsgespräch über das Zustandekommen der Ausstellung, an dem Dr. U. ECKARDT, Intendant der Festspiele Berlin-West, und Gerhard SCHOENBERNER, Vorsitzender des Vereins „Aktives Museum“, teilnahmen. Eine zweite Veranstaltung vereinte die ehemaligen Widerstandskämpfer Franz von HAMMERSTEIN und Wolfgang SCEPANASKY aus Berlin (West) mit Prof. Ernst HOFFMANN, Ina ENDER-LAUTENSCHLÄGER, Ruth KRENN und Heinz HENTSCHKE aus der DDR.

Prof. Dr. L. DEMPS sprach über den Terror des Jahres 1933 in Berlin, Staatsanwalt Günther WIELAND von der Generalstaatsanwaltschaft der DDR und Prof. Dr. Wolfgang SCHEFFLER vom Zentrum für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin (West) beteiligten sich an einer Podiumsdiskussion über die Ahndung der Verbrechen der deutschen Faschisten und die unterschiedliche Handhabung der Strafverfolgung in beiden deutschen Staaten. An einer abschließenden Diskussion zum Thema „Vom Umgang mit einem Erbe“ unter der Leitung von Prof. Dr. Ingo MATERNA (Humboldt-Universität) beteiligten sich dann von Westberliner Seite Prof. Dr. Reinhard RÜRUP und Prof. Dr. Jürgen KOCKA und seitens der DDR Prof. Dr. Kurt PÄTZOLD, Prof. Dr. Olaf GROEHLER und Prof. Dr. Laurenz DEMPS.

Alle Veranstaltungen waren überaus gut besucht, bei einigen mußte wegen des starken Besucherandrangs eine Steuerung des Einlasses vorgenommen werden. Bei allen Veranstaltungen war das Publikum einbezogen, Fragen aus diesem Kreise befruchteten das Ergebnis der Veranstaltungen außerordentlich. Im Mittelpunkt standen Fragen des antifaschistischen Widerstandskampfes, der Verfolgung der Antifaschisten durch die Gestapo und die Gegenwehr der Widerstandskämpfer. Die zumeist jüngeren Zuhörer zeigten in allen Veranstaltungen Aufgeschlossenheit gegenüber den Erfahrungen des antifaschistischen Kampfes als Maßstab für das heutige eigene Handeln.

In allen Veranstaltungen zeigte sich, daß der Antifaschismus fester Bestandteil des Lebens in der DDR war, ist und weiter bleiben wird. Von Westberliner Seite wurde die Notwendigkeit der permanenten Wachsamkeit gegenüber neonazistischen Tendenzen betont, zu der diese Ausstellung beitragen sollte. Hier wurde insbesondere immer wieder auf das Auftreten der „Republikaner“ verwiesen. Den zahlreichen Hinweisen und bemerkenswerten Vorschlägen für die weitere antifaschistische Propaganda und Erziehung haben wir nachzugehen. Hier liegt eine wichtige Aufgabe für Regionalhistoriker und Archivare, ganz konkret und mit ihren spezifischen Mitteln in diesen Prozeß einzugreifen, z. B. durch Dokumentenveröffentlichungen, Unterstützung von Aktivitäten örtlicher und regionaler Kreise, der Gesellschaft für Heimatgeschichte usw. Auf die Schlußdiskussion und die Aufgaben bei der weiteren Aufarbeitung der Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes und der faschistischen Diktatur ist Prof. Dr. K. PÄTZOLD ausführlich eingegangen (ND 1989-03-10). Dort ist noch einmal die Grundposition der DDR umrissen und der „Themenzettel“ für die Historiker der DDR aufbereitet worden.

Insgesamt haben die Dokumentation „Topographie des Terrors“ und die fünf Begleitveranstaltungen die antifaschistische Geschichtspraganda in unserem Lande weitergebracht.

Hingewiesen sei auch auf den ausgezeichneten Katalog. In ihm werden in gelungener, auch für den Archivar interessanter Weise, Dokumente und Fotos zusammengestellt, die die unterschiedlichsten Aspekte regionaler und nationaler Entwicklung sichtbar macht. Er stellt eine eigenständige Leistung dar, doch können Aufbau und Wirkung der Ausstellung an ihm nachvollzogen werden (1).

Jutta Komorowski und Laurenz Demps

(1) Topographie des Terrors : Gestapo, SS u. Reichssicherheitshauptamt auf d. „Prinz-Albrecht-Gelände“ ; e. Dokumentation / hrsg. von Reinhard Rürup. – 6., für d. Ausstellung in d. DDR eingerichtete Aufl. – Berlin [West] ; Arenhövel, 1989. – 224 S. : 256 Abb.

Neubau des Verwaltungsarchivs des Rates des Bezirkes Potsdam

Das Verwaltungsarchiv des Rates des Bezirkes Potsdam konnte jetzt ein neues Gebäude beziehen. Damit sind die materiellen Voraussetzungen dafür geschaffen worden, der Verantwortung des Registraturbildners für Erfassung und Sicherung, insbesondere für geeignete Lagerungsbedingungen des dienstlichen Schriftgutes und des Archivgutes als Kulturgut der DDR durch das Verwaltungsarchiv in höherem Maße gerecht zu werden.

Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes für Inneres, M. Selinger, konnte zur Eröffnung des neuen Gebäudes am 22. 12. 1988 den Leiter der Staatlichen Archivverwaltung, Oberarchivar R. Leopold, den Direktor des Staatsarchivs Potsdam, Oberarchivar Prof. Dr. F. Beck, den Stellvertreter des Sekretärs des Rates des Bezirkes, D. Schmidt, sowie weitere leitende Mitarbeiter der Staatlichen Archivverwaltung und des Staatsarchivs Potsdam begrüßen. In seinen einleitenden Bemerkungen gab M. SELINGER einen kurzen, informativen Überblick über die Entwicklung des örtlich geleiteten staatlichen Archivwesens im Bezirk Potsdam. R. LEOPOLD würdigte in seinem Beitrag die positive Entwicklung, die der Bezirk Potsdam auf dem Gebiet des staatlichen Archivwesens besonders bei der Schaffung der räumlichen Voraussetzungen für die Kreis- und Stadtarchive und der Ausstattung mit Hebelschubregalanlagen und anderen Rationalisierungsmitteln genommen hat.

Beim folgenden Rundgang durch die neuen Räumlichkeiten informierte der Sektorenleiter für Archivwesen des Rates des Bezirkes Oberarchivar W. SEIFERT, die Gäste über die Funktion der einzelnen Räume. Bei dem neuen Gebäude für das Verwaltungsarchiv handelt es sich um einen massiven Flachbau. Zum Verwaltungsarchiv gehören folgende Funktionsräume: ein Büroraum, ein Benutzerraum, ein Übergabe-/Übernahme- und Bearbeitungsraum, drei Magazinräume sowie ein Kassationsraum. Außerdem befindet sich im Gebäude zusätzlich ein Magazinraum für das VS-Archiv der VS-Hauptstelle. Die Magazinräume sind mit sechs Hebelschubregalanlagen mit einem Gesamtfassungsvermögen von ca. 780 lfm ausgestattet. In den Hebelschubregalanlagen werden die Akteneinheiten in Archivgutbehältern gelagert. Zur Unterbringung des wissenschaftlichen Auskunftssapparates dienen zwei Karteigeräte. 1990 erhält das Verwaltungsarchiv einen Personalcomputer.

Insgesamt haben sich die Arbeits- und Lebensbedingungen sowie die Lagerungs- und Aufbewahrungsmöglichkeiten im neuen Archivgebäude entscheidend verbessert, denn bis dahin war das Verwaltungsarchiv in Bodenräumen im Hauptgebäude des Rates des Bezirkes untergebracht. Dort waren die Lagerungsbedingungen durch stark schwankende Raumtemperaturen und hohe Luftfeuchtigkeit schlecht und der Erhaltungszustand des Schriftgutes gefährdet. Durch ungenügende Deckenbelastbarkeit war das Aufstellen von Hebelschubregalanlagen nicht möglich und damit ein optimales Ausnutzen der Magazinraumflächen nicht gewährleistet. Erschwerend kam außerdem hinzu, daß sich der Kassationsraum zwei Etagen tiefer befand.

Jetzt gilt es, nach der Schaffung der räumlichen Voraussetzungen das Verwaltungsarchiv des Rates des Bezirkes archivfachlich zu einem Konsultationsstützpunkt für die Arbeit des örtlichen Archivwesens zu entwickeln.

Lothar Person

100 Jahre Namengebung Goethe- und Schiller-Archiv

Das nach dem Tode des letzten Goethe-Enkels 1885 in Weimar begründete Literaturarchiv führte bis 1889 den Namen Goethe-Archiv. Mit der Schenkung des von den Nachkommen Schillers auf Schloß Greifenstein in Franken eingerichteten Schiller-Archivs und seiner Vereinigung mit dem Weimarer Goethe-Archiv verband sich vor 100 Jahren die Namengebung Goethe- und Schiller-Archiv. Verkündet wurde sie am 13. Juni 1889 in der Generalversammlung der Goethe-Gesellschaft. An dieses Ereignis der frühen Archivgeschichte erinnerten ein Jahrhundert später eine Festveranstaltung des Goethe- und Schiller-Archivs und eine vom 13. Juni bis 14. Juli 1989 gezeigte Dokumentenausstellung.

Auf der Festveranstaltung am 13. Juni 1989 in der Bibliothek des Goethe- und Schiller-Archivs, an der als Gäste Vertreter aller Direktionen der Nationalen Forschungs- und Gedenkstätten der klassischen deutschen Literatur sowie der Leiter des Verlages Hermann Böhlau Nachfolger Weimar teilnahmen, würdigte der 1. Stellvertreter des Generaldirektors, Prof. Dr. Lothar EHRlich, in seinen Begrüßungsworten die Bedeutung des Archivs im Rahmen der kulturpolitischen und wissenschaftlichen Aufgaben der Weimarer Klassikerstätten. Den Festvortrag hatte Archivdirektor Dr. sc. Volker WAHL unter das Thema *Über die Geschichte des Goethe- und Schiller-Archivs und die Dimensionen unserer Arbeit* gestellt. In ihm wurde das den Traditionen des Archivs verpflichtete Aufgabenspektrum von archivarischen und editorischen Arbeiten unter dem zukunftsorientierten Blickwinkel von Kontinuität und Erneuerung betrachtet. Durch die langfristig angelegten editorischen Großunternehmen (Festausgabe der Briefe an Goethe, Herder-Briefausgabe, Heine-Säkularausgabe), die neu begonnenen Inventarisierungsarbeiten (Inventare des Goethe- und Schiller-Archivs) und die Vorbereitungsarbeiten für neue Goethe-Editionen (u. a. Tagebücher Goethes) im Hinblick auf das Goethejahr 1999 sind die Zukunftsaufgaben des Goethe- und Schiller-Archivs bis in das 21. Jahrhundert hinein abgesteckt.

Das aktuelle Erscheinungsbild des Goethe- und Schiller-Archivs erschloß sich den Teilnehmern der Jubiläumsveranstaltung aus der Überschau der ergänzenden Beiträge, die den Haupttätigkeitsgebieten des Archivs gewidmet waren. Für die Arbeitsgruppe Archivarische Arbeiten sprach als Stellvertretender Archivdirektor Oberarchivrat Prof. Dr. Gerhard SCHMID zur *Strategie und Planung der archivarischen Erschließungsarbeiten*. Die Leiter der editorischen Arbeitsgruppen widmeten ihre Ausführungen grundlegenden Problemen ihrer Tätigkeit: Dr. Irmtraut SCHMID (wegen Erkrankung wurde ihr Beitrag von Sabine Schäfer verlesen) der *Entwicklung der Regestausage der Briefe an Goethe und ihrer Methode*, Dr. Günter ARNOLD den *Kommentierungsaufgaben der Herder-Briefausgabe*, Dr. Hans BÖHM dem *Stand und Abschluß der Heine-Säkularausgabe*.

Dem Anlaß des Jubiläums galt eine *Dokumentenausstellung* im Ausstellungsraum des Archivs, die einerseits die dokumentarischen Belege für die Stiftung des Schiller-Nachlasses, seine Überführung nach Weimar und die damit verbundene Namensgebung Goethe- und Schiller-Archiv im Jahre 1889 zeigte, sodann aber auch Originalhandschriften von Schiller selbst aus der Überlieferung seiner Gedichte, dramatischen Arbeiten, Briefe und Schreibkalender präsentierte. In einem besonderen Komplex waren Dokumente zur Überlieferungsgeschichte des Briefwechsels von Goethe und Schiller vereinigt.

Das Erscheinen des Inventars des Schillerbestandes als erster Band der neuen Reihe der *Inventare des Goethe- und Schiller-Archivs* (im Verlag Hermann Böhlaus Nachfolger Weimar) im Jubiläumsjahr 1989 – 100 Jahre nach der Überführung des Schiller-Archivs nach Weimar – ist ebenfalls als Beitrag zu dem säkularen Ereignis der Namensgebung Goethe- und Schiller-Archiv zu werten.

Volker Wahl

Nachdem die Freiherrn Ludwig und Alexander von Gleichen-Rußwurm durch Stiftung vom 7./10. Mai den handschriftlichen Nachlaß und die Bibliothek Schillers dem Inhalte des Goethe-Archivs angeschlossen haben, und nachdem am 2. Juni die Uebernahme der Schenkung erfolgt ist, hat Ihre Königliche Hoheit die Frau Großherzogin Sophie von Sachsen zu bestimmen geruht, daß vom Tage der Veröffentlichung der Stiftungs-Urkunde an, dem 13. Juni 1889, das Höchstderselben gehörige vereinigte Archiv den Namen „Goethe- und Schiller-Archiv“ (Siegel: Goethe-Schiller-Archiv Weimar) zu führen habe.

Weimar, den 13. Juni 1889.

Die Direction des Goethe- und Schiller-Archivs.

Professor Dr. Saphan.

Ausbildung an der Fachschule für Archivwesen „Franz Mehring“

Im September 1989 nahmen an der Fachschule für Archivwesen „Franz Mehring“ 25 Studenten (18 weibliche und 7 männliche) ihre Ausbildung im Direktstudium (SG D 32) auf.

Darunter befinden sich 8 Archivistassistenten sowie je ein Studierender aus der VDR Jemen und aus der VDR Laos.

Gleichzeitig wurden 18 Studierende (16 weibliche und 2 männliche) sowie 3 Gasthörer^{*)} für das Fernstudium (SG F 21) immatrikuliert.

Im Juli 1989 beendeten 22 Absolventen der SG D 29 das Studium als „Archivar“ mit den Prädikaten Sehr gut (4), Gut (13) und Befriedigend (5). Darunter befand sich auch ein Student aus der VDR Jemen. Die Absolventen nahmen inzwischen ihre Berufsarbeit in verschiedenen Bereichen des staatlichen Archivwesens der DDR auf.

Bereits im Februar 1989 waren 13 Absolventen der SG F 20 nach erfolgreichem 4 ½ jährigem Fernstudium die Abschlußzeugnisse übergeben worden.

^{*)} Durch die AQ über die Gasthörerschaft an Universitäten, Hoch- und Fachschulen v. 12. Dezember 1988 (GBI. I Nr. 2 S. 27–28) wurde das bisher mögliche Teilstudium aufgehoben und durch eine vereinheitlichende neu geregelte Gasthörerschaft als „eine Form der Weiterbildung an Hoch- und Fachschulen zur Erweiterung, Vertiefung bzw. Aktualisierung des Allgemein- und/oder Fachwissens der Bürger“ ersetzt.

Literaturbesprechungen

Archive im innerdeutschen Dialog: Ausstellung aus d. DDR zurückgekehrter Urkunden u. Akten. – Bonn, 1988.

Walter, Margot:

Urkunden erzählen Bremer Geschichte. – Bremen, 1987.

Ein wesentliches Ergebnis der Dialogpolitik von Partei- und Staatsführung der DDR war die mit Noten des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR und der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland vom 12. November 1986 vereinbarte Rückführung kriegsbedingt verlagelter Kulturgüter (vgl. AM 37, 1987, 5, S. 175). Auf dieser Grundlage kehrte Archivgut von zum Teil außerordentlichem Wert an seinen angestammten Platz in die historischen Räume seines Ursprungs zurück. Den Archivaren und den Historikern in beiden deutschen Staaten stehen damit weitere Quellen zur Vertiefung ihrer archivwissenschaftlichen und historischen Forschungen zur Verfügung.

Mit den vorliegenden beiden Veröffentlichungen werden der interessierten Öffentlichkeit der BRD hervorragende Beispiele aus der Vielfalt des übergebenen Archivgutes vorgestellt.

Die erste ist ein Gemeinschaftsunternehmen des Landeshauptarchivs Koblenz und des Bundesarchivs unter Mitwirkung der beteiligten Archive. In ihr gibt zunächst K. OLDENHAGE, der von BRD-Seite maßgeblich an den Expertenverhandlungen beteiligt war, einen instruktiven Überblick über die Geschichte der Archivbestände von der Auslagerung bis zur Rückkehr. Auch aus dieser Sicht wird deutlich, daß ein konstruktiver Dialog, der die Souveränität des Partners achtet und tragbare Kompromisse nicht ausschließt, zu Ergebnissen gelangen kann, die den beiderseitigen Interessen und den Bedürfnissen der Wissenschaft entsprechen.

Es folgt eine nach Bundesländern und Archiven gegliederte Vorstellung einzelner Akten und Dokumente, die angesichts des Umfangs und der Vielfalt des Archivgutes, aus dem auszuwählen war, nur einen verschwindenden Bruchteil anbieten konnte. Erörterungen über Auswahlprinzipien werden dadurch gegenstandslos. Trotzdem lassen die Exponate den ganzen Bogen erahnen, den die Dokumente nicht nur von Nord nach Süd, sondern auch über die Jahrhunderte und die historischen Höhepunkte spannen.

Die Beschreibungen sind kurz und präzise und stellen die Dokumente in ihren historischen Rahmen. Gute Reproduktionen der meisten ausgestellten Dokumente und Bilder über die Rückgabeaktion runden den Katalog ab.

Die zweite anzuzeigende Veröffentlichung ist, wenn sie auch dem gleichen Zweck dient, anderer Art. Weniger ein Katalog zu der vom Staatsarchiv Bremen vom 15. bis 30. Juni 1986 in der Unteren Rathaushalle veranstalteten Ausstellung „Ende einer Odyssee – Urkunden, Siegel, Dokumente“, begleitet sie diese vielmehr.

H. MÜLLER, der Bremer Archivdirektor, schildert im Vorwort umrißhaft die Auslagerungsschicksale der Bremer Bestände und weist darauf hin, daß sich Teile noch in der Sowjetunion befinden. Wie Oldenhage in seinem oben erwähnten Überblick erwähnt, bestehe dabei eine Verknüpfung mit dem noch in der Bundesrepublik verwahrten Bestand des ehemaligen Stadtarchivs Reval. Im Hauptteil wird die Artikelserie einer Journalistin aus den „Bremer Nachrichten“ nachgedruckt. In 13 Beiträgen werden einzelne Dokumente mit ihrer und mit der durch sie verkörperten Geschichte dargeboten. Sie lesen sich gut, und man könnte sich denken, daß dadurch Interesse an Dokumenten, an Archiven und Archivarbeit auch bei einem breiteren Publikum geweckt werden könnte, zumal auch Archivarinnen und Archivare gekonnt ins rechte Bild gerückt worden sind.

Wolfgang Blöß

Madajczyk, Czesław:

Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939–1945 / Czesław Madajczyk. Ins Dt. übertr. u. wiss. bearb. von Berthold Puchert. – Berlin: Akademie-Verlag, 1987. – XIII, 703 S. & Beil. (2 Kl.) – 48,- M

Als der Verfasser das hier vorliegende Werk 1970 in der VR Polen veröffentlichte, war er u. a. von dem Bestreben geleitet worden, die Geschichte der Okkupation Polens zwischen 1939–1945 als Analyse und Bilanz einer mörderischen Abfolge von Terror, Unterdrückung und versuchtem Völkermord in anderer Weise zur Darstellung zu bringen als das bis dahin in der polnischen Historiographie vorherrschende Prinzip es vorzuschreiben schien. Dieser neue Ansatz bezog sich namentlich auf das Bemühen, die tatsächlich betriebene Besatzungspolitik als die Resultante verschiedener Faktoren, der Ziele des deutschen Faschismus in Polen, ihrer sich verschiedentlich widersprüchlich gestaltenden Realisierung sowie der polnischen – mitunter beträchtlichen – Gegenwirkungen zur Darstellung zu bringen. Weiter hat er die Tragödie der polnischen Juden stärker als in vielen anderen Arbeiten bewußt als integralen Bestandteil der Geschichte des okkupierten Polen im ganzen eingeordnet. Andererseits hat er versucht, die besonderen Züge des Besatzungsregimes in Polen im Unterschied zu den weitreichenden Zielen der faschistischen „Neuordnung Europas“ in den von der Hitlerwehrmacht besetzten europäischen Territorien hervorzuheben und herauszuarbeiten.

Hierfür war eine sehr umfangreiche Vorarbeit zu leisten, von der das Quellen- und Literaturverzeichnis des Werkes berechtigt Zeugnis ablegt. Hinzu kam, daß im Unterschied zur Problematik des besonders häufig untersuchten Besatzerterror für verschiedene andere, gleichwohl wichtige Aspekte der Okkupationspolitik wissenschaftlichen Ansprüchen Genüge leistende Studien und Teiluntersuchungen oft gänzlich fehlten. Um diese Lücke zu füllen, hat der Verfasser ein beinahe unübersehbares Archivmaterial, neben in Polen zugänglichen Akten deutscher Dienststellen ein solches aus dem Bestand des National Archives in Washington D.C., aus dem Bundesarchiv der BRD in Koblenz, dem Geheimen Staatsarchiv in Berlin-Dahlem sowie aus dem Bestand des Zentralen Staatsarchivs Potsdam herangezogen und ausgewertet. Hierbei stellte sich indes heraus, daß entscheidende, das besetzte Polen betreffende Bestände zentraler deutscher Reichsbehörden wie der des Generalgouvernements beträchtliche Lücken aufwies, u. a. eine Folge der von den Besatzungsorganen unmittelbar vor ihrer Flucht vor der siegreich nach Westen vordringenden Roten Armee bewußt und systematisch betriebenen Vernichtung wichtiger belastender Dokumente, daneben, wie im Falle des ehemaligen Reichsinnenministeriums, von Luftangriffen und schließlich infolge von Vernichtungen durch polnische Hand nach der Befreiung als falsch gewähltes Mittel einer Tilgung der Spuren der verhaßten Okkupanten. Einen Ausgleich boten andererseits, als eine der Hauptquellen für die Geschichte des Generalgouvernements, das insgesamt 40 Bände umfassende „Tagebuch“ des Generalgouverneurs H. Frank wie, als äußerst bedeutungsvolle Quellengrundlage, die Dokumente, die während der Kriegszeit von polnischer Seite zur Lage im besetzten Polen verfaßt wurden, so Akten der Heimatdelegation der Polnischen Exilregierung oder Dienstunterlagen von weiterbestehenden polnischen Institutionen wie Stadtverwaltungen, Sozialversicherungsanstalten und des polnischen Roten Kreuzes.

Der Verfasser hat in bescheidener Zurückhaltung als sein wissenschaftliches Hauptanliegen das Ziel bezeichnet, die erste Etappe der Forschungen über die deutschfaschistische Besatzungspolitik in Polen zu einem gewissen Abschluß zu bringen, indem er sich u. a. Problemkreisen zuwandte, die vor dem Erscheinen seiner Arbeit nicht bzw. nur in Ansätzen reflektiert wurden, wie die Arbeits- und Existenzbedingungen der Restformen der staatlichen polnischen Verwaltung nach 1939, Formen der polnischen und jüdischen „Selbstverwaltung“, Veränderungen in der Sozialstruktur der Polen zwischen 1939 und 1945, der Ansiedlung von Deutschen im besetzten Polen, um nur einige hervorzuheben. Um sein Thema zu gliedern, hat er sich für drei Themenkreise entschlossen, die jeweils in chronologischer Abfolge zur Darstellung gelangen. Auf einen ersten Teil, der einen allgemeinen Abriß der Entwicklung der Okkupationspolitik bietet, folgt ein sehr umfangreicher zweiter Teil, der sich der Bevölkerungs- und Volkstumspolitik der Okkupanten zuwendet, so solchen Themen wie den Arbeits- und Existenzbedingungen der polnischen Bevölkerung im Generalgouvernement wie in den dem faschistischen Deutschen Reich widerrechtlich einverleibten polnischen Gebieten, der Zerstörung der polnischen Kultur, dem Leiden der Polen in den Konzentrationslagern und den Auswirkungen der „Endlösung“ auf die polnischen Juden. Der relativ konzipierte dritte Teil setzt sich mit der „Wirtschaftspolitik“ der Okkupanten als Raub von Hab und Gut auseinander, durch den eine Reihe deutscher Konzerne die infolge der militärischen Niederlage Polens im September 1939 entstandene Situation für sich zu nutzen verstanden, allen voran die IG Farben, die schon im Herbst 1939 die drei größten polnischen Chemiebetriebe in „kommissarische Verwaltung“ übernahm und später in Zusammenarbeit mit den Schergen Himmlers, die die Arbeitssklaven lieferten, in Auschwitz-Monowitz (Oświęcim-Monowice) ein Werk für die Erzeugung von synthetischem Kautschuk errichteten.

Einen besonderen Stellenwert in der vorliegenden Arbeit können schließlich die Schlußbemerkungen beanspruchen. Sie gipfeln in der Feststellung, daß der Aggressionskrieg von 1939 und das die Bürger Polens völlig entrechtende schmachvolle, barbarische Okkupationsregime – angesichts dessen der Verfasser die Frage aufwirft, ob im Falle Polens überhaupt noch zutreffend von einer „Besatzungspolitik“ gesprochen werden kann – als Instrumente zur Vernichtung der polnischen Nation gewertet werden müssen. Hierfür wurden, wie der Verfasser hervorhebt, neben früheren Formen nationaler Unterdrückung wie der berüchtigten Germanisierungspolitik, auch barbarische neue eingesetzt, so vorrangig solche, die auf rassistischen Motivationen beruhten, denen gegenüber politische Unterdrückungsmethoden eher eine zweitrangige Rolle spielten. Dieser Unterdrückungsmechanismus auf der Grundlage verschiedener Konzeptionen hatte zur Folge, daß die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Polen neben der in den zeitweilig besetzten Gebieten der UdSSR im Vergleich zu der in anderen okkupierten Ländern die extremsten Züge aufwies. Die sich in voller Kenntnis der verbrecherischen Ziele dieser Politik entfaltende nationale Widerstandsbewegung des polnischen Volkes und der Sieg der Roten Armee über die Hitlerwehrmacht und deren Vertreibung aus Polen haben die polnische Nation vor dem ihr zugedachten Schicksal bewahrt; der Widerstand gegen die Okkupanten hat ihr zugleich die Möglichkeit gewährt, sich die eigene nationale Identität um den Preis ungeheurer Opfer zu bestätigen und die Kontinuität der polnischen Geschichte zu bewahren.

H. Scheel, damals Vorsitzender der DDR-Sektion der bilateralen Kommission der Historiker der VR Polen und der DDR, durch seine Initiative, und B. Puchert,

durch seine vorzügliche Übersetzungsarbeit und wissenschaftliche Bearbeitung, haben das Erscheinen von Madajczyks Arbeit in einem Verlag der DDR möglich gemacht. Sie kann in der wissenschaftlichen Literatur über die Geschichte des zweiten Weltkrieges einen wichtigen Platz beanspruchen.

Harald Müller

Prokop, Siegfried:

Übergang zum Sozialismus in der DDR: Entwicklungslinien u. Probleme d. Geschichte d. DDR in d. Endphase d. Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus u. beim umfassenden sozialist. Aufbau (1958–1963) / Siegfried Prokop. – Berlin : Dietz Verlag, 1986. – 331 S.

Gekürzte u. überarb. Fassung d. Diss. B, die d. Autor im Jahre 1978 an d. Humboldt-Universität zu Berlin verteidigte.

Die anzuzeigende Publikation ist für den Archivar, der sich mit der Erschließung bzw. Auswertung von Quellen zur Geschichte der DDR beschäftigt, von großem Wert. Behandelt sie doch die wesentlichen Entwicklungsprozesse, die sich am Ende der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus und zu Beginn der Entwicklung des Sozialismus auf seinen eigenen Grundlagen in der DDR von 1958 bis 1963 vollzogen haben. Der Autor, der neben der Literatur in beachtlichem Umfang Archivgut aus den Archiven der DDR, vor allem aus dem Zentralen Staatsarchiv in Potsdam, benutzt hat, demonstriert dabei die vergleichende Quelleninterpretation, indem er die Umsetzung der grundlegenden Parteibeschlüsse der SED, die historisch-konkrete Analyse und Lösung von Widersprüchen darstellt. Die führende Rolle der SED, die sich in der Rangfolge der Quellen zur sozialistischen Gesellschaft widerspiegelt, wird ausführlich begründet. Für zahlreiche Gebiete des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens, der Tätigkeit in Industrie und Landwirtschaft sowie der Kultur wird die Realisierung des Prinzips des demokratischen Zentralismus untersucht. Schließlich wird in einem besonderen Kapitel die Entwicklung in der DDR mit der Geschichte der UdSSR und anderer sozialistischer Länder verglichen.

Der Archivar findet deshalb für seine Erschließungstätigkeit, besonders aber auch für die Gestaltung bzw. Aktualisierung der Bestandseinleitungen von Findbüchern, für die quellenkundliche Einordnung von Spezialinventaren und Quelleneditionen zahlreiche Anregungen. Außerdem kann die Benutzerberatung in den Archiven qualifiziert werden, weil das historische Problemverständnis seitens des Archivars sich auf die Fragestellung des Nutzers besser einstellen kann. Als Bestandteil der historischen Forschungsliteratur zur Geschichte der DDR erfüllt die Arbeit von S. Prokop damit auch Wünsche des Archivars sowie der akademischen Ausbildung und läßt auf weitere ähnliche Publikationen für folgende Zeitabschnitte der Geschichte unseres Landes hoffen.

Botho Brachmann

Die ersten Dekrete der Sowjetmacht: e. Ausw. von Erlassen u. Beschlüssen, 25. Okt. 1917 bis 10. Juli 1918 / hrsg. von Horst Schützler u. Sonja Striegnitz. – Berlin : Dietz Verlag, 1987. – 260 S. : 11 Abb. (Schriftenreihe Geschichte)

Das aus Anlaß des 70. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktober-Revolution erschienene Taschenbuch soll hier besonders unter dem Aspekt einer Quellenpublikation besprochen werden. Der Band enthält 56 wichtige Dokumente der zentralen Organe der entstehenden Arbeiter- und Bauern-Macht in Rußland, v. a. des Gesamtrussischen Kongresses der Sowjets und des Rates der Volkskommissare, von der Proklamation „An die Bürger Rußlands“ am 25. Okt. (7. Nov.) 1917 über die Übernahme der Macht in die Hände des Petrograder Sowjets bis zur Verfassung der RSFSR, die am 10. Juli 1918 durch den V. Gesamtrussischen Sowjetkongreß beschlossen worden ist. Die Dokumente belegen das Ringen um die Sicherung der politischen Macht, um Frieden, um Beseitigung jeder Ausbeutung und die Errichtung der ökonomischen Grundlagen der sozialistischen Ordnung, um ein freiwilliges, festes Bündnis aller werktätigen Klassen, um die Ausgestaltung der unumschränkten Macht der werktätigen Massen durch Errichtung der Diktatur des Proletariats und der armen Bauern in Form der Sowjets, um politische und ökonomische Entmachtung der Ausbeuter sowie um wirkliche Freiheit für die Werktätigen und für Selbstbestimmung der Nationen. Sie bezeugen, auf welche Art und Weise die von Lenin geführte Partei ihre programmatischen, mit dem Willen der Volksmassen übereinstimmenden Ziele in verfassungs-, staats- und verwaltungsrechtliche Regelungen konkret umsetzte.

Die Dokumenten-Auswahl beruht auf den ersten beiden Bänden der 12bändigen sowjetischen Dokumentenpublikation „Dekrete der Sowjetmacht“ (Moskau 1957–1986, russ.), von deren ca. 770 Dokumenten etwas mehr als sieben Prozent in die vorliegende Auswahl aufgenommen worden sind. Der größte Teil der Dokumente wird erstmalig in deutscher Sprache veröffentlicht, für bereits in Deutsch vorliegende Dokumente ist der Text überprüft worden. Um die abgedruckten Dokumente einzuordnen, ist eine kurze, instruktive geschichtliche Betrachtung der ersten neun Monate Sowjetmacht vorangestellt. Die Dokumente

sind mit Quellenangaben der Druckorte versehen, die deutschen Lesern ohne weiteres zugänglich sind: W. I. Lenins 40bändige Werkausgabe, hier Bde. 26 u. 27; John Reeds Zehn Tage, die die Welt erschütterten, Berlin 1984; UdSSR: Staat – Demokratie – Leitung. Dokumente. Ausgewählt, bearbeitet und eingeleitet von W. Lungwitz, Berlin 1983; M. I. Schachnowitsch, Lenin und die Fragen des Atheismus, Berlin 1966. Die nicht erwähnten Standorte der Originalquellen – das Zentrale Parteiarchiv der KPdSU und das Zentrale Staatsarchiv der Oktoberrevolution und des sozialistischen Aufbaus der UdSSR, beide in Moskau, sind hier nachzutragen. Die Druckorte in der benutzten Dokumentenpublikation sind nicht nachgewiesen. Die russischen Texte können aber in dieser leicht ermittelt werden, da die Dokumente in beiden Publikationen chronologisch angeordnet sind.

Rechtstexte haben einen spezifischen Wert dadurch, daß sie Aussagen über verfassungs- und rechtspolitische Konzeptionen der führenden Kraft der Gesellschaft zulassen.

In diesem Sinne verdeutlichen die veröffentlichten Dekrete und Beschlüsse, wie die Kommunistische Partei von Beginn der Revolution an ihre programmatischen Ziele mit Hilfe von Staat und Recht umsetzte. Sie umfassen also Normen für Partei- und Staatsorgane, für das Handeln der Massen. Der Historiker pflegt nach der gesellschaftlichen Wirksamkeit, nach dem Grad der Realisierung solcher Normen zu fragen. Diesem Interesse kommen die Herausgeber im Rahmen des verfügbaren Platzes dadurch nach, daß sie die Dokumente zusätzlich zur Einleitung in „Legenden“ und Anmerkungen in den historischen Zusammenhang stellen bzw. Erläuterungen zu Sachfragen oder Persönlichkeiten geben.

Die getroffene Dokumentenauswahl kann im wesentlichen als gelungen bezeichnet werden. Sie umfaßt die „Geburtsurkunden der Oktoberrevolution“ des Zweiten Gesamtrussischen Sowjetkongresses vom 25. und 26. Oktober 1917, die Dekrete über den Frieden und über den Grund und Boden, die grundlegenden Dokumente über die Zerschlagung des alten Staatsapparates sowie über alle wichtigen Seiten der gesellschaftlichen Umgestaltung, wie die Konstituierung und Entwicklung der neuen Machtorgane, die Bildung der Roten Armee, die Nationalisierung der Banken und von Betrieben und die Organisation ihrer Verwaltung, die Revolution in Kultur und Volksbildung. Der Archivar hätte neben den Dekreten über den Staatsverlag, über die Denkmäler der Republik und über die Nationalisierung der Tretjakow-Galerie gern auch das „Dekret über Reorganisation und Zentralisierung des Archivwesens“ vom 1. Juni 1918 gesehen, mit dem der Staatliche Archivfonds gebildet wurde, in den die zaristischen Behördenarchive sowie die Altregistraturen enteigneter Banken und Betriebe eingingen, der aber gleichzeitig zur Aufnahme archivwürdiger Dokumente der Organe der Arbeiter-und-Bauern-Macht bestimmt wurde. Damit ist das Dekret Grundlage für das sozialistische Archivwesen, ein Archivwesen neuen Typs, das tiefe geschichtliche Wirkungen in der Entwicklung der sozialistischen Staaten auslöste, so auch in der DDR. Selbst die vorliegende Auswahl läßt erkennen, daß das Archivdekret nicht ohne vorangehende Einzelregelungen erlassen worden war. So bestimmte bereits das Dekret über die Abschaffung der Stände und Zivillänge vom 11. (24). November 1917, daß „alle ständischen ... Dokumente, Akten und Archive ... an die betreffenden städtischen und Gemeindevorstellungen zu übergeben“ sind (S. 72).

Ähnliche Bestimmungen enthält das Dekret über die Auflösung des Staatsrates und der Staatskanzlei vom 14. (27). Dezember 1917 (S. 99). Analog war die archivrechtliche Regelung auf dem Boden der DDR verlaufen, wo in der ersten Etappe der Revolution zunächst Einzelregelungen zur Sicherung historischer Bestände erlassen wurden, ehe es wenige Monate nach Gründung der DDR im Juli 1950 zu einer ersten Archivverordnung mit gesamtstaatlichem Charakter kam.

Dieses Beispiel zeigt, auch wenn es für den revolutionären Gesamtprozeß etwas am Rande liegt, daß der Vergleich zwischen rechtlichen Regelungen in Sowjetrußland und auf dem Boden der DDR bei den bekannten unterschiedlichen Bedingungen und Lösungen durchaus von Interesse ist. Für eine solche Untersuchung auf wichtigen Rechtsgebieten liegt mit der vorgestellten Publikation leicht zugängliches Vergleichsmaterial vor.

Reinhard Kluge

Literaturhinweis:

Voßke, Heinz:

Das Zentrale Parteiarchiv der SED / Heinz Voßke. – Berlin: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, 1988. – 40 S. Text & 23 S. Abb.

Zur Information für Mitarbeiter des Parteiapparates und für Parteihistoriker gibt der Direktor des Zentralen Parteiarchivs der SED in dieser Broschüre einen Überblick über die Geschichte (ergänzt durch eine Chronik auf den Seiten 32–40), die Aufgaben, die Arbeitsergebnisse und die Bestände des Archivs. Hinweise für die Archivbenutzung und ein Auszug aus der Benutzungsordnung runden die Darstellung ab.

Schröder, Frank:

Zwischen Emanzipation und Vernichtung: zur Geschichte d. Juden in Rostock / Frank Schröder; Ingrid Ehlers. – Rostock, 1988. – 96 S. : Ill. (Schriftenreihe des Stadtarchivs Rostock; H. 9)

Anläßlich des 50. Jahrestages der Pogromnacht 1938 legte das Stadtarchiv Rostock eine erste geschlossene Darstellung zur Geschichte der Juden in der größten Stadt Mecklenburgs vor. In mehrjähriger intensiver und mit großem Engagement geleisteter Arbeit haben die Archivare Frank Schröder und Ingrid Ehlers die sehr verstreut vorliegenden Angaben zur Geschichte der jüdischen Gemeinde in Rostock und zum Anteil ihrer Mitglieder an der Entwicklung der Stadt von 1870 bis 1945 gesammelt.

Die mit einem Geleitwort von Prof. Dr. Kurt Pätzold versehene Publikation ist in fünf Kapiteln gegliedert.

Am Anfang werden Angaben zum Platz und zur Stellung der Juden in der Geschichte Mecklenburgs und Rostocks vom 13. Jh. bis 1868 gemacht.

Im nächsten Kapitel folgt eine skizzenhafte Darstellung der Entwicklung in den Jahren von 1868 bis 1918. In dieser Zeit (1870) entstand die jüdische Gemeinde und entwickelte sich zum Zentrum des jüdischen Lebens in Mecklenburg. Infolge der Zustimmung des mecklenburgischen Landtags am 4. Juni 1867 zur Verfassung des Norddeutschen Bundes mußten auch die Städte Rostock und Wismar Juden gestatten, sich in ihren Mauern niederzulassen. 1868 zogen die ersten Juden nach Rostock. Besondere Beachtung erfahren die Einrichtungen eines jüdischen Friedhofs im Jahre 1870 und der Bau einer Synagoge, die am 14. September eingeweiht wurde.

Im dritten Kapitel wird versucht, den Anteil jüdischer Bürger am städtischen Leben in den Jahren der Weimarer Republik zu erfassen. Die Veränderungen im Zuge der Novemberrevolution schufen dafür auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet günstige Bedingungen. Besonders in den Reihen der Deutschen Demokratischen Partei waren jüdische Angehörige der Intelligenz sowie einzelne Unternehmer und Kaufleute bemüht, bürgerlich-liberales Gedankengut in Rostock zu verbreiten.

Im Zentrum der Darstellung steht das vierte Kapitel, das den Terror gegen die jüdische Bevölkerung in der Zeit des Hitlerfaschismus von 1933 bis 1945 zum Gegenstand hat. Deutlich wird, wie seit dem 30. Januar 1933 die Verfolgung der Juden immer mehr zunahm und schließlich im faschistischen Pogrom von 1938 eskalierte. Die Autoren zeichnen den Leidensweg zahlreicher jüdischer Familien eindrucksvoll nach. Bis zum Kriegsbeginn war, wie in ganz Deutschland, auch in Rostock der größte Teil der jüdischen Bürger vertrieben. Fast alle, die zurückblieben, wurden 1942/43 in den Konzentrationslagern Auschwitz und Theresienstadt umgebracht.

Am Ende der Darstellung wird an Beispielen gezeigt, wie sich die wenigen überlebenden Juden nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus aktiv am demokratischen Neuaufbau beteiligten.

Drei Übersichten mit statistischen Angaben über die Juden in Rostock im Vergleich mit dem Gesamtterritorium von Mecklenburg-Schwerin, über die Vorstandsmitglieder der jüdischen Gemeinde sowie über die 77 bisher ermittelten jüdischen Opfer des faschistischen Terrors ergänzen den Text.

Den Abschluß bildet ein Exkurs zur Geschichte des jüdischen Friedhofs.

Von besonderem Vorteil für eine hohe Wirksamkeit der Veröffentlichung ist die ausgezeichnete Gestaltung. Die 47 Fotos, 45 Faksimiles von historischen Dokumenten und eine Karte ergänzen die Darstellung in hervorragender Weise.

Die Arbeit fußt vor allem auf ungedruckten Quellen aus dem Stadtarchiv Rostock sowie aus dem Staatsarchiv Schwerin. Wesentliche Aufschlüsse bot auch die Auswertung eines Teils der regionalen Presse. Darüber hinaus haben Zeitzeugen, die heute in der DDR, in Großbritannien, Israel, Schweden und den USA leben, wertvolle Hilfe geleistet.

Im Vorwort verweisen die Autoren deutlich auf Forschungslücken. Besonders schwierig war es für sie dadurch, daß bisher keine systematischen Untersuchungen zur Geschichte der Juden in Mecklenburg und Rostock für die Zeit bis 1933 vorliegen. Deshalb konnte in diesen Perioden vieles nur in Grundlinien skizziert werden. Auch für die Zeit von 1933 bis 1945, wo ab Mitte der 80er Jahre neue Forschungen für das mecklenburgische Territorium begannen, bleibt nach wie vor für die Stadt Rostock eine Reihe von Fragen offen. Dies gilt insbesondere für das Schicksal vieler jüdischer Familien.

Insgesamt stellt die neue Veröffentlichung des Stadtarchivs Rostock ein bemerkenswertes Arbeitsergebnis dar, das in seiner Bedeutung weit über den städtischen Rahmen hinausgeht. Für die künftigen Forschungen zur Geschichte der Juden im 19. und 20. Jh. gehen von ihr Anregungen und Erfahrungen aus. Nicht zuletzt ist die Publikation ein anschaulicher Beweis dafür, wie ernsthaft in der DDR das Andenken der Juden gepflegt und als Teil des antifaschistischen Erbes vor allem an die junge Generation vermittelt wird.

Karl Heinz Jahnke

Bibliographie

Archive der DDR und ihre Bestandsnachweise (Teil 2)

Bearbeitet von Horst L. Petrak

Spezialinventare

Arbeiterbewegung

Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung / hrsg. von d. Staatl. Archivverwaltung d. Min. d. Innern d. Dt. Demokrat. Republik. – 8 Teile in 25 Bd. – Berlin, 1961–1973.

Archivalische Quellennachweise über die Gründung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes / Hrsg.: FDGB, Bundesvorstand, Zentralarchiv. – Berlin
T. 1. Quellen aus den Gewerkschaftsarchiven. – o. J. – 56 S.

Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung aus dem Kreisarchiv Bernburg, Stadtarchiv Bernburg und dem Betriebsarchiv Vereinigte Sodawerke "Karl Marx" Bernburg-Staßfurt. – Bernburg, 1968. – 47 S.

Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung / [Stadtarchiv Dessau]. – Dessau : Rat der Stadt, 1970. – 40 S. : ill.

Spezialinventar des Stadtarchivs Erfurt zur Geschichte der Arbeiterbewegung. – Erfurt, 1966. – 97 S.

(Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung)

(Beiträge zur Geschichte der Stadt Erfurt : Reihe 1; H. 9)

Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung : Stadtarchiv Freiberg / bearb. von Heinz Ufer. – Karl-Marx-Stadt; Dresden, 1970. – 53 S.

(Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung : der Stadt- und Kreisarchive im Bezirk Karl-Marx-Stadt ; H. 1)

Spezialinventar des Ratsarchivs Görlitz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1820–1945 / Peter Wenzel. – Görlitz, 1969. – XXXIV, 93 S.

(Schriftenreihe des Ratsarchivs der Stadt Görlitz ; 5)

(Beiträge zur Geschichte der Görlitzer Arbeiterbewegung ; 4)

Bestände der Bezirksstelle zur Erforschung der Geschichte der mitteldeutschen Arbeiterbewegung Halle. – Halle, 1965–1968. – T. 1–4.

T. 1. u. d. T.: Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung der Bezirksstelle. . .

Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung : Betriebsarchiv VEB Maschinenfabrik Halle. . . – T. 1–2. – Halle/S. 1969. – 112, 71 S.

Spezialinventar einiger Betriebsarchive im Bezirk Leipzig zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung / bearb. von K. Höhnel. – T. 1–2. – Leipzig, 1965–1968. – X, 58 ; VIII, 58 S.

(Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung)

Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in den Kreisarchiven des Bezirkes Leipzig : Spezialinventar / bearb. von Manfred Unger. – Leipzig : Staatsarchiv Leipzig, 1974. – 101 S.

Spezialinventar der Stadtarchive im Bezirk Leipzig zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung / bearb. von Karl Höhnel. – Leipzig : Staatsarchiv, 1969. – 366 S.

(Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung)

Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der Arbeiterbewegung : Stadtarchiv Leipzig. – 2. Aufl. – Leipzig, 1963. – 110 S.

Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung : Kreisarchiv Meiningen. – Suhr, 1969. – 40 S.

Spezialinventar der Kreis- und Stadtarchive des Bezirkes Neubrandenburg zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. – Neubrandenburg ; Schwerin, 1970. – XX, 42 S. – Als Ms. gedr.

Inventar des Stadtarchivs Radeberg zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. – Radeberg : Rat d. Stadt, 1967. – 9 S.

Spezialinventar des Stadtarchivs Radebeul zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. – Radebeul

(Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung)

T. 1. Im Klassenkampf gegen Kapitalismus, Imperialismus und Faschismus : 1890–1945 / bearb. von Paul Brüll. – 1965. – 33 S.

Archivalischer Quellennachweis zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung in Rostock (1830–1945 und 1945–1952) / bearb. von Friedrich Karl Raif. – Rostock, 1977. – 47 S.

(Kleine Schriftenreihe des Stadtarchivs Rostock : Sonderh.; 2)

Spezialinventar des Betriebsarchivs des VEB Filmfabrik Wolfen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und zur Wirtschaftsgeschichte / Betriebsarchiv d. VEB Filmfabrik. – Wolfen, 1963. – 70 S.

Aus der Geschichte der Filmfabrik Wolfen / Betriebsarchiv VEB Filmfabrik Wolfen – Fotochemisches Kombinat. – Wolfen

Nr. 25. Spezialinventar ... zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1945–1949 / bearb. von Alfred Neumann u. Willi Zimmermann. – 1971. – 47 S.

Nr. 26. ... 1950–1955. – 1971. – 87 S.

Nr. 31–32. ... 1956–1961. T. 1–2. – 1974–1975.

Nr. 34. ... 1962–1963. – 1976.

Nr. 38. ... 1964–1967. – 1977. – 79 S.

Nr. 42. ... 1968–1971. – 1979. –

Sonstiges

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und ihre Auswirkungen 1917–1945 : Quellennachweise aus d. Beständen d. Staatsarchivs Magdeburg für den Bezirk Magdeburg. – Magdeburg, 1967. – 15 S.

Zur Geschichte der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in Preußen 1810–1933 : Spezialinventar d. Bestandes Preuß. Min. für Handel u. Gewerbe / bearb. von Herbert Buck. – Bd. 1–3 (in 4). – Weimar [bzw.] Berlin, 1960–1970. (Schriftenreihe des Deutschen Zentralarchivs ; 2, 1–3)

Quellen zur Betriebs- und Wirtschaftsgeschichte Mecklenburgs 1945 bis 1952 im Staatsarchiv Schwerin : Bestandsführer. – Schwerin, 1981.

(Kleine Schriftenreihe des Staatsarchivs Schwerin ; 10)

Archivalische Quellennachweise des Staatsarchivs Schwerin zur Geschichte der demokratischen Bodenreform in Mecklenburg. – Schwerin, 1970. – 672 S. – Als Ms. gedr.

Spezialinventar über Bodenmelioration und landwirtschaftliche Bewässerung / Staatsarchiv Potsdam. – Potsdam

Bezirk Potsdam. – Gl. 1–5. – 1984. (1. Ausg. 1965)

Potsdam Frankfurt (Oder). – 1985.

Bezirk Cottbus. – 1986.

Bestandsinformation (Spezialinventar) der technischen Dokumentation über den landwirtschaftlichen Wasserbau im Einzugsgebiet der Direktion / zsgest. vom Archiv d. Wasserwirtschaftsdirektion Havel. – Trebbin, 1966. – 274 S.

Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der chemischen Industrie / Betriebsarchiv VEB Filmfabrik Wolfen / Fotochemisches Kombinat. – Wolfen

Nr. 1–2. Protokolle von Ausschüssen und Kommissionen der I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft. – Leipzig, 1968. – 137 S. & Nachtr. (Wolfen, 1971. – 55 S.)

Nr. 3. Quellen und Dokumente aus dem Bestand I.G. Farbenindustrie AG, Sekretariat Dr. Gajewski ... – 1971. – 119 S.

Nr. 4. Quellen und Dokumente aus dem Bestand I.G. Farbenindustrie AG, Vermittlungsstelle W der Sparte III ... – 1972. – 18 S.

Nr. 5–9. Berichte der Volkswirtschaftlichen Abteilung des I.G. Farbenkonzerns : Bibliographie u. Bestandsnachweis. – 1973–1976.

Übersicht über Quellen zur Geschichte Afrikas südlich der Sahara in Staatsarchiven der Deutschen Demokratischen Republik / Ministerrat d. Dt. Demokrat. Republik, Min. d. Innern, Staatl. Archivverwaltung. – Potsdam, 1989. – VI, 129 S.

Übersicht über Quellen zur Geschichte Asiens und Ozeaniens in staatlichen Archiven der Deutschen Demokratischen Republik / Ministerrat d. Dt. Demokrat. Republik, Min. d. Innern, Staatl. Archivverwaltung. – Potsdam, 1989. – VIII, 169 S.

Übersicht über Quellen zur Geschichte Lateinamerikas in Archiven der Deutschen Demokratischen Republik. – Potsdam, 1971. – 122 S.

(Übersicht über Quellen zur Geschichte der Nationen : A. Lateinamerika / Unesco ; Internationaler Archivrat)

Spezialinventar des Staatsarchivs Potsdam zur Geschichte der bürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland bis 1945 / bearb. von Rudolf Knaack. – Potsdam, 1967.

Albert Einstein in Berlin 1913–1933. – Berlin : Akademie-Verlag

(Studien zur Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR ; Bd. 7)

T. 2. Spezialinventar. – 1979. – 295 S.

Softwareinformationen

REVEKAS Version 2.0.

Ab sofort steht bei der Staatlichen Archivverwaltung, Abteilung Forschung/Methodik das Programmpaket REVEKAS in der Version 2.0 zur Verfügung (REVEKAS, Version 1.0. siehe AM 38(1988)2, S. 59-61).

Die Version 2.0 weist im wesentlichen folgende Neuerungen auf:

- höhere Nutzerfreundlichkeit bei der Erstellung der Kassationsdateien getrennt nach aktenführenden Stellen und
- Erweiterung der Ausgabemöglichkeiten der Kassationslisten (frei wählbare Positionsnummern, d. h. die Ausgabe ist unabhängig von der Gruppenzugehörigkeit).

Bei Interesse wird um Zusendung einer Diskette (5,25 ") sowie einer schriftlichen Anforderung gebeten.

Archivische Softwareentwicklung und -nutzung (Teil 1)

Innerhalb der „Softwareinformationen“ sollen Hinweise und Vorschläge zur archivischen Softwareentwicklung und -nutzung gegeben werden. Dabei wird ausgewählte Basissoftware und spezifische Anwendersoftware vorgestellt. Der erste Teil enthält allgemeine Ausführungen zur Basissoftware und zur Anwendersoftware.

Unter *Basissoftware* verstehen wir multivalent nutzbare Software, die den Systembetrieb eines rechen-technischen Mittels gewährleistet bzw. die Entwicklung und Anwendung von Software durch geeignete und effektive Mittel und Methoden unterstützt. Im wesentlichen beinhaltet Basissoftware folgende Komponenten:

1. Betriebssysteme
2. Compiler und Interpreter
3. Softwaretechnologie
4. Datenbanksoftware
5. CAD/CAM-Grundsoftware
6. mathematische Standardprogramme
7. problemorientierte Querschnittsprogramme (z. B. Textbe- und -verarbeitung, Managementinformationssystem, Zeichnungserstellung, Bildverarbeitung, Simulation).

Betriebssysteme dienen der unmittelbaren Steuerung der Hardwarekomponenten und der Unterstützung der hardware- und softwareseitigen Möglichkeiten, z. B. bei der Programmentwicklung, Fehlerbehandlung, Datenfernverarbeitung oder der Nutzung eines lokalen und/oder eines öffentlichen Netzes.

Basierend auf der Verschiedenartigkeit der Aufgabenstellungen und der Vielfalt der Erwartungen an die Arbeitsweise der Computer existieren verschiedene Betriebssysteme. Mit der Einführung der 8-Bit-Bürocomputertechnik Mitte der 70er Jahre ist die Entwicklung und breite Nutzung der Betriebssysteme SIOS und UDOS verbunden. Für Spezialisten war eine effektive Aufgabenlösung mittels Programmiersprachen wie BASIC, FORTRAN oder PASCAL auf der Basis dieser Betriebssysteme möglich. Durch den breiten Einsatz der Bürocomputertechnik in allen Bereichen der Volkswirtschaft entsteht die Forderung, solche Software zur Anwendung zu bringen, die auch dem Laien eine Nutzung des Computers ermöglicht. Dies wird durch den Einsatz von vorgefertigter Software bzw. Softwarewerkzeugen erreicht. Diese wiederum stellen neue Anforderungen an das Betriebssystem, welchen das vom VEB Kombinat Robotron angebotene Betriebssystem SCP (**S**ingle user **C**ontrol **P**rogram) für die 8-Bit-Technik entspricht.

Mit dem massenhaften Einsatz der Bürocomputertechnik wird zunehmend auf den Einsatz eines einheitlichen Betriebssystems orientiert. Die Staatliche Archivverwaltung erarbeitet ihre Softwarelösungen auf der Basis von SCP und unterstützt dessen Anwendung bei der Neuerarbeitung von Softwarelösungen.

Compiler und Interpreter dienen der Übersetzung von Anwendungsprogrammen in höheren Programmiersprachen in ein Maschinenprogramm. Nur auf dem Niveau dieses Maschinenprogramms ist die Abarbeitung des Anwendungsprogramms möglich. Höhere Programmiersprachen werden genutzt, um dem Nutzer eine effektivere Möglichkeit der Aufgabenlösung zu ermöglichen, eine Programmierung auf dem Niveau eines Maschinenprogramms ist zwar möglich, aber komplizierter und aufwendiger. Compiler und Interpreter unterscheiden sich durch den Zeitpunkt der Übersetzung. Für jede höhere Programmiersprache wird ein Compiler oder Interpreter benötigt.

Unter *Softwaretechnologie* ist die Einheit von Prinzipien, Konzepten, Methoden und Werkzeugen zur Sicherung eines effektiven Prozesses der Entwicklung, Überleitung, Anwendung und Wartung von Software auf einem hohen technologischen Niveau zu verstehen. Dies trifft z. B. auf die Prozesse der Softwareentwicklung zu.

Die *Datenbanksoftware* dient der Speicherung, Verwaltung, Manipulation und dem Wiederauffinden von Daten. Dabei wird im wesentlichen zwischen Datenbankbetriebssystemen, Informationssuchsystemen und Datenkommunikationssystemen unterschieden. Die meistgenutzten Datenbankbetriebssysteme in der DDR sind REDABAS, DABA 1600, TOPAS, DAFEMA und DBS/R.

REDABAS als Datenbankbetriebssystem für 8-Bit- und 16-Bit-Computer realisiert die Datenerfassung, -aufbereitung und -auswertung. Die Vorteile von REDABAS bestehen vor allem in der Möglichkeit, die Datenbank nach den verschiedensten Kriterien relativ einfach auszuwerten und in einer leicht erstellbaren Ausgabe. Diese wird mittels eines Listengenerators erzeugt, der einen hohen Leistungsumfang aufweist. Ein weiterer Vorteil von REDABAS liegt im Vorhandensein einer eigenen Kommandosprache. Diese ermöglicht einem geübteren Nutzer eine freie Kommunikation mit dem Computer und eine von vorgefertigten Programmen unabhängige Auswertung der Datenbank.

Die Staatliche Archivverwaltung unterstützt die Anwendung von REDABAS bei der Erstellung von Software, soweit andere rechen-technische Aspekte (Programmierungsaufwand, Speicherkapazität, Laufzeitverhalten u. a.) nicht die Nutzung einer höheren Programmiersprache erforderlich machen.

Die *CAD/CAM-Grundsoftware* dient der Unterstützung der integrierten Informationsverarbeitung der gesamten technischen Produktionsvorbereitung und -durchführung. CAD ist der rechnerunterstützte Entwurf (computer-aided design), CAM steht für die rechnergestützte Fertigungsvorbereitung und Fertigung (computer-aided manufacturing). Diese Software ist im Bereich des Archivwesens nicht anwendbar.

Auch die *mathematischen Standardprogramme* werden im Bereich des Archivwesens keine Anwendung finden, da sie für ausgewählte Probleme der Mathematik erstellt wurden (z. B. Matrizenalgebra, Statistik, Optimierung).

Problemorientierte Querschnittsprogramme dienen der Unterstützung solcher Aufgaben wie Textbe- und -verarbeitung, Zeichnungserstellung, Bildverarbeitung, Simulation u. dgl. m. Wie in allen anderen Bereichen fallen auch im Archivwesen eine nicht unwesentliche Anzahl von Aufgaben der Textbe- und -verarbeitung an. Dabei bietet die Textverarbeitung am Computer entschieden mehr Vorteile als die Nutzung einer elektronischen Schreibmaschine. Der Leistungsumfang des Textprozessors gestattet eine variable Arbeit mit den Texten. Wesentlichster Vorteil gegenüber der elektronischen Schreibmaschine ist die unbegrenzte Speicherkapazität auf den externen Datenträgern, den Disketten(1). Wie bereits ausgeführt, orientiert die Staatliche Archivverwaltung sowohl auf eine einheitliche geräte-technische Basis als auch auf die vorrangige Nutzung ausgewählter Basissoftware bei der Nutzung und Neuerstellung von Anwendersoftware. Diese einheitliche Basissoftware sollte sein:

- das Betriebssystem SCP,
- das relationale Datenbankbetriebssystem REDABAS,
- der Textprozessor TP,
- das Serviceprogramm DIENST,
- als Programmiersprache PASCAL bzw. eine Weiterentwicklung
- und das Kalkulationsprogramm KP.

Anwendersoftware ist die Software, die der Nutzung rechen-technischer Mittel zur Bearbeitung problem- bzw. produktspezifischer Aufgabenkomplexe dient. In der Regel wird diese Software unter Verantwortung des Anwenders für einen definierten Nutzerkreis bzw. für die Nachnutzung durch Dritte erstellt. Bei der Anwendersoftware werden Komponenten der Basissoftware genutzt(2).

Anwendersoftware wird auf Messen und Softwarebörsen, in zunehmenden Maße auch in Fachzeitschriften veröffentlicht (z. B. in „edv-aspekte“, „Rechen-technik/Datenverarbeitung“ aber auch in anderen Fachzeitschriften).

Birgit Fröhlich

(1) Höfner, Gert: Computerbegriffe populär. - Leipzig; Jena; Berlin, 1987. - S. 27, 28 35/36, 68/69, 104/105, 113.

(2) Kochan, Detlef; Kuntsche, Peter: Kleines Lexikon der CAD/CAM-Technik. - Berlin, 1988. - S. 6, 10, 14-17, 20, 51.

Personalia

Zum Gedenken an Franz Höppner (1905-1989)

Wenige Wochen vor Vollendung seines 84. Lebensjahres starb nach schwerer Krankheit am 23. Juni 1989 Franz Höppner, von 1964 bis 1973 Direktor des Staatsarchivs Schwerin. Mit vielen Freunden und Genossen nahmen die Mitarbeiter des Staatsarchivs in einer bewegenden Trauerfeier Abschied von dem Verstorbenen. Am 6. Juli 1989 erfolgte die Urnenbeisetzung an der Gedenkstätte Verdienter Kämpfer für Demokratie und Sozialismus in Schwerin.

Franz Höppner war - wie es in dem gemeinsamen Nachruf der Bezirksleitung der SED und des Rates des Bezirkes Schwerin heißt - ein treuer und standhafter Kämpfer, „der sein ganzes Leben den Zielen der Arbeiterklasse und dem Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik gewidmet hat“. Selbst ein Sohn dieser Klasse, stand er seit früher Jugend in den Reihen der mecklenburgischen Arbeiterbewegung. Tief verbunden mit seinem Heimatland, erwarb er sich nach der Befreiung vom Faschismus als Partei- und Staatsfunktionär bleibende Verdienste um die politische und kulturelle Umgestaltung im ehemaligen Land Mecklenburg und im Bezirk Schwerin. Wenn man von einem erfüllten Leben sprechen kann, so trifft das im besonderen Maße auf das Leben und das Wirken Franz Höppners zu.

Franz Höppner wurde am 28. Juli 1905 in Neubrandenburg geboren. Schon während seiner Maschinenschlosserlehre schloß er sich der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) an. Seit 1923 Mitglied der SPD, setzte er sich als Leiter des Unterbezirkes Mecklenburg-Strelitz der SAJ, als Mitglied des SPD-Ortsvorstandes von Neubrandenburg und als Mitglied des Betriebsrates der Städtischen Werke Neubrandenburg in den Klassenauseinandersetzungen der Weimarer Republik engagiert für die politischen und sozialen Rechte der Werktätigen ein. Seine Partei schickte den jungen Arbeiterfunktionär auch bald an die Front des parlamentarischen Kampfes. Franz Höppner wurde in die Stadtverordnetenversammlung von Neubrandenburg gewählt und erhielt 1932 ein Mandat als Abgeordneter des Sechsten Ordentlichen Landtags von Mecklenburg-Strelitz. Von den Rechtskräften beschimpft und verunglimpft, trat Franz Höppner im Landtag unbeirrt für seine Überzeugung ein und wehrte sich mutig gegen den Terror der Faschisten im Landtag, die mit den Deutschnationalen bereits seit April 1932 die Regierung in dem kleinen Land bildeten. Die direkte Konfrontation mit der faschistischen Gefahr prägte in Franz Höppner einen tiefen Antifaschismus und die noch am 9. Februar 1933 in einer Landtagsrede ausgesprochene Erkenntnis aus, daß „im Augenblick nichts notwendiger als die Einigkeit der Arbeiterschaft“ sei.

Nach der faschistischen Machtergreifung 1933 verhaftet und unter Polizeiaufsicht gestellt, schließlich auch noch zum Kriegsdienst gepreßt, blieb Franz Höppner auch während der Zeit des Faschismus seiner Überzeugung treu. Nach Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft – die Genossen in Schwerin hatten schon auf ihn gewartet – stellte er sich sofort der nunmehr vereinigten Arbeiterpartei zur Verfügung. Franz Höppner wurde 1948 Sekretär und Abteilungsleiter des Landesvorstandes der SED in Mecklenburg und übernahm nach 1950 hohe staatliche Funktionen, so als Leiter der Abteilung Allgemeine Volkskunst im Ministerium für Volksbildung des Landes Mecklenburg und als Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Schwerin (1954–1964). Verantwortungsfreudig, keine Arbeitslast scheuend, wirkte er darüber hinaus von 1951 bis 1954 als Landesvorsitzender und Landessekretär bzw. erster Sekretär der Bezirksleitung des Kulturbundes und von 1955 bis 1978 als Vorsitzender des Bezirksvorstandes der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, eine Funktion, zu der er als Konsequenz persönlicher Lebenserfahrung eine besonders starke innere Beziehung hatte. Als Abgeordneter des Bezirkstags Schwerin stand er bis kurz vor seinem Tode aktiv im politischen Geschehen unserer Zeit. Für seine Verdienste wurde er mit dem „Stern der Völkerfreundschaft“ in Silber und weiteren hohen staatlichen und gesellschaftlichen Auszeichnungen geehrt. Auch das Staatsarchiv Schwerin hat seinem ehemaligen Direktor viel zu verdanken. Dabei stand er keineswegs vor einer leichten Aufgabe, als er im März 1964 dessen Leitung übernahm. Es war erstaunlich, wie schnell und sicher sich Franz Höppner in die ihm fremde Materie hineinfand. Dabei halfen ihm reiche Leitungserfahrungen, Disziplin und sein ausgeprägtes Interesse für Geschichte, insbesondere für die Geschichte seiner mecklenburgischen Heimat, die er als Zeitgeschichte jahrzehntelang mitgestaltet hatte. Von seinem historischen Denken fand er sehr bald die Brücke zu den Quellen der Geschichte und damit zum Auftrag der Archive, das ihnen anvertraute Archivgut zu erhalten, zu erschließen und für die Auswertung bereitzuhalten. Franz Höppner interessierte sich während seiner Amtszeit besonders für die Möglichkeiten einer noch breiteren, vielseitigeren, stärker auf die konkreten Anforderungen der sozialistischen Gesellschaft orientierten Auswertungspolitik. Er erkannte den hohen Überzeugungswert historisch-archivalischer Information für die Geschichtspropaganda und die Bildungsarbeit, knüpfte Kontakte zu Organisationen, Schulen, Betrieben und Medien, organisierte Ausstellungen, Jugendstunden und andere Archivveranstaltungen und ließ zu besonderen Anlässen Dokumentenmappen zusammenstellen. Franz Höppner führte die von seinem Vorgänger begründete Große und Kleine Schriftenreihe mit interessanten Veröffentlichungen, insbesondere auch kleineren Quellenpublikationen, weiter. Er maß der archivistischen Öffentlichkeitsarbeit und einer aktiven Informationspolitik hohen politischen Rang zu und entwickelte sie zu eigenständigen Aufgabenfeldern. Dazu äußerte er sich auch wiederholt in den „Archivmitteilungen“, die er bis zuletzt mit großem Interesse las.

Franz Höppners Hauptbeitrag zur Entwicklung des Staatsarchivs kam jedoch aus seiner reifen Erfahrung als Leiter, seiner Fähigkeit, Mitarbeiter zu überzeugen, und aus seiner Vorbildwirkung. Er hielt viel von sozialistischer Demokratie. Wichtige Ergebnisse seiner zielklaren, immer besonnenen Leitungstätigkeit waren die weitere politische und organisatorische Festigung des Betriebskollektivs und die Vervollkommnung des Planungs- und Leitungssystems. Unter Franz Höppner formierten sich die Fachabteilungen zu sozialistischen Arbeitskollektiven, die dann – ein besonderes Anliegen des Direktors – auch jährlich den Ehrennamen „Kollektiv der Deutsch-Sowjetischen-Freundschaft“ verteidigten. Damit wurden wertvolle Grundlagen für die Leistungsentwicklung des Staatsarchivs in den siebziger und achtziger Jahren geschaffen.

Franz Höppner hatte das Vertrauen seiner Mitarbeiter. Bei seiner vorgesetzten Dienststelle und im Kreis der Direktoren der Staatsarchive genoß er Ansehen und Achtung. Die dienstälteren Mitarbeiter des Staatsarchivs, auch ehemalige Kollegen, sind ihm für verständnisvolle Zusammenarbeit und stete Förderung zu Dank verpflichtet.

Peter-Joachim Rakow

Auszeichnungen

„Verdienstmedaille der Organe des Ministeriums des Innern“ in Gold: AR Wolfgang Blöß, Staatliche Archivverwaltung; Manfred Eichhorn, Staatliche Archivverwaltung; Günter Fonfara, Staatliche Archivverwaltung; Christel Grunert, Staatsarchiv Magdeburg; AR Dr. Josef Hartmann, Staatsarchiv Magdeburg; OAR Dr. Erhard Hartstock, Staatsarchiv Dresden; Peter Penquitt, Staatliche Archivverwaltung; AR Dr. Hans-Joachim Rothe, Zentralstelle für Genealogie; OAR Dr. Eberhard Voß, Staatsarchiv Schwerin; Dr. Heinz Welsch, Staatsarchiv Leipzig, Veteran;

in Silber:

Anita Breitzke, Staatliche Archivverwaltung; Erika Fritzek, Staatliche Archivverwaltung; Dietmar Hoppe, Staatsarchiv Dresden; Hannelore Köhler, Staatliche Archivverwaltung; STD Rudi Lecheit, Fachschule für Archivwesen „Franz Mehring“; Inge Paul, Staatliche Archivverwaltung; Archivdepot Barby; Eilfriede Schulz, Zentrales Staatsarchiv, Potsdam; Günter Schulze, Staatsarchiv Potsdam; Margot Setzkorn, Staatliche Archivverwaltung; OA Karl-Heinz Steinbruch, Staatsarchiv Schwerin; Horst Winter, Staatliche Archivverwaltung;

in Bronze:

Hans Barm, Staatsarchiv Potsdam; Roswitha Franke, Staatsarchiv Leipzig; Eberhard Imig, Staatsarchiv Weimar; Herbert Schulz, Staatsarchiv Potsdam;

„Medaille für ausgezeichnete Leistungen in den bewaffneten Organen des Ministeriums des Innern“:

Werner Bertuch, Staatliche Archivverwaltung; Christa Dribbusch, Zentralstelle für Reprographie; Ilse Iwatschewski, Zentralstelle für Reprographie; Christel Kirschke, Zentralstelle für Reprographie; Bernhard Lißner, Staatsarchiv Weimar; Jörg-Dieter Oldenburg, Zentrales Staatsarchiv, Potsdam; Elli Peter-Silie, Zentrales Staatsarchiv, Dienststelle Merseburg; Margret Poetsch, Zentralstelle für Reprographie; Ralf Schöttke, Staatliche Archivverwaltung; Sieglinde Ußler, Staatliche Archivverwaltung, Archivdepot Barby; Werner Weisbach, Staatsarchiv Dresden; Edeltraut Wolf, Rat des Bezirkes Dresden.

„Hermann-Duncker-Medaille“: Eva Powik, Zentrales Gewerkschaftsarchiv des FDGB.

Berufung

Der Minister für Hoch- und Fachschulwesen hat zum 1. September 1989 Dozent Dr. Reinhard Kluge, Stellvertreter des Leiters der Staatlichen Archivverwaltung, zum Honorarprofessor für archivalische Quellenkunde an der Humboldt-Universität zu Berlin ernannt.

Dienstjubiläen

40 Jahre: OA Erwin Seemel, ehem. Leiter des Stadtarchivs Cottbus, jetzt Kreisarchivar für Cottbus/Land (15. 10. 89).

25 Jahre: OA Erika Knorr, Sektorleiter Archivwesen beim Rat des Bezirkes Cottbus (1. 09. 89).

Geburtstage

70 Jahre: OAR Dr. Christa Cordshagen, Staatsarchiv Schwerin (12. 12. 19). – Hans Guretzki, Staatsarchiv Magdeburg (16. 12. 19). – Charlotte Maxa, Staatliche Archivverwaltung, Veteran (21. 12. 19).

65 Jahre: Hans Thiel, Staatsarchiv Rudolstadt (7. 11. 24). – Heinz Gremot, Staatsarchiv Weimar (20. 11. 24). – Ursula Rolle, Staatliche Archivverwaltung, Veteran (27. 11. 24). – AR Erika Messner, Pädagogische Hochschule Erfurt/Mühlhausen (6. 12. 24). – OA Wilhelm Borries, VEB Autobahndirektion (21. 12. 24). – Ingeborg Theek, Staatliche Archivverwaltung (26. 12. 24).

60 Jahre: Alfred Christoph, Militärarchiv der DDR (4. 11. 29). – Dietrich Ziermann, Staatsarchiv Weimar (23. 11. 29). – AR Heinz Brauser, VEB Maschinenfabrik Halle (26. 12. 29). – STD Rudi Lecheit, Fachschule für Archivwesen (30. 12. 29).

Informationen

1945–1949. Antifaschistisch-demokratischer Neubeginn. Bücher und Dokumente. Ausstellung der Deutschen Staatsbibliothek und des Zentralen Staatsarchivs vom 1. Sept. bis 18. Nov. 1989 in Berlin, Unter den Linden 8. 450 Jahre Reformation in Sachsen. Ausstellung des Stadtmuseums Bautzen, Okt. bis Dez. 1989.

„Ich, Thomas Müntzer, eyn knecht Gottes“. Ausstellung im Museum für Deutsche Geschichte, Berlin, Dez. 1989 – Febr. 1990.

Содержание

- Канис, Конрад: 75 лет тому назад была развязана первая мировая война
- Петцольд, Курт: Внешняя политика в период предвоенного кризиса 1939 г. Об историко-политических разногласиях
- Кристоф, Альфред; Хартиг, Харри и Кэстнер, Альбрехт: Источники в Военном архиве ГДР относительно подготовки, развязывания и хода первой и второй мировых войн
- Нестлер, Лудвиг: Европа под свастикой. Заметки о восьмитомном сборнике документов об оккупационной политике германского фашизма
- Мечис, Курт: Служебные издания немецких военных оккупационных органов во время первой и второй мировых войн
- Варнинг, Эльке: Материалы о борьбе немецкого рабочего движения и его революционной партии в фондах Центрального архива СЕПГ
- Бек, Фридрих: *Habent sua fata – acta et diploma*
- Лейкерт, Манфред и Малек, Регина: Потери документов в госархиве Дрезден во время войны

Contents

- Canis, Konrad: The outbreak of the First World War 75 years ago
- Pätzold, Kurt: Foreign policy during the pre-war crisis of 1939. Some remarks about a historical and political controversy
- Christoph, Alfred ; Hartig, Harry and Kästner, Albrecht: Sources in the military archives of the GDR concerning the preparation, unleashing and the course of the First and of the Second World Wars
- Nestler, Ludwig: Europe under the Swastika. Remarks on an edition of eight volumes with documents concerning the politics of occupation of the German fascism
- Metschies, Kurt: Official papers issued by German military occupying powers during the First and the Second World Wars
- Warning, Elke: Sources concerning the struggle of the German workers movement and its revolutionary party for peace and disarmament in the holdings of the Central Archives of the Socialist Unity Party of Germany
- Beck, Friedrich: *Habent sua fata – acta et diploma*
- Leukert, Manfred and Malek, Regina: Losses of documents by war effects in the Dresden State Archives

Autorenverzeichnis

- Gabriele Baumgartner, Staatsarchiv Schwerin
- OAR Prof. Dr. Friedrich Beck, Staatsarchiv Potsdam
- AR Wolfgang Blöß, Staatliche Archivverwaltung, Potsdam
- OAR Prof. Dr. Botho Brachmann, Humboldt-Universität zu Berlin, Sektion Geschichte, Bereich Archivwissenschaft
- Prof. Dr. Konrad Canis, Humboldt-Universität zu Berlin, Sektion Geschichte
- Oberstleutnant d. R. Alfred Christoph, Militärarchiv der DDR, Potsdam
- Prof. Dr. Laurenz Demps, Humboldt-Universität zu Berlin, Sektion Geschichte
- OAR Dr. sc. Rudolf Engelhardt, Staatsarchiv Magdeburg
- Birgit Fröhlich, Staatliche Archivverwaltung, Potsdam
- OAR Dr. sc. Reiner Groß, Staatsarchiv Dresden
- Oberstleutnant d. R. AR Harry Hartig, Militärarchiv der DDR, Potsdam
- Dieter Hebig, Staatliche Archivverwaltung, Potsdam
- Ilka Hebig, Staatsarchiv Potsdam
- Lothar Hornbogen, Zentrales Parteiarchiv der SED, Berlin
- Prof. Dr. Karl Heinz Jahnke, Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Sektion Geschichte
- Hauptmann d. R. AR Albrecht Kästner, Militärarchiv der DDR, Potsdam
- OAR Prof. Dr. Reinhard Kluge, Staatliche Archivverwaltung, Potsdam
- Jutta Komorowski, Staatliche Archivverwaltung, Dokumentationszentrum, Berlin
- Margot Krempin, Historisches Museum Schwerin
- Dr. Manfred Leukert, Staatsarchiv Dresden
- Regina Malek, Staatsarchiv Dresden
- AR Kurt Metschies, Zentrales Staatsarchiv, Potsdam
- Dr. sc. Harald Müller, Akademie der Wissenschaften der DDR, Institut für Allgemeine Geschichte, Berlin

Sommaire

- Canis, Konrad: Sur le déclenchement de la Première Guerre mondiale, il y a 75 ans
- Pätzold, Kurt: La politique extérieure pendant la crise d'avant-guerre en 1939. A propos d'une controverse historico-politique
- Christoph, Alfred ; Hartig, Harry et Kästner, Albrecht: Les sources conservées aux archives militaires de la R.D.A. sur la préparation, le déclenchement et le déroulement de la Première et de la Seconde Guerres mondiales
- Nestler, Ludwig: L'Europe sous la croix gammée. Annotations à la publication des documents en huit parties au sujet de la politique d'occupation du fascisme allemand
- Metschies, Kurt: Ecrits imprimés officiels des institutions militaires allemandes d'occupation pendant la Première et la Seconde Guerres mondiales
- Warning, Elke: Sources disponibles aux documents conservés des archives centrales du parti S.E.D. au combat du mouvement ouvrier allemand et son Parti pour paix et désarmement
- Beck, Friedrich: *Habent sua fata – acta et diploma*
- Leukert, Manfred et Malek, Regina: Les dommages de la guerre des archives d'Etat de Dresde

Índice

- Canis, Konrad: Acerca del estallido de la Primera Guerra Mundial hace 75 años
- Pätzold, Kurt: Política exterior en la crisis de pre-guerra de 1939. Acerca de una controversia histórico-política
- Christoph, Alfred ; Hartig, Harry y Kästner, Albrecht: Fuentes en el archivo militar de la RDA sobre la preparación, el desencadenamiento y el transcurso de la Primera y la Segunda Guerra Mundial
- Nestler, Ludwig: Europa bajo de la svástica. Comentarios concerniente a una publicación de documentos de ocho tomos sobre la política de la ocupación del fascismo alemán
- Metschies, Kurt: Impresos oficiales de los órganos militares alemanes de ocupación durante la Primera y la Segunda Guerra Mundial
- Warning, Elke: Fuentes en los fondos del Archivo Central del partido del PSUA concerniente la lucha del movimiento obrero alemán y su partido revolucionario para paz y desarme
- Beck, Friedrich: *Habent sua fata – acta et diploma*
- Leukert, Manfred y Malek, Regina: Las pérdidas de guerra del Archivo estatal de Dresden

- AR Dr. Ludwig Nestler, Staatliche Archivverwaltung, Dokumentationszentrum, Berlin
- Prof. Dr. Kurt Pätzold, Humboldt-Universität zu Berlin, Sektion Geschichte
- Lothar Person, Rat des Bezirkes Potsdam
- Horst L. Petrak, Staatliche Archivverwaltung
- AR Dr. Peter-Joachim Rakow, Staatsarchiv Schwerin
- AR Siegfried Schlombs, Staatsarchiv Schwerin
- Oberstleutnant Wolfram Schmidt, Militärarchiv der DDR, Potsdam
- AR Dr. Hermann Schreyer, Zentrales Staatsarchiv, Potsdam
- Volker Schubert, Staatliche Archivverwaltung
- OAR Dr. Eberhard Voß, Staatsarchiv Schwerin
- Dr. sc. Volker Wahl, Goethe- und Schiller-Archiv, Weimar
- Dr. Elke Warning, Zentrales Parteiarchiv der SED, Berlin

Berichtigung: Im Heft 4/89, S. 103, linke Sp., Z. 25 v. u. muß es richtig heißen: Kabinettsprotokollen der Reichsregierung und den Protokollen der einzelnen Ausschüsse des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates etc.

Aus dem Inhalt des nächsten Heftes:

- SCHMIDT, W.: Erbe und Tradition im 40. Jahr der DDR. Ergebnisse und Probleme der Diskussion um Erbe und Tradition in der DDR-Geschichtswissenschaft
- VOGLER, G.: Müntzers Biographie als Quellenproblem
- KOBUCH, M.: Thomas Müntzers Nachlaß
- GÜNTHER, G.: Müntzer-Quellen im Stadtarchiv Mühlhausen
- SCHREYER, H.: Dokument – Archiv-Dokument – Dokumenten-Denkmal (Forts. aus H. 3/89)

EUROPA UNTERM HAKENKREUZ

Die achtbändige Dokumenten-edition „Europa unterm Hakenkreuz“ ist die bisher umfassendste Dokumentensammlung und Gesamtuntersuchung von Archivaren und Historikern der DDR zur Okkupationspolitik des deutschen Faschismus. Neben einzelnen bereits publizierten Schlüsseldoku-

menten enthalten die Bände eine Vielzahl bisher nicht veröffentlichter Dokumente. Sie alle zeugen von der brutalen Unterjochung und der rücksichtslosen wirtschaftlichen Ausplünderung der zeitweilig okkupierten Territorien. Die Bände werden im wesent-

lichen in historisch-chronologischer Reihenfolge erscheinen. Ein Textband mit Grundfragen der faschistischen Okkupationspolitik wird die Editionsreihe beschließen.

Gesamt-ISBN 3-326-00411-7

Die faschistische Okkupationspolitik in Polen (1939-1945) · Dokumente

Etwa 400 Seiten · 47 Abbildungen
5 Grafiken · 5 Karten
16,5 cm × 23,0 cm · Leinen
03600 · Ausland 36,- DM
ISBN 3-326-00294-7
Bestellangaben: 571 616 8 / Europ.
Hakenkr. Polen

Über 200 meist erstmals veröffentlichte Dokumente und eine ausführliche Einleitung vermitteln ein Gesamtbild von Zielen, Verlauf, Praktiken und Folgen der faschistischen Okkupationspolitik in Polen und damit vom Ausmaß der vom Hitlerfaschismus am polnischen Volk begangenen Verbrechen.

Vertriebsrechte für die BRD und Berlin (West) bei Pahl Rugenstein Verlag GmbH, Köln

Interessenten: Historiker, Osteuropaforscher, andere Gesellschaftswissenschaftler, Journalisten, historisch Interessierte, Institute, Bibliotheken

Bereits erschienen:

Die faschistische Okkupationspolitik in Österreich und der Tschechoslowakei (1938-1945)

Dokumenten Auswahl und Einleitung von Helma Kaden
Unter Mitarbeit von Ludwig Nestler, Sonja Kleinschmidt und Kurt Frotscher

284 Seiten · 41 Abbildungen
6 Grafiken · 7 Tafeln · 3 Karten
16,5 cm × 23,0 cm · Leinen
03000 · Ausland 30,- DM
ISBN 3-326-00293-9
Bestellangaben: 571 614 1 / Europ.
Hakenkr. Oesterr.



In Vorbereitung:

Die faschistische Okkupationspolitik in Belgien, Luxemburg und den Niederlanden

Etwa 275 Seiten
ISBN 3-326-00296-3
Bestellangaben: 571 618 4 / Europ.
Hakenkr. Benelux.

Bitte fordern Sie dazu auch unseren Prospekt an!

Die faschistische Okkupationspolitik in Frankreich

Etwa 300 Seiten
ISBN 3-326-00297-1
Bestellangaben: 571 619 2 / Europ.
Hakenkr. Frankr.

Die faschistische Okkupationspolitik in Dänemark und Norwegen

Etwa 280 Seiten
ISBN 3-326-00295-5
Bestellangaben: 571 617 6 / Europ.
Hakenkr. Nordeur.

Die faschistische Okkupationspolitik in Südosteuropa

Etwa 400 Seiten
ISBN 3-326-00299-8
Bestellangaben: 571 620 5 / Europ.
Hakenkr. Suedosteur.

Die faschistische Okkupationspolitik in den zeitweilig besetzten Gebieten der Sowjetunion

zwei Halbbände zu je etwa 360 Seiten
ISBN 3-326-00300-5
Bestellangaben: 571 621 3 / Europ.
Hakenkr. UdSSR 1
ISBN 3-326-00301-3
Bestellangaben: 571 622 1 / Europ.
Hakenkr. UdSSR 2

Textband zu Grundfragen der faschistischen Okkupationspolitik in den zeitweilig besetzten Gebieten Europas

Etwa 380 Seiten
ISBN 3-326-00302-1
Bestellangaben: 571 624 8 / Europ.
Hakenkr. Textb.

VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften

Berlin DDR-1080 Berlin,
Johannes-Dieckmann-Straße 10

Philosophie · Geschichte · Psychologie
Mathematik · Physik · Chemie

